



Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

**Nr. 30/31
Dezember 2003/Januar 2004**

herausgegeben
vom

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Am Neuen Markt 1
(Eingang Schwertfegerstr. 8)
D-14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28991-0
Telefax: (0331) 28991-60
www.zzf-pdm.de

Direktion:
Konrad H. Jarausch
Christoph Kleßmann

Redaktion:
Hans-Hermann Hertle, Waltraud Peters, Jennifer Schevardo

© Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
2003

ISSN 1432-4881

Das Bulletin für Zeithistorische Studien erscheint nach Bedarf. Wir erheben eine Schutzgebühr von **2,24 Euro** pro Heft, die Sie **in Form von Briefmarken** an uns senden können. Pro Jahr erscheinen durchschnittlich drei Hefte.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

Nr. 30/31

Dezember 2003/Januar 2004

INHALT

Hans-Hermann Hertle EDITORIAL.....	5
Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann DEUTSCHLAND UND EUROPA IM SYSTEMKONFLIKT. PERZEPTIONEN – STRUKTUREN – REPRÄSENTATIONEN Die neue Projektphase des ZZF für den Zeitraum 2004/2005.....	7
Maren Brodersen/Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch ZEITGESCHICHTE-ONLINE. Ein Fachportal für die Zeithistorische Forschung.....	12
Jan-Holger Kirsch „BERLIN TORLOS. DAS BRANDENBURGER TOR – EIN LEERER ORT“ Zur Ausstellung des Künstlers Horst Hoheisel in Berlin im April 2003.....	16
Carsten Dippel „WIR SCHAFFEN EINEN NEUEN GEIST“ Sozialistische Baupolitik in Potsdam.....	23
Hans-Hermann Hertle „IN UNGARN HÄTTE EINE BÜRGERKRIEGSSITUATION ENTSTEHEN KÖNNEN ...“ Gespräch mit Prof. Dr. Imre Pozsgay, ungarischer Staatsminister a.D., über den politischen Umbruch in Ungarn im Jahr 1989.....	35
<i>TAGUNGSBERICHTE</i>	
Henrik Bispinck/Mark Stuntz DER 17. JUNI 1953 UND DIE KRISENGESCHICHTE DES „REALSOZIALISTISCHEN“ SYSTEMS.....	46

Friederike Kind MASSEN MEDIEN IM KALTEN KRIEG.....	54
Lutz Prieß ZUR AUFBEITUNG DER AKTEN DER SOWJETISCHEN MILITÄRADMINISTRATION IM RUSSISCHEN STAATSARCHIV	61
Pavel Kolář ARBEITER IM STAATSSOZIALISMUS. DIE DDR IM OSTMITTELEUROPÄISCHEN VERGLEICH.....	65
Jie-Hyun Lim/Martin Sabrow COERCION AND CONSENT: A COMPARATIVE STUDY ON MASS DICTATORSHIP	71
 Besprechungen	
Albrecht Wiesener Zu: Anne Applebaum, <i>Der Gulag</i> . Aus dem Englischen von Frank Wolf, Siedler: Berlin 2003, 732 S.....	75
Mario Keßler Zu: Helmuth Stoecker, <i>Socialism with Deficits. An Academic Life in the German Democratic Republic</i> , Münster/Hamburg/London, LIT-Verlag 2000, 120 S., und Ulrich van der Heyden, <i>Die Afrikawissenschaften der DDR</i> . Münster/Hamburg/London, LIT-Verlag 2000, 622 S.....	80
Thomas Lindenberger Zu: Dagmar Schittly, <i>Zwischen Regie und Regime</i> . Die Filmpolitik der SED im Spiegel der DEFA-Produktionen, Links, Berlin 2002, 336 S., und New German Critique, Nr. 82, Winter 2001, Special Issue on: East German Film, Telos Press, New York.....	84
ZZF-Publikationen 2000 – 2003	87
Autorenverzeichnis	97

EDITORIAL

Hans-Hermann Hertle

Die beste Nachricht des Jahres 2003 – zumindest für das ZZF – kam von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und erreichte das Institut im November: Unter dem verbindenden Thema „Deutschland und Europa im Systemkonflikt“ wurden 23 Forschungsvorhaben für die Projektphase 2004/2005, wie von der Gutachtergruppe nach der Begehung im Juli 2003 empfohlen, vom Hauptausschuß der DFG befürwortet. Mit einer Mischung von fortzuführenden und neuen Projekten kann das ZZF jetzt seine bereits eingeleitete „komparatistische und beziehungsgeschichtliche Osterweiterung und Westintegration“ – so die programmatische Kurzformel von Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann für das Profil des Zentrums – konsolidieren und neue Teilschwerpunkte im internationalen komparativen Bereich eröffnen.

Wie immer vor DFG-Begutachtungen war die institutsinterne Arbeit in den ersten Monaten dieses Jahres in hohem Maße auf die Diskussion und Ausarbeitung der Projektanträge konzentriert. Trotz dieser arbeitsintensiven Binnenorientierung konnte das Zentrum seine intellektuelle Ausstrahlungskraft im laufenden Jahr in vielfacher Hinsicht auch nach außen unter Beweis stellen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter publizierten neben gut einhundert Artikeln und Rezensionen nicht weniger als 18 Monographien und Sammelbände, darunter die Habilitationsschriften von Thomas Lindenberger über die Deutsche Volkspolizei und von Siegfried Lokatis über die Entstehungsgeschichte der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung („Der rote Faden“) sowie der von Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht herausgegebene Band über „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“, der die Beiträge der gleichnamigen internationalen Konferenz des ZZF im letzten Jahr versammelt.

Das Institut initiierte und organisierte, häufig in Verbindung mit einschlägigen Partnereinrichtungen bzw. Drittmittelgebern, sechs Workshops, Kolloquien und Konferenzen zu zeitgeschichtlichen Forschungsthemen, in der Regel mit internationaler Besetzung aus Ost und West; zwei weitere Workshops zielten auf die Weiterbildung von Journalisten und Lehrern. Mit über 40 öffentlichen Veranstaltungen – Vortragsreihen, Einzel-Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Buchvorstellungen und Filmvorführungen – wiederum häufig mit benachbarten wissenschaftlichen Einrichtungen, Buchverlagen oder Trägern der politischen Bildungsarbeit in Potsdam und Berlin vorbereitet, stellte sich das ZZF über die Fachöffentlichkeit hinaus dem Dialog mit der zeitgeschichtlich interessierten Öffentlichkeit. Auf besonderen Anklang stieß die die vom ZZF im Rahmen von Kulturland Brandenburg 2003 »Europa ist hier!« organisierte Vortragsreihe „Potsdam in Europa“, mit der die am und um den Neuen Markt in Potsdam versammelten geisteswissenschaftlichen Einrichtungen („Forum Neuer Markt“) gemeinsam auftraten.

Anlässlich des 50. Jahrestages galt das größte öffentliche Interesse an der Zeitgeschichte in diesem Jahr zweifellos dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Das ZZF trug dem mit sieben Projekten Rechnung – darunter eine internationale Konferenz, zwei Buchprojekte, ein regionales Ausstellungsprojekt und eine thematische Website im Internet (www.17Juni53.de). Insbesondere die gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und DeutschlandRadio betriebene multimediale Website entwickelte sich mit bisher mehr als 175.000 Besuchern zum Publikumsrenner und erfreut sich auch nach dem Jahrestag anhaltenden Interesses.

Mit thematischen Websites und einem von der DFG geförderten, im laufenden Jahr begonnenen Projekt „Zeitgeschichte online“ hat das Institut in Kooperation mit „Clio online“ und der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz seine starke Stellung auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation zeitgeschichtlicher Themen für die Fachwissenschaft und die breitere Öffentlichkeit ausgebaut. Daneben sind wir, gemeinsam vor allem mit französischen und ungarischen Partner-Institutionen, an der Gründung eines europaweiten Netzwerkes von Einrichtungen auf dem Gebiet der Zeitgeschichtsforschung beteiligt.

Der Platz für dieses Editorial würde nicht ausreichen, um uns bei all denjenigen Einrichtungen, Stiftungen und Wissenschaftler/inne/n namentlich zu bedanken, die uns in diesem Jahr wissenschaftlich, finanziell und ideell unterstützt haben und deshalb Anspruch auf Teilhabe an der hier vorgestellten Erfolgsbilanz erheben können. Gefreut haben wir uns auch über hochrangige politische Besuche wie den des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, im März, in dessen Begleitung wir Bundeskanzleramtsminister Frank Walter Steinmeier begrüßen durften. Zusammen mit verantwortlichen Stadt-Beigeordneten informierte sich der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jacobs im Mai über unsere Arbeit; als Stadt, die die größte Wissenschafts- und Forschungsdichte in Deutschland aufweist, erhob Potsdam das Jahr 2003 zum „Jahr der Wissenschaft“ und trug mit zahlreichen Aktivitäten, an denen sich auch das ZZF beteiligte, zur Popularisierung der hiesigen Wissenschaftslandschaft bei. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eröffnete im Juni die gemeinsam mit der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ und dem Potsdam-Museum vorbereitete Ausstellung zum 17. Juni 1953 in Brandenburg im ehemaligen Potsdamer Stasi-Untersuchungsgefängnis.

Sorge bereitet nach wie vor die ungesicherte Zukunft des trotz wohlwollender Unterstützung des brandenburgischen Wissenschaftsministeriums chronisch unterfinanzierten Instituts. Obwohl das ZZF erfolgreicher und in einem größerem Umfang als andere vergleichbare Forschungseinrichtungen Drittmittel einwirbt, ist eine ausreichende Grundfinanzierung des Instituts durch das Land Brandenburg auch in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel unverzichtbare Bedingung für seine Arbeitsfähigkeit und seine langfristige Sicherung.

Potsdam, im Dezember 2003

Hans-Hermann Hertle

**„DEUTSCHLAND UND EUROPA IM SYSTEMKONFLIKT.
PERZEPTIONEN – STRUKTUREN – REPRÄSENTATIONEN.“
DIE NEUE PROJEKTPHASE DES ZZF FÜR DEN ZEITRAUM 2004/2005**

Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts haben sich die Rahmenbedingungen der zeithistorischen Selbstvergewisserung deutlich gewandelt, so daß sich neue Herausforderungen für die Zeitgeschichtsforschung ergeben. Der wachsende Abstand vom Kollaps des Kommunismus hat die Dringlichkeit einer ersten Aufarbeitung seiner Hinterlassenschaft tendenziell verringert und den Blick stärker auf Folgeprobleme wie die Demokratisierung der postkommunistischen Staaten oder die Eingliederung der ostmitteleuropäischen Nachbarn in westliche Strukturen gerichtet. Die Entwicklung der Zeitgeschichte in Deutschland wird insbesondere davon beeinflusst, daß der Prozeß des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenwachsens des lange geteilten Landes immer noch beträchtliche Schwierigkeiten bereitet und eine Verständigung über die getrennte Vergangenheit kaum in Sicht ist. Auch der schwierige Fortgang der europäischen Integration, vor allem durch die EU-Osterweiterung, wirkt auf die Zeitgeschichte zurück und wirft Fragen nach dem Fortbestand nationalgeschichtlicher Paradigmata und ihrer Ersetzung durch europäisch ausgerichtete Konzepte auf, deren Geltungsanspruch freilich ihrerseits in der sich gegenwärtig abzeichnenden, überraschend „verquerten“ Konfiguration von westlicher und östlicher Welt, von „neuem“ und „altem“ Europa erst noch zu erkunden bleibt.

Generell ist in der zeithistorischen Forschung, wie u.a. die Konferenz des Zentrums für Hochschulforschung in Wittenberg Ende Februar 2003 gezeigt hat, die zeitweilig überhitzte Konjunktur der DDR-Forschung deutlich zugunsten anderer Schwerpunktsetzungen abgeklungen. Zwar hat die NS-Forschung entgegen allen anfänglichen Befürchtungen ihren markanten Platz beibehalten, aber auch Forderungen nach Einbettung ostdeutscher Themen in osteuropäische Beziehungs- und Vergleichsstudien werden stärker. Ein wachsendes Interesse an der Demokratisierungsgeschichte in Westdeutschland ist ebenfalls unübersehbar und das öffentliche Bedürfnis nach sozial- und kulturgeschichtlichen Erklärungen der europäischen Integrationsprozesse und ihrer Hürden wird größer. Gleichzeitig hat die vertiefte Beschäftigung mit kollektiver Erinnerung das Interesse auch auf die Präsentation der jüngsten Vergangenheit in der medialen Populärkultur verlagert, die nach historischer Reflexion auf den Wandel der eigenen Disziplin und ihrer öffentlichen Rolle verlangt. Schließlich hat die elektronische Vernetzung durch das Internet ungeahnte neue Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen, die verstärkt für die wissenschaftliche Arbeit und die aktuelle Präsentation ihrer Ergebnisse genutzt werden können (z. B. in diesem Jahr durch die Erstellung von thematischen Webseiten zum 50. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953).

Das ZZF hat in der bis Ende 2003 laufenden Projektphase unter dem Titel „Die DDR im deutschen und europäischen Systemkonflikt“ erste Schritte unternommen, um auf einige dieser Herausforderungen zu reagieren, ohne die Kernkompetenz des Instituts deswegen aufzugeben. So ist das regionalgeschichtliche Projekt über Berlin und Brandenburg (Projektbereich I), auch wenn es West-Berlin einbezieht, noch stark auf die DDR zentriert, während in dem komparatistisch angelegten sozialgeschichtlichen Vorhaben des Projektbereichs II der Vergleich der DDR mit Ostmitteleuropa eine zentrale Rolle spielt. Der Themenbereich der ideologischen Auseinandersetzungen im Kalten Krieg (Projektbereich III) ist auf die neuen Quellen der audiovisuellen Medien fokussiert und greift auch nach Westen aus. Die mit kulturgeschichtlichen Ansätzen arbeitenden Vorhaben des Projektbereichs IV zur Legitimationsproblematik in Diktaturen und Demokratien erstrecken sich ebenfalls auf östliche und westliche Beispiele.

Die neue Projektphase von 2004 bis 2005 setzt mit einer Verbindung von fortlaufenden und neuen Projekten diese „komparatistische und beziehungsge- schichtliche Osterweiterung und Westintegration“ – so unsere programmatische Kurzformel des künftigen ZZF-Profiles – fort und eröffnet neue Teilschwerpunkte, die in Zukunft noch stärker ausgebaut werden sollen. Der veränderte Titel des Projektverbundes „Deutschland und Europa im Systemkonflikt“ verweist darauf. Neben der Forschungsarbeit in den vier Projektbereichen hat das ZZF ferner eine projekt- und themenübergreifende Selbstreflexion über die Zeitgeschichte begonnen, die sich in Konferenzen und Publikationen über die Spannung von Wissenschaft und Erinnerungskultur und die großen Kontroversen zur Zeitgeschichte niedergeschlagen hat. Auch die Bearbeitung dieses Feldes soll in europäisch erweiterter Perspektive fortgeführt werden.

Als Resultat der Ausdifferenzierung der Forschungsinteressen der Mitarbeiter/innen haben sich innerhalb der vier großen Projektbereiche neue Teilprojekte entwickelt, die eigene Akzente setzen. Im ersten Bereich ist ein DDR-Oppositionsprojekt entstanden, im zweiten Bereich hat sich ein wirtschaftsgeschichtlicher Schwerpunkt gebildet, im dritten Bereich gibt es zwei unabhängige Studien zu Migrationsphänomenen und im vierten Bereich schließlich arbeiten zwei vergleichende Projekte zur Religionsgeschichte.

Diese Ansätze sind eine wesentliche Bereicherung der Forschungspalette des ZZF. Gleichzeitig hat das Institut im Zusammenhang mit der Berliner Clio-Online Initiative von H-Soz-u-Kult ein eigenständiges Modul zur „Zeitgeschichte-online“ entwickelt, das die Fachkommunikation der Zeithistoriker im Internet verbessern soll und im Rahmen eines anderen DFG-Programmes gefördert wird.

Für den Zeitraum 2004/2005 sind von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Projektverbund die folgenden Forschungsprojekte bewilligt worden:

Projektbereich I

Berlin und sein Brandenburger Umland im Ost-West-Konflikt 1948/49–1990

(Leiter: Prof. Dr. Michael Lemke)

Michael Lemke

Das doppelte „Schaufenster“ in der Region: Berlin und sein Brandenburger Umland in der innerdeutschen Systemkonkurrenz 1948–1961

Igor J. Polianski

Die „Natur“ des Kalten Krieges. Naturwissenschaftliche Präsentation und populärwissenschaftliche Propaganda im geteilten Berlin 1948–1961

N.N.

Berliner Gesundheitspolitik in der Systemkonkurrenz 1948/49 bis 1961

Thomas Klein

Strategiewandel in der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit und dessen Auswirkungen auf die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung 1980–1989

Sebastian Gerhardt

Geschlossene Gesellschaft – Berufsverbote in der Veränderung oppositioneller Gruppierungen in der Hauptstadt der DDR 1970–1989

Johannes Beleites

MfS-Untersuchungshaft – Aufbau und Wandel eines DDR-Repressionsinstrumentes am Beispiel der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen

Projektbereich II

Sozialismus als soziale Frage.

Zur Geschichte sozialer Lagen, sozialen Denkens und der Sozialpolitik in der DDR und im ostmitteleuropäischen Vergleich (1945–1989)

(Leiter: Dr. Peter Hübner)

Peter Hübner

Die sozialen Entwicklungsmodelle der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen Intention und Wirklichkeit (1944/45 bis 1989)

Jürgen Danyel

Soziale Fragen und politische Antworten: Sozialpolitische Strategien der KSC im Wandel zwischen Krisenmanagement, Reformdiskussion und „Normalisierung“ (1948–1989)

Renate Hürtgen

Angestellte im Industriebetrieb der DDR in den 70er und 80er Jahren und ihr Verhältnis zu den Arbeitern. Eine sozialhistorische Untersuchung über innerbetriebliche Beziehungen

Anette Schuhmann

Lokale Netzwerke sozialpolitischer Akteure in der DDR (1970–1989). Das Beispiel der Maxhütte Unterwellenborn und des Eisenhüttenkombinates Ost (EKO) im Vergleich mit den vereinigten österreichischen Stahlwerken (Voest) in Linz

Projektverbund Wirtschaftsgeschichte

Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa
(Leiter: Priv.-Doz. Dr. André Steiner)

André Steiner

Wirtschaftliche Effekte des westeuropäischen Integrationsprozesses von den 50er bis in die beginnenden 70er Jahre

Jennifer Schevardo

Reaktionen auf die westeuropäische Wirtschaftsintegration in Ostmitteleuropa: Die Tschechoslowakei und Polen von den 50er bis zu den 70er Jahren

N.N.

Der innerdeutsche Handel und der westeuropäische Integrationsprozeß: Die These von der Quasi-Mitgliedschaft der DDR in der EWG

Projektbereich III

Ideologien und Mentalitäten im Kalten Krieg.

Studien zu transnationalen Aspekten des Systemkonflikts in Europa

(Leiter: Priv.-Doz. Dr. Thomas Lindenberger)

Thomas Lindenberger

Film im Kalten Krieg – Kalter Krieg im Film: Studien zum deutsch-französischen Vergleich

Lars Karl

Leinwand zwischen Tauwetter und Frost: Sowjetische Filmpolitik und der Westen im Kalten Krieg

Jan C. Behrends

Rewolucja papierowa. Der polnische politische Samizdat im späten Kalten Krieg – eine Studie zum Wandel von Öffentlichkeit(en) (1975–1991)

Heiner Stahl

Jugend- und Medienpolitik im kalten Ätherkrieg: Zur Einrichtung, Funktion und Wirkung von jugendspezifischen Radiosendungen in Ost- und Westdeutschland im Kalten Krieg in den 1960er Jahren

Bernd Stöver

Übersiedler und Überläufer in die DDR in den 50er und 60er Jahren

Patrice G. Poutrus

Zuflucht Westdeutschland. Politische Emigration in die Bundesrepublik Deutschland während des Kalten Krieges (1953–1973/74)

Projektbereich IV

Die Kultur des Politischen.

Herrschaft und Legitimation in der Systemkonkurrenz

(Leiter: Priv.-Doz. Dr. Martin Sabrow)

Martin Sabrow

Führermythos und Parteikult. Vergleichende Untersuchungen zu Herrschaftslegitimation und -akzeptanz in beiden deutschen Diktaturen

Christoph Classen

Tradition und Fortschritt in der „sozialistischen Stadt“.

Zur kulturellen Vermittlung und Erfahrung politischer Herrschaft in der DDR

Pavel Kolař

Sozialistische Meistererzählungen im lokalen Raum: Die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung in der DDR, der Tschechoslowakei und Polen (1956–1970)

Christopher Görlich

Urlaub vom Staat. Zur Geschichte des FDGB-Feriedienstes in der DDR

Klaus Große Kracht

Neokonfessionalismus oder „zivile“ Religion? Die ‚Katholische Aktion‘ in Deutschland im Vergleich mit Frankreich und Polen (1945–1965)

Árpád v. Klimó

Katholische Selbstverständigung unter der Bedingung von Diktatur und Demokratie. Die „Katholische Aktion“ in Ungarn und Italien im Spannungsfeld von Amerikanisierung und Sowjetisierung.

Mario Keßler

Deutsche Kommunismusforscher zwischen Exil und früher Bundesrepublik: Franz Borkenau, Arkadij Gurland, Richard Löwenthal, Ossip K. Flechtheim

Editionsprojekt (den Direktoren zugeordnet)

Jochen Laufer

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1953



**ZEITGESCHICHTE-ONLINE –
EIN FACHPORTAL FÜR DIE ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG**

Maren Brodersen/Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch

Das Fachportal „Zeitgeschichte-online“ (<http://www.zeitgeschichte-online.de>) ist ein gemeinsames Projekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF) und der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz (<http://www.sbb.spk-berlin.de>) und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Die zeithistorische Forschung im deutschsprachigen Raum erhält mit dem Projekt, das ab dem 26. Januar 2004 im Internet verfügbar sein wird, einen zentralen Einstiegspunkt in das Internet. „Zeitgeschichte-online“ ist als ein Modul von „Clio-online“ (<http://www.clio-online.de>) konzipiert und Teil eines Kooperationsverbundes führender geschichtswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen und Bibliotheken.

Mit dem neuen Portal wird die fachwissenschaftliche Kommunikation und Diskussion im Bereich der Zeitgeschichte sowie die Erschließung und Vermittlung zeithistorisch relevanter Informationen über das Internet ausgebaut und intensiviert. Die Schwerpunktsetzung des Informationsangebots trägt der gewachsenen Bedeutung der Zeitgeschichte im Bereich der Geschichtswissenschaften Rechnung und reagiert auf das gestiegene öffentliche Interesse an zeithistorischen Themen nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Vergangenheit der kommunistischen Herrschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa.

Das Angebot von „Zeitgeschichte-online“ wird von ausgewiesenen Spezialisten betreut und stützt sich auf ein dichtes Netz von Kooperationsbeziehungen mit zeithistorischen Forschungseinrichtungen, Spezialbibliotheken, Sammlungen sowie Museen und Gedenkstätten.

Zeitgeschichte im Internet

Das Web-Verzeichnis (Subject Gateway) von „Zeitgeschichte-online“ erschließt und weist zeithistorisch relevante Internet-Ressourcen nach. Es bietet damit einen strukturierten Zugriff auf das in seiner Breite und Vielfalt kaum noch zu überschauende Feld von Informationen zu Themen der Zeitgeschichte. Die Erschließung der Ressourcen erfolgt nach fachlichen Standards, die im Rahmen des „Netzwerks Subject Gateways“ – einem Kooperationsverbund, an dem neben

den Projektpartnern von „Clio-online“ auch der „History Guide“ (<http://www.historyguide.de>) und der Informationsweiser Geschichte“ beteiligt sind – entwickelt wurden. Neben den wichtigen und zum Teil epochal übergreifenden Fachinstitutionen werden thematische Web-Sites, Kataloge, Bibliographien, Spezialdatenbanken und online verfügbare Volltexte erfaßt. Der Schwerpunkt liegt auf der deutschen und europäischen Geschichte nach 1945 sowie auf den ihren Verlauf prägenden politischen, sozialen und kulturellen Konstellationen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Bestandteil des redaktionell betreuten Nachweisdienstes ist ein Digest, der regelmäßig über neue Angebote informiert. Nutzer und Anbieter erhalten die Möglichkeit, auf die von ihnen bereitgestellten Online-Ressourcen aufmerksam zu machen. Die bei „Zeitgeschichte-online“ erscheinenden Besprechungen von Web-Sites (Web-Reviews) vertiefen die Erschließung der genannten Angebote.

„Zeithistorische Forschungen“ – eine neue Fachzeitschrift

Themen der Zeitgeschichte erfreuen sich eines wachsenden öffentlichen Interesses, werden von den Medien aufgegriffen und sind regelmäßig Gegenstand teilweise heftiger Kontroversen. Nicht immer spiegelt dieser öffentliche Umgang den von den Historikern erreichten Kenntnisstand. Eine weitere Besonderheit der Zeitgeschichte als Forschungsdisziplin ist die enorme Vielfalt und Menge an verfügbaren Quellen, u.a. Tondokumente, Filme, Fotografien, schriftliche Überlieferungen sowie Auskünfte von Zeitzeugen. Die Methoden der Forschung orientieren sich bislang jedoch vorrangig an den klassischen Schriftquellen.

„Zeithistorische Forschungen“ bietet ein Forum, mit dem sich die Zeitgeschichte als Disziplin stärker als bisher diesen Herausforderungen stellt und neue Formen der Präsentation ihrer Forschungsergebnisse erprobt.

Die Zeitschrift richtet sich an Historiker und Wissenschaftler benachbarter Disziplinen, aber auch an eine breitere zeithistorisch interessierte Öffentlichkeit. Sie erscheint dreimal jährlich in zwei gleichberechtigten, sich ergänzenden Ausgaben: einer Online-Version, die innerhalb des Portals „Zeitgeschichte-online“ abrufbar ist und einer parallelen Druckversion, die im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erscheint. Verantwortlicher Redakteur der „Zeithistorischen Forschungen“ ist Dr. Jan-Holger Kirsch, Herausgeber sind Prof. Dr. Christoph Kleßmann und Prof. Dr. Konrad H. Jarausch in Verbindung mit „Zeitgeschichte-online“. Ein wissenschaftlicher Beirat, der mit renommierten Historikern und Historikerinnen besetzt ist, steht der Redaktion und den Herausgebern bei der inhaltlichen Gestaltung der Zeitschrift zur Seite. Seine Mitglieder sind:

Prof. Dr. Jörg Baberowski (HU Berlin), Prof. Dr. Hartmut Berghoff (Universität Göttingen), Prof. Dr. Mary Fulbrook (University College London), Prof. Dr. Knut Hiekethier (Universität Hamburg), Prof. Dr. Gerhard Hirschfeld (Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart), Dr. Sandrine Kott (Université de Poitiers, Paris), Prof. Dr. Chris Lorenz (Universität Amsterdam), Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Universität Wrocław), Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Universität Hannover), Prof. Dr. Hannes Siegrist (Universität Leipzig), Prof. Dr. Axel Schildt

(Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), PD Dr. Michael Wildt (Hamburger Institut für Sozialforschung).

Neben den Themen der deutschen Zeitgeschichte werden auch Probleme der europäischen und globalen Geschichte aufgegriffen. In den „Zeithistorischen Forschungen“ werden Beiträge in deutscher und in englischer Sprache veröffentlicht, damit auch ausländische Autoren regelmäßig zu Wort kommen.

Das erste Heft der „Zeithistorischen Forschungen“ erscheint am 26. Januar 2004 und wird am gleichen Tag im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vorgestellt.

<http://www.zeithistorische-forschungen.de>

<http://www.contemporary-history.de>

<http://www.vandenhoeck-ruprecht.de>

Zeitschriftenaufsatzdatenbank

Teil des Informationsangebotes von „Zeitgeschichte-online“ ist eine vom ZZF und der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz gemeinsam konzipierte Zeitschriftenaufsatzdatenbank. Sie bietet einen thematischen Auszug aus der Online-Content-Datenbank (OLC) des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV). Seit Juni 2003 steht dieser OLC-SSG-Ausschnitt Zeitgeschichte in einer ersten Fassung für die öffentliche Nutzung zur Verfügung. Der Datenbankauschnitt umfaßt z.Zt. 177 Zeitschriften und ca. 62.000 Nachweise von Aufsätzen und Rezensionen und kann von Bibliotheken und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland kostenlos genutzt werden. Zusätzlich zu den bereits erfaßten werden weitere zeithistorisch relevante Zeitschriften in die Datenbank aufgenommen. Der genannte OLC-Ausschnitt Zeitgeschichte ist in die erweiterte Datenbank- und Katalogsuche (Metasuche) von „Clio-online“ und „Zeitgeschichte-online“ eingebunden. (*<http://www.gbv.de>*)

Erweiterte Katalog- und Datenbanksuche (Metasuche)

Zeithistorisch relevante Bibliothekskataloge, Quellendatenbanken, Bibliographien und andere netzbasierte Fachdatenbanken können bei Zeitgeschichte-online von einem Punkt aus parallel durchsucht werden. Dazu steht bereits eine repräsentative Auswahl an Fachdatenbanken zur Verfügung, die mit der im Rahmen der Kooperation mit „Clio-online“ verfügbaren Metasuchmaschine recherchiert werden können.

Informationen aus der Forschung, Rezensionen und Berichte

In Zusammenarbeit mit „H-Soz-u-Kult“ (*<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>*) bietet „Zeitgeschichte-online“ einen integrierten, auf die Bedürfnisse der zeithistorischen Forschung zugeschnittenen Informationsdienst an. Neben Projektvorstellungen, Terminankündigungen, Stellenanzeigen umfaßt das Angebot vor allem Rezensionen, Tagungsberichte und Web-Reviews. Neben diesen laufend aktualisierten Rubriken informieren Themenschwerpunkte über die Forschungs-

situation in einzelnen Bereichen der Zeitgeschichte u.a. auch in anderen Ländern, liefern mit Sammelbesprechungen einen Überblick über die neuere Literatur zu einzelnen Themenbereichen oder intensivieren mit Diskussionsforen die Kommunikation der Zeithistoriker. Das zeithistorische Informationsangebot steht ab dem 26. Januar 2004 im Internet zur Verfügung und kann darüber hinaus ab April 2004 als ein Zusatzangebot zum Mailversand von „H-Soz-u-Kult“ abonniert werden.

Redaktion „Zeitgeschichte-online“

Dr. Jürgen Danyel (Projektleitung, E-mail: danyel@zeitgeschichte-online.de), Maren Brodersen, M.A., Dr. des. Christoph Classen, André Kockisch, Jacob Krumrey, Prof. Dr. Michael Lemke, Annette Schuhmann, M.A., Carsten Schulze, Marion Webers, M.A., Robert Zepf, M. St., Irmgard Zündorf, M.A.

Redaktion „Zeithistorische Forschungen“

Dr. Jan-Holger Kirsch (verantwortlicher Redakteur, E-mail: kirsch@zeitgeschichte-online.de, Prof. Dr. Sebastian Conrad (Freie Universität Berlin), Dr. Jürgen Danyel, Dr. Klaus Große Kracht, Dr. Iris Schröder (Humboldt-Universität Berlin), Irmgard Zündorf, M.A.

Korrespondenzanschrift:

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
Redaktion Zeitgeschichte-online
Am Neuen Markt 1
D-14467 Potsdam

Tel.: 0331/ 289 91-18

Fax: 0331/289 91-60

E-mail: redaktion@zeitgeschichte-online.de

<http://www.zeitgeschichte-online.de>

**„BERLIN TORLOS. DAS BRANDENBURGER TOR – EIN LEERER ORT“
Eine Ausstellung des Künstlers Horst Hoheisel
im Jüdischen Museum Berlin, 4. April bis 22. Juni 2003***

Jan-Holger Kirsch

„Erinnerung ohne Phantasie gibt es nicht“, hat György Konrád einmal gesagt.¹ Dieser apodiktische Satz wäre durchaus zu widerlegen, denn bisweilen sind auch phantasielose Erinnerungspraktiken zu beobachten. Zu Recht macht Konrád aber darauf aufmerksam, daß Erinnerung nicht bloß vergangenheitsbezogen sein muß. Wenn sich das Erinnern mit der Phantasie verbindet, gewinnt es eine Zukunftsdimension und weist über rein antiquarische Rückblicke hinaus.



Einladungskarte (Foto: Horst Hoheisel, Grafik: atelier grotesk)

In der Geschichtswissenschaft besitzt die Phantasie einen etwas prekären Status. Jeder Historiker braucht Phantasie, um seine Quellen zu suchen und zu interpretieren; ein einfallsloser Historiker wird als Forscher kaum reüssieren können.² Andererseits muß er seine Phantasie im Zaum halten, weil er an bestimmte methodische Regeln gebunden ist. Verstößt er gegen die handwerklichen Standards, verläßt er den Bereich der Wissenschaft. So ist zu erklären, daß sich viele Historiker gegenüber den Arbeitsweisen von Künstlern wohlwollend ignorant verhalten: Kunst sei Kunst, und Wissenschaft sei Wissenschaft.

* Geringfügig überarbeitete Fassung der Eröffnungsrede vom 3. April 2003.

1 György Konrád, Braucht Zukunft Erinnerung?, in: ders., Der dritte Blick. Betrachtungen eines Unpolitischen, Frankfurt a.M. 2001, S. 132–142, hier S. 136.

2 Vgl. dazu Johannes Fried, Wissenschaft und Phantasie. Das Beispiel der Geschichte, in: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 291–316. Er formuliert die These, „daß der Historiker gar keine andere Chance hat, seiner Intention zu genügen, als durch phantasiegeleitete Konstruktionen, will er nicht an der Oberfläche und Außenseite sozialer Artefakte kleben bleiben“ (S. 309).

Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung schafft klare Zuständigkeiten, führt jedoch zu verengten Wahrnehmungen: Die Berührungspunkte des künstlerischen und des wissenschaftlichen Umgangs mit Geschichte drohen aus dem Blick zu geraten. Der Ausweg kann nicht sein, die unbestreitbar vorhandenen Unterschiede zwischen Wissenschaft und Kunst einzuebnen, wie es einige sich als postmodern verstehende Historiker versucht haben. Erforderlich ist vielmehr, den Austausch zwischen Historikern und Künstlern zu verstärken, um sich gegenseitig anzuregen und zu irritieren.

Diese Vorbemerkungen scheinen mir ein notwendiger Umweg zum eigentlichen Thema zu sein, denn es ist ja nicht selbstverständlich, daß ein Historiker die Installation eines Künstlers eröffnet. Horst Hoheisel ist freilich ein Künstler, dessen Arbeit eine solche Kooperation geradezu verlangt: Seine Gedächtnis-Kunst belegt den erwähnten Zusammenhang von Erinnerung und Phantasie auf eindrucksvolle Weise; sie leistet etwas, was die Geschichtswissenschaft nicht leisten kann oder leisten will. Auf der anderen Seite ist seine Arbeit kommentarbedürftig; weil sie auf historische Problemkonstellationen reagiert, erfordert sie gerade aus Sicht der Geschichtswissenschaft eine kritische Kontextualisierung. Ich möchte daher in drei Schritten vorgehen: *Erstens* werde ich skizzieren, in welchem Zusammenhang Hoheisels Ideen zum Brandenburger Tor entstanden sind. *Zweitens* werde ich einige Einwände formulieren. *Drittens* deute ich an, warum ich Hoheisels Arbeiten dennoch für wegweisend halte. Dies alles muß natürlich in sehr verkürzter Form geschehen.³



Einladungskarte (Foto: Horst Hoheisel, Grafik: atelier grotesk)

3 Für eine ausführlichere Argumentation vgl. Jan-Holger Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik, Köln/Weimar/Wien 2003 (Beiträge zur Geschichtskultur Bd. 25), v.a. S. 255–272. Dort ist auch Literatur zur Geschichte des Brandenburger Tors genannt; siehe neuerdings außerdem Stiftung Denkmalschutz Berlin (Hg.), Das Brandenburger Tor. Weg in die Geschichte – Tor in die Zukunft, Berlin 2003. (Erstaunlicherweise werden Hoheisels Arbeiten dort nicht erwähnt.)

Erstens: Wenn man die Einladungskarte zu dieser Veranstaltung betrachtet (Abb. 1 und 2), erfährt man zunächst nichts über die Zielsetzung der hier gezeigten Arbeiten. Offenbar geht es um ein Experiment mit dem Brandenburger Tor, das man komisch oder erschreckend, anregend oder fragwürdig finden kann. Viele von uns werden die halbierten Säulen des Brandenburger Tors (Abb. vorherige Seite) wohl mit den Stümpfen der Twin Towers von New York assoziieren – so stark haben sich letztere in das kollektive Bildgedächtnis eingebrannt.

Der Ausgangspunkt von Hoheisels Beschäftigung mit dem Brandenburger Tor war jedoch ein ganz anderer: 1994 wurde der erste künstlerische Wettbewerb zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ ausgeschrieben. 528 Entwürfe wurden eingereicht, die ein breites Spektrum von Artikulationsformen boten. Wer die Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten besucht hat, wird sich an ein Sammelsurium von Davidsternen, Erlebniswegen, Eisenbahnwaggons, siebenarmigen Leuchtern etc. erinnern. Die letztlich nicht zufriedenstellenden Ergebnisse waren unter anderem eine Folge der unpräzisen und überfrachteten Ausschreibung. Nur wenige Entwürfe ließen einen klaren, in sich konsequenten Ansatz erkennen.



*Der Pariser Platz ohne das Brandenburger Tor.
Entwurfsidee von Horst Hoheisel, 1994/95
(Foto: Thomas Bachler, grafische Gestaltung: Bernhard Wollborn)*

Zu diesen durch Stringenz und Radikalität auffallenden Arbeiten zählte Hoheisels Vorschlag, das Brandenburger Tor abzureißen. Nebenbei sei bemerkt, daß er noch zwei andere, im Rahmen des Wettbewerbs durchaus konventionelle Entwürfe einreichte, bei denen die Namen der jüdischen Opfer im Zentrum standen. Größere Beachtung fand indes die Abrißidee. Sie wurde im ersten Juryrundgang aussortiert, blieb formal also erfolglos, rief aber eine gewisse öffentliche Resonanz hervor. Der amerikanische Denkmalskritiker James E. Young etwa

sprach von einem Ansatz, „der die unbeantwortbaren Fragen (...) präzise auf den Punkt brachte“.⁴

Was genau hatte Hoheisel vor? Ich zitiere seine Beschreibung der Wettbewerbsarbeit: „Das Brandenburger Tor wird abgetragen, Steine und Bronze werden zu Staub zermahlen. Der Staub wird auf dem Denkmalsgelände verstreut. Der Platz wird mit den in Berlin auf Bürgersteigen häufig verlegten alten Granitplatten bedeckt. Die Namen der europäischen Länder mit den entsprechenden Zahlen der Ermordeten werden dort eingeschrieben. (...) Die nationale Identität und historische Kontinuität sind nach dem Völkermord an den europäischen Juden und den Roma und Sinti zerbrochen. Sie lassen sich nicht mehr herstellen. Die Frage dieses Entwurfs lautet: Würde das Volk der Täter angesichts des Völkermordes an den europäischen Juden und Roma und Sinti bereit sein, sein nationales Symbol als Denkmal zu opfern? Können die Deutschen eine doppelte Leere ertragen? Den leeren Ort des Pariser Platzes ohne das Brandenburger Tor und den leeren Ort der Ministergärten ohne entlastendes Denkmal aus Stein, Stahl oder Bronze?“⁵ (Der Titel der jetzigen Ausstellung könnte also auch lauten: „Berlin torlos – zwei leere Orte.“) Man neigt unwillkürlich dazu, die zitierte Idee als reine Kuriosität des Gedenkbetriebs abzutun. Der ernsthafte und ernstzunehmende Grundgedanke war jedoch, daß ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ kein Äquivalent zur israelischen Gedenkstätte Yad Vashem sein könne; in Deutschland sei es zwingend notwendig, die Auseinandersetzung mit den Tätern und mit der deutschen Nation in den Mittelpunkt zu rücken. Das Brandenburger Tor bot sich dafür besonders an: Es ist ein herausgehobener Erinnerungsort der preußischen und deutschen Geschichte. Hier hatten nationalistische und nationalsozialistische Paraden stattgefunden, hier hatten sich die deutsche Teilung und die Konflikte des Kalten Krieges manifestiert. So hatte die DDR 1958 während einer Restaurierung der Quadriga das Eiserne Kreuz und den Preußenadler entfernt. Schon ein knappes Jahr nach der deutschen Einheit erhielt das Brandenburger Tor diese Insignien zurück, weil offenbar ein starkes Bedürfnis nach nationaler Repräsentation bestand. Der Pariser Platz wurde rasch zu einem symbolischen Zentrum der alten und neuen Hauptstadt Berlin.

Daraus ergibt sich, warum Hoheisel seine Arbeit als „Intervention“ versteht – das heißt als Eingriff, als Widerrede. Er widerspricht der Annahme, man könne dem konventionellen, reparierten Nationalsymbol Brandenburger Tor ein postkonventionelles Denkmal für die Ermordeten der NS-Herrschaft einfach zur Seite stellen. Wenn es schon ein nationales und zentrales Mahnmal geben sollte – so sein Appell –, dann müsse es auch konsequent sein. Natürlich war die Idee von Anfang an als Provokation gedacht, und in einem Interview zu dieser Ausstellung hat Hoheisel noch einmal betont, daß er den tatsächlichen Abriß niemals

4 James E. Young, Deutschlands Denkmal-Problem. Gedenken, Anti-Gedenken und das Ende des Monuments, in: Eckhart Gillen (Hg.), Deutschlandbilder. Kunst aus einem geteilten Land, Köln 1997, S. 592–597, hier S. 592.

5 Erläuterungsbericht von 1994; zit. nach Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? (Anm. 3), S. 255.

zugelassen hätte.⁶ Dennoch sollte man sich ganz realitätsnah überlegen, welche Folgen das Fehlen des Brandenburger Tors hätte: Es könnte nicht mehr als Vorlage der Souvenirproduktion dienen, würde als werbewirksames Logo und Hintergrund privater Fotos ausfallen und könnte nicht mehr als international bekannte Kulisse für Demonstrationen fungieren. Die Reproduktion früherer Abbildungen würde das Bewußtsein für die Leere nur verstärken. Die Lücke in der hauptstädtischen Magistrale Unter den Linden könnte die millionenfachen Mordtaten der NS-Herrschaft womöglich präsenter halten als jedes gebaute Monument.

Zweitens: An dieser Stelle empfiehlt es sich freilich, einen Schritt zurückzutreten und zu fragen, inwieweit wir Hoheisel folgen mögen – damit komme ich zu den Einwänden. Die Abrißidee entstammt wie gesagt einem konkreten Wettbewerbszusammenhang. Obwohl es den Anschein hat, als verweigere sich Hoheisel den damaligen Vorgaben komplett, zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß sein Ansatz der problematischen Logik des gesamten Denkmalprojekts durchaus entsprach.

Dan Diners Interpretation des Holocaust als „Zivilisationsbruch“, die Ende der 1980er Jahre gegen rechtskonservative Relativierungen gerichtet und politisch progressiv war, drang während der 1990er Jahre in den Mainstream des öffentlichen Diskurses ein. 1993 schrieb die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann: „Auschwitz ist die nationale Katastrophe, die das kulturelle Gedächtnis der Deutschen gesprengt hat und sprengt.“⁷ So unterschiedliche Persönlichkeiten wie Helmut Kohl und Joschka Fischer konnten dem zustimmen. Das Bekenntnis zur gebrochenen nationalen Identität wurde gleichsam staatstragend. Um noch einmal Aleida Assmann zu zitieren: „Der Holocaust als negativer Bezugspunkt der deutschen Geschichte entzieht dem deutschen Geschichtsbewußtsein nicht den Boden, sondern ist der abgründige Grund, auf dem es wieder aufgebaut werden kann.“⁸ Dies fand in der Planung des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ seinen prominenten Ausdruck – als „Institutionalisierung und Nationalisierung negativen Gedenkens“, wie Volkhard Knigge, der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, es ausgedrückt hat.⁹ Die Berechtigung und Notwendigkeit eines solchen Gedenkens ist im Prinzip nicht zu bestreiten, doch hat es in historischer und ethischer Hinsicht auch Kosten: Das nationale, sehr allgemeine Erinnerungsparadigma droht komplexere Sachverhalte und individuelle Biographien an den Rand zu drängen.

Eine weitere Überlegung kommt hinzu: Der Abriß des Brandenburger Tors wäre kein Bruch *in* der Geschichte, sondern *mit* der Geschichte. Die Eliminie-

6 Berlin torlos, in: Zwei. Magazin des Jüdischen Museums Berlin Nr. 1/2003, S. 18 f., hier S. 19.

7 Aleida Assmann, Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee, Frankfurt a.M./New York/Paris 1993 (Edition Pandora Bd. 14), S. 8.

8 Dies., Erinnerungslosigkeit oder Geschichtsfixierung?, in: Frankfurter Rundschau, 7.7.2001, S. 21.

9 Volkhard Knigge, Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland, in: ders./Norbert Frei (Hg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 423–440, hier S. 424.– Im Gegensatz zu Assmann betont Knigge die Ambivalenz dieses Phänomens.

rung historischer Bauwerke löst geschichtliche Zusammenhänge auf, statt ein reflektiertes Erinnern zu fördern. Gerade weil das Brandenburger Tor mehrere, zum Teil belastete Bedeutungsschichten enthält, ist der verantwortliche Umgang mit diesem Nationalsymbol anspruchsvoller als die radikale Destruktion. Es sei gestattet, Hoheisel mit Hoheisel zu kritisieren: In der Nacht des 27. Januar 1997 projizierte er Fotos des Auschwitz-Tores auf das Brandenburger Tor. Dieses Ineinanderblenden von Zeiten und Orten war natürlich nur möglich, weil das Brandenburger Tor noch stand; insofern war die zweite Arbeit ein klares Dementi der ersten. Historisch und politisch zukunftsweisend ist nicht die Frage, was die Deutschen im Gedenken an den Holocaust zu „opfern“ bereit sind, sondern wie sie mit der schwierigen Präsenz historischer Zeugnisse zu leben verstehen – sei es in Berlin, sei es an anderen Orten. Daher erscheint mir die derzeitige Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Neuengamme und Mittelbau-Dora viel interessanter als der nun begonnene Bau des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“. Auch Horst Hoheisel hat sich von der nationalen Diskursebene inzwischen wieder gelöst: Seine Ausstellung in der Commerzbank am Pariser Platz¹⁰ zeigte neben den Bildern zum Brandenburger Tor eine Bildserie zu den verfolgten und ermordeten Juden aus Kassel. In ihrer Deutungs Offenheit und politischen Autonomie ist diese Serie ein eindrücklicher Kontrapunkt zum Gedenken als Staatsaktion.

Drittens: Trotz partieller Kritik sei abschließend erneut betont, daß Hoheisels hier gezeigte Arbeiten gerade aus Sicht des Historikers eine starke Faszination besitzen. Dem *anarchischen* Gedächtnis der Kunst ist manches erlaubt, was sich das *disziplinierte* Gedächtnis der Wissenschaft versagen muß.¹¹ Während die kontrafaktische Geschichtsbetrachtung – oder gar der hypothetische Blick in die Zukunft – unter Historikern als nicht besonders seriös gilt, steht es dem Künstler frei zu fragen: Was wäre Berlins Mitte ohne das Brandenburger Tor? Was wäre, wenn dieses nicht renoviert, sondern abgerissen worden wäre? Könnte die doppelte Leere des Pariser Platzes und der Ministergärten ein Beitrag zum Gedenken an die NS-Herrschaft sein? Bevor wir dies verneinen, müssen wir uns zumindest auf die Frage einlassen – und merken vielleicht, daß es eine befriedigende Antwort nicht gibt. Eine solche Erschütterung vermeintlicher Gewißheiten ist das gemeinsame Ziel von Künstlern und Historikern, die sich mit vereinten Kräften gegen politische Funktionalisierungen von Geschichte wenden müssen. So schreibt Götz Aly in seinem neuen Buch: „Geschichte erfordert Demut und hält

10 „Fluchtweg: Brandenburger Tor. Eine Erinnerungsarbeit“, Haus der Commerzbank, Pariser Platz 1, 19. März – 30. April 2003.

11 Vgl. Jan Assmann, Krypta – Bewahrte und verdrängte Vergangenheit. Künstlerische und wissenschaftliche Exploration des Kulturellen Gedächtnisses, in: Bernhard Jussen (Hg.), Archäologie zwischen Imagination und Wissenschaft: Anne und Patrick Poirier, Göttingen 1999 (Von der künstlerischen Produktion der Geschichte Bd. 2), S. 83–99, hier S. 87–91.

nur die eine Lehre bereit: Niemand steht auf der sicheren Seite.“¹² Horst Hoheisel schärft dafür auf ganz eigene Weise den Blick.

Die historische Situation fundamentaler Unsicherheit, die uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus verschiedenen Gründen beschäftigt, ist wohlgermerkt nicht mit Beliebigkeit oder Standpunktlosigkeit zu verwechseln. Unabhängig davon, wie man zu Hoheisels Idee stehen mag, das Brandenburger Tor abzureißen: Weiterhin aktuell ist sein kritischer Impuls, daß das deutsche Gedenken an die NS-Zeit die Täterseite einschließen müsse. Ich verstehe die „Intervention“, die wir heute eröffnen, daher auch als indirekten Appell, der über den gezeigten Inhalt hinausreicht: Wenn dem Jüdischen Museum und dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas nicht auch der Weiterbau der Topographie des Terrors folgt, wird die hauptstädtische Erinnerungslandschaft unglaublich bleiben. Wer meint, daß dieser Weiterbau nicht finanzierbar sei, der sei noch einmal auf György Konrád verwiesen: „Erinnerung ohne Phantasie gibt es nicht.“¹³



Foto: Horst Hoheisel

12 Götz Aly, Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Frankfurt a.M. 2003, S. 247.

13 Siehe Anm. 1.

**„WIR SCHAFFEN EINEN NEUEN GEIST“
SOZIALISTISCHE BAUPOLITIK IN POTSDAM**

Carsten Dippel

Potsdam, jene ehemalige Residenzstadt vor den Toren Berlins, die aufgrund einer einzigartigen Symbiose aus Landschaft und Architektur zu den schönsten Barockstädten Europas zählte, lag durch einen erst in den letzten Kriegstagen erfolgten Bombenangriff zerstört am Boden. In einer einzigen Nacht im April 1945 wurden weite Teile des barocken Kerns in Schutt und Asche gelegt. Nach 1945 schien es das Gebot der Stunde zu sein, den einzigartigen Charakter der Stadt im Zeichen eines Neuanfangs wiederaufzurichten.

Mit dem Namen Potsdam verband sich stets, für Kritiker und Liebhaber gleichermaßen, auch ein „Mythos“. Durch den Handschlag zwischen Adolf Hitler und Paul von Hindenburg am 21. März 1933 vor der *Garnisonkirche*, jenem berühmten „Tag von Potsdam“, geriet in den Augen der im Osten Deutschlands an die Macht gelangten SED eine ganze Stadt zum Symbol einer unheilvollen Allianz zwischen „preußischem Junkertum“ und „Faschismus“. Für die SED ging es somit nicht nur um den Wiederaufbau einer kriegszerstörten Stadt, sondern zugleich um eine baupolitische Auseinandersetzung mit der *Vergangenheit*. Dem vielfach beschworenen alten „Geist von Potsdam“ sollte der neue „Geist von Potsdam“ entgegengesetzt werden, der sich, so das Postulat der SED, vor allem in der Potsdamer Konferenz widerspiegeln sollte. Die Auseinandersetzung mit dem „Mythos Potsdam“ sollte sich nicht zufällig vor allem auf baupolitischen Gebiet abspielen.

In der Schadensbilanz der Stadtverwaltung tauchten insbesondere das Stadtschloß, das Areal östlich des Schloßplatzes, Brücken sowie anliegende Häuser entlang des Kanals, das Gebiet um die Heiligegeistkirche sowie westlich und nördlich des Lustgartens gelegene Straßenzüge auf.¹ Zum Ergebnis des Krieges gehörte neben den Zerstörungen auch ein fundamentaler Wandel in der soziologischen Struktur der Bevölkerung. Vormals eine vorwiegend von der Aristokratie, der Verwaltung und dem Militär geprägte Stadt, setzte nach 1945 ein Austausch der Eliten ein.

Aufgabe der ersten Nachkriegsverwaltungen war in erster Linie die Sicherung von beschädigten Gebäuden sowie die Trümmerbeseitigung. An eine konkrete Planung, geschweige denn an intensive Bauaktivitäten, konnte angesichts der drängenden ökonomischen und sozialen Probleme vorerst kaum gedacht

1 Die Heiligegeistkirche sowie das Schauspielhaus am Kanal wurden allerdings erst durch den sowjetischen Artilleriebeschuß am 25. April 1945 zerstört, die Garnisonkirche brannte durch explodierende Munition im benachbarten Langen Stall aus. Zur Schadensbilanz siehe u.a. Uta Hohn, *Die Zerstörung deutscher Städte 1940–1945*, Dortmund 1991, S. 138; Hans-Werner Klünner, *Potsdam so wie es war*, Düsseldorf³1992, S. 24, sowie Waltraud Volk, *Potsdam. Historische Straßen und Plätze heute*, Berlin²1993, S. 90f.

werden.² Zunächst zielten die Initiativen der SED auf Veränderungen im kulturpolitischen Bereich. So sollte mit der Gründung verschiedener Lehr- und Forschungseinrichtungen Potsdam das Profil einer geistig und kulturell erneuerten Stadt verliehen werden.³ In deutlicher Abgrenzung zum „preußischen Militarismus“ sollten diese Institutionen das Postulat des „neuen Menschen“ in einer sozialistischen Wertegemeinschaft verkörpern. Doch ausgerechnet der traditionelle Charakter der „Kasernenstadt“, eines der wesentlichsten Elemente des „militaristischen“ Potsdam, sollte auf wundersame Weise selbst über ideologische Barrieren hinweg Bestand haben. Potsdam blieb bis zum Ende der DDR eine stark vom Militär geprägte Stadt, wozu vor allem die im Raum Potsdam massiv stationierten Truppen der Roten Armee beitrugen.

Das Hauptaugenmerk für die Umgestaltung Potsdams zu einer *sozialistischen* Stadt mußte zwangsläufig auf das alte Zentrum gerichtet werden. Zum ersten war es das vom Krieg am stärksten heimgesuchte Gebiet, was zwar enorme Probleme für die Besatzungsbehörden schuf, jedoch zugleich Perspektiven für völlig neue Planungskonzepte eröffnete. Unmißverständlich wurde von Beginn an deutlich gemacht, daß die Frage der städtebaulich-architektonischen Überwindung des preußischen Erbes ein Kernelement des „Klassenauftrags“ darstelle. Insbesondere das Knobelsdorffsche Stadtschloß, das Rathaus Boumanns oder die Garnisonkirche Gerlachs mußten jedoch auch für die Parteigänger einer neuen Kulturpolitik durchaus erhaltenswerte Kunstschatze darstellen. Immerhin lobte selbst die SED die meisterhafte Handwerkskunst des „schöpferischen Untertanen“, der im Gegensatz zu seinem herrschaftlichen Auftraggeber aus der Mitte des Volkes kam und dessen Fähigkeit somit für die spätere „Partei der Arbeiterklasse“ unbedingt zu würdigen war. Mit dieser argumentativen Gratwanderung versuchte die SED den Spagat zwischen Verdammung der preußischen Hinterlassenschaft einerseits und Anerkennung des baukünstlerischen Erbes andererseits. Eine Politik der Brüche, Widersprüchlichkeiten und rigorosen Kehrtwendungen war durch die ideologischen Implikationen vorbestimmt.

Zum zweiten war mit dem kriegsbedingten Eingriff in das Herz der alten preußischen Stadt die „Chance“ gegeben, die beiden Stadtteile Potsdam und Babelsberg stärker als bisher städtebaulich miteinander in Beziehung zu setzen. Aus der ideologisch gefärbten Perspektive habe das Stadtschloß als „feudalistischer Sperrriegel“ ein Zusammenwachsen der beiden Stadthälften verhindert.⁴ Mit der Auflösung der alten Zentrumsfunktion sollte die Stadtplanung dem modernen Leben angemessenere Strukturen schaffen. Daß das erst 1939 eingemeindete Babelsberg vom eigentlichen Stadtzentrum stets etwas isoliert war, besaß für die SED eindeutig „klassenmäßige“ Ursachen: Die „Arbeiterhochburg“ Babelsberg sei absichtlich vom preußisch-aristokratisch geprägten Stadtteil Pots-

2 Potsdam war nicht zuletzt auch erheblich vom Flüchtlingsproblem betroffen.

3 Zur Entstehungsgeschichte der verschiedenen Einrichtungen vgl. Volk, Potsdam, S. 91f.

4 Vgl. Deutschland Archiv (DA) 10/1960, S. 534f.

dam außen vor gelassen worden. Ähnlich argumentierte man bezüglich einer stärkeren Anbindung der Einzugsgebiete Teltow und Werder.⁵

Potsdams besondere Lage machte eine gut durchdachte Verkehrsführung unbedingt notwendig. Die Stadt lag mitten an einer der wichtigsten Ost-West-Verbindungen Deutschlands und bildete damit einen bedeutenden Handels- und Verkehrsknotenpunkt zwischen der Metropole Berlin und dem Westen Deutschlands. Um dieser Stellung gerecht zu werden, banden alle Planungen bis zum Mauerbau die Verkehrsflüsse von und nach Berlin in ihre Konzepte entsprechend ein. Nicht zuletzt auf politisch-ideologischem Gebiet mußte sich so die Potsdamer Stadtplanung mit der engen Beziehung zu (West-)Berlin auseinandersetzen.

Gemäß den Richtlinien der 1950 verabschiedeten „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ enthielten die Entwürfe der ersten Wettbewerbe die wesentlichen Kernelemente des „nationalen“ Weges in der Baupolitik.⁶ Prinzipiell wurden bereits verschiedene Ideen der Zentrumsgestaltung durchgespielt, jedoch war die eindeutige Tendenz zur Bewahrung wichtiger historischer Gebäude in ihrer räumlichen Struktur noch erkennbar.⁷ Bemerkenswert war die Beibehaltung der originalen Struktur des Straßennetzes als eines grundlegenden stadtbildprägenden Charakters sowie die Integration eines rekonstruierten Stadtschlusses in das neu zu entwickelnde „sozialistische Ensemble“. Dieses orientierte sich in seiner Formensprache zwar an der typischen Ornamentstruktur und Ausdrucksweise des „Sozialistischen Realismus“, blieb jedoch in seinen Dimensionen an die historische Umgebung angelehnt. Die historisch wertvollen Bauten waren vergleichsweise „harmonisch“ in das Konzept, das einen zentralen Platz für politische Demonstrationen vorsah, eingefügt.

Die Entwürfe zeigen sehr deutlich, daß sich die Interpretation des „Erbes“ trotz aller verbalen Schärfe mit der Übernahme architektonischer Zeugnisse aus der Epoche des „Feudalismus, Imperialismus und Faschismus“ durchaus vertragen konnte – wenn auch nur in einem für die neue Macht entsprechenden Interpretationsrahmen. Die vorläufige Bejahung des Stadtschlusses war allerdings auch auf die katastrophale ökonomische Ausgangslage zurückzuführen. In einem Augenblick drängender organisatorischer und finanzieller Probleme schien es wenig angebracht, ausgerechnet über ein solch gewaltiges Projekt – Abriß oder Wiederaufbau gleichermaßen – schnellstmöglich zu entscheiden.

Die vorläufige Wahrung historischer Substanz wurde allerdings von zwei gegenläufigen Tendenzen begleitet. So wurde einerseits mit großem Pathos der Aufbau der „ersten Barockstraße der DDR“ beschworen: Im Frühjahr 1953 baute man die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogene Wilhelm-Staab-

5 Vgl. IRS-S, P-I, Mappe: Erläuterungsbericht Zentrum, S. 4.

6 Vgl. „Wettbewerb 1952“; IRS-S, P-I, Mappe: Potsdam zentraler Bezirk 1952. Dazu auch Christina Emmerich-Focke, Stadtplanung in Potsdam 1945–1990, Potsdam 1999, S. 54ff.

7 Das „Stadtbebauungsprojekt IVb“, das sich am ehesten an der historischen Struktur orientierte, wurde vom Publikum eindeutig favorisiert. Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 47ff.

Straße (früher: Hoditzstraße) durch eine Verknüpfung historischer Fassaden mit modernem Innenausbau wieder auf.⁸ Immerhin sei hier die besonders ästhetische Fassadengestaltung erhalten, zugleich aber ein an den Bedürfnissen des „sozialistischen Menschen“ orientierter Wohnungsbau, der die Unzulänglichkeiten der barocken Innenstruktur aufhebe, garantiert.

Kontrastiert wurden diese Entwicklungen andererseits aber durch die bereits seit der ersten Wettbewerbsphase bestehenden intensiven Bestrebungen, dem Stadtkern, gemäß der ihm zugesprochenen politischen Rolle in den „Sechzehn Grundsätzen“, eine neue gesellschaftspolitische Funktion durch entsprechende städtebauliche Raumbilder zuzusprechen. Dabei stand die noch immer zentrumsbeherrschende Schloßruine dem Ansinnen der Machthaber ideologisch und räumlich schlicht im Wege.

Angesichts eines 1954 eingeleiteten radikalen Kurswechsel in der Baupolitik war es dann jedoch schwer vorstellbar, daß sich das Konzept des „Sozialistischen Realismus“ noch in konkreten Entwürfen niederschlagen würde. In den eingereichten Entwürfen der dritten Wettbewerbsphase 1957/58 war denn auch das Stadtschloß zwar im Grundriß noch erhalten, wurde jedoch bereits von neu geplanten Gebäuden überschritten. In internen Verlautbarungen wurde ohnehin schon längst kein Hehl mehr daraus gemacht, daß das „feudalistische“ Überbleibsel kaum Überlebenschancen haben würde.⁹ Allerdings blieben in den Entwürfen sowohl der Stadtkanal als auch die dominierenden Kirchen im wesentlichen unberührt. Die sich anbahnende, tiefgreifende Veränderung bezog sich damit zunächst tatsächlich nur auf den direkten Zentrumsbereich um den Alten Markt und den ehemaligen Lustgarten des Stadtschlusses. Der Neu- bzw. Umbau der Langen Brücke 1958 bezog zwar zunächst trotz veränderter Position das Stadtschloß mit ein, setzte aber bereits ein Signal für den Perspektivenwechsel bezüglich des Stadtzentrums und schuf damit letztlich eine Tatsache, die auf die Beseitigung der Schloßruine abzielte.¹⁰

Neben der Betonung des Zentrums zielten die Bemühungen des ersten Aufbaujahrzehnts bereits auf den als äußerst wichtig eingeschätzten Bereich des innerstädtischen Wohnungsbau. Mit der Wende zum industrialisierten Wohnungsbau ab Mitte der 50er Jahre wurde diesen Planungskonzepten völlig neue Perspektiven eröffnet. Zum Experimentierfeld bot sich dafür das Areal um die Französische Kirche an. Auch hier waren die Kriegszerstörungen immens. Die Straßen um die Kirche lagen in einem infrastrukturell wichtigen Bereich und immerhin nahe genug am Zentrum, um hier explizit den politisch intendierten Auftrag, neue „Wohneinheiten“ zu schaffen, wirkungsvoll umzusetzen. So begann man 1959 mit dem Abriß der beschädigten – allerdings durchaus aufbaufä-

8 Siehe dazu Volk, Potsdam, S. 210f.

9 Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 21f.

10 Vgl. auch „Die Planung des Stadtzentrums von Potsdam“, Prof. Hans Schmidt (DBA, Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst); DA 3/1961, S. 153.

higen – Häuser in der Französischen Straße (neu: Joliot-Curie-Straße).¹¹ An der Stelle der alten Bürgerhäuser wurden nun Wohnbauten in Blockbauweise errichtet, womit das gesamte Gebiet zwischen dem Platz der Einheit und der Joliot-Curie-Straße einen völlig veränderten Charakter erhielt.¹² Im Heiligegeistviertel wurden bereits seit 1957 die ersten Wohnbauten neuen Stils errichtet.¹³ Damit hielten die Prinzipien des industrialisierten Wohnungsbaus Einzug in die alte Barockstadt. Ein wichtiges Element zu seiner Durchsetzung war dabei die vielfache Aufhebung des Denkmalschutzes.¹⁴ Zudem wurden hier bereits ohne erkennbare technische oder ökonomische Zwänge die traditionellen Straßenfluchten negiert und die Neubauten entlang einer veränderten Linie errichtet.¹⁵

Im Brennpunkt der Auseinandersetzung um die Umgestaltung Potsdams blieb die Frage nach Erhalt oder Abriß der Stadtschloßruine. Bis diese 1960 gesprengt wurde, gab es eine mehr als zehnjährige Diskussion, die immer auch die Widersprüchlichkeit der Entscheidungsprozesse der 50er Jahre widerspiegelte. Obwohl von Beginn an der politische Wille zur Beseitigung des verhaßten Objektes zu erkennen war, betrachteten die Planungen der 50er Jahre dennoch das wiederaufgebaute Stadtschloß als integralen Bestandteil eines umgestalteten Potsdams. Allerdings hatte es bereits seit 1948 Abbrüche an der Ruine gegeben, womit sie einer permanenten, fast unmerklichen Schleifung ausgesetzt war.¹⁶

Bereits zu Beginn der Diskussionen zum Umgang mit der Schloßruine bildeten sich zwei Fraktionen heraus: auf der einen Seite Befürworter eines Schloßerhalts, meist Personen mit Fachkompetenz, auf der anderen Seite die Stadtschloßgegner, zumeist SED- oder auch FDJ-Vertreter. Die Ablehnungsfront war gleichwohl nicht immer klar gezogen. So wunderte sich ausgerechnet die SMAD über das Ansinnen, das Schloß abzureißen.¹⁷ Dabei kamen die meisten Gutachten und Stellungnahmen zu dem eindeutigen Schluß, daß die Ruine des Stadtschlösses, trotz ihres miserablen Zustandes, zumindest in Teilen wiederaufbaufähig wäre. Die Kosten eines Aufbaus würden sich zudem mit denen eines Abrisses in etwa decken.¹⁸ Damit war den Stadtschloßgegnern zunächst ein wichtiges Argu-

11 Die Französische Straße wurde am 28.8.1959, nur wenige Monate nach dem Beginn der Neubebauung, in Joliot-Curie-Straße umbenannt.

12 Aufgrund der technischen Voraussetzungen war insbesondere in Innenstadtbereichen die Bauweise, vor allem bezüglich ihrer Dimension, völlig dem großformatig vorgegebenen industriellen Bauen unterworfen. Vgl. Thomas Hoscislawski, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR*, Berlin 1991, S. 179ff.

13 Vgl. DA 6/1957, S. 306f., sowie Emmerich-Focke, *Potsdam*, S. 71ff. Diese Blockbauten gehörten allerdings zu den ersten Serien des Typenbaus, die sich deutlich von den späteren „Plattenbauten“ unterschieden. Vgl. dazu Hoscislawski, *Bauen zwischen Macht und Ohnmacht*, S. 153ff.

14 Nach einer 1958 getroffenen Vereinbarung des Instituts für Denkmalpflege mit der Stadt Potsdam. Vgl. Emmerich-Focke, *Potsdam*, S. 84.

15 Vgl. dazu DA 12/1959, S. 665.

16 So wurden beispielsweise Gesteinsplatten für den Bau des Ernst-Thälmann-Stadions auf dem Gelände des ehemaligen Lustgartens verwendet. Vgl. Emmerich-Focke, *Potsdam*, S. 14.

17 Vgl. ebd., S. 19, sowie Wolf Jobst Siedler, *Abschied von Preußen*, Berlin ²1998, S. 55.

18 Vgl. Hans-Joachim Giersberg, *Das Potsdamer Stadtschloß*, Potsdam 1998, S. 109.

ment aus der Hand genommen. Der abrupte Wandel in der Baupolitik mit der Aufgabe des Konzepts vom „Nationalen Bauen“ schien solchen Überlegungen jedoch ein Ende zu bereiten. Zwar sprachen sich sowohl eine Mehrheit der Potsdamer im Zusammenhang einer Ausstellung zur Stadtentwicklung 1954 als auch der Kulturbund 1956 für den Erhalt des Schlosses aus, jedoch ist seit 1956 die interne Absicht, das Schloß zu beseitigen, klar erkennbar.¹⁹ In einer auf einem Beschluß des Politbüros basierenden Entscheidung vom 13. November 1959 votierte die Stadtverordnetenversammlung schließlich für den Abriß der Schloßruine; die Spreng- und Abbrucharbeiten dauerten vom Januar bis Juli 1960. Zeitgleich wurde auch das Schiff der Heiligegeistkirche gesprengt.²⁰

Im Zuge der ersten Wettbewerbsphase nach der Schloßsprengung wurden weite Teile des Zentrums- und Innenstadtbereiches einer umfassenden Bebauungsplanung freigegeben. Mit der „Öffnung“ des Raumes an der Stelle des ehemaligen Schlosses wurde dem Zentrum nicht nur das prägende Bild genommen, sondern auch die Grundlage für völlig neue Planspiele geschaffen. Mit dem Schloßabriß fiel schließlich auch die Bedeutung der alten, auf das Schloßareal zulaufenden Straßen weg. Durch den schließlich zwischen 1971 und 1974 ausgeführten Bau der *Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek* erhielt die historische Straßenflucht ein völlig neues Gepräge. Ausgehend von der neuen *Langen Brücke* führte nun quer über das Gelände des ehemaligen Schlosses eine Kreuzung mit zwei Verkehrstangenten. Doch auch weitere gewachsene Gebäudefluchten und Straßenzüge des direkt an den *Alten Markt* angrenzenden Areals wurden radikal verändert, womit der altbekannte Zuschnitt völlig verloren ging.

Als deutlicher Kontrast erschien dagegen die Gestaltung des Ensembles am *Alten Markt* durch den 1960 beschlossenen Wiederaufbau des Gebäudekomplexes *Altes Rathaus* und *Knobelsdorff-Haus* zur Einrichtung eines Kulturhauses „Hans Marchwitza“.²¹ Dieses ehrgeizige und schließlich 1965 fertiggestellte Projekt zeigte die ganze Widersprüchlichkeit der sozialistischen Baupolitik auf: Die stark zerstörten Gebäude mußten keinem Neubau weichen, sondern wurden mit hohem Aufwand äußerlich originalgetreu rekonstruiert und gleichzeitig im Inneren vollkommen neu gestaltet.²² Mit dieser erfolgreichen Symbiose zwischen Historischem und Modernem wurde eindrücklich dokumentiert, daß selbst die sozialistische Interpretation des „historischen Erbes“ mit einer Bewahrung der originalen Gestalt durchaus vereinbar war.²³ Als Pendant zum Kulturhaus „Hans Marchwitza“ war eine neu gebaute Festhalle auf dem Gelände des ehe-

19 Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 22.

20 Vgl. IRS-S, P-I, Mappe: Schriftverkehr, Rat der Stadt Potsdam, 24.10.1960, S. 1.

21 In den Planungen wurde wahlweise auch von einem „Klubhaus“ gesprochen. Vgl. DA 2/1962, S. 91. Zum Kulturhaus vgl. auch S. H. Begenau, Das Kulturhaus „Hans Marchwitza“ in Potsdam. Ein historisches Gebäudeensemble erhält neuen Inhalt, in: *Bildende Kunst* 9/1966, S. 475–479.

22 Ergänzt werden sollten die beiden historischen Gebäude durch einen verbindenden Neubau. Siehe dazu DA 2/1962, S. 91 sowie DA 12/1966, S. 750.

23 DA 12/1966, S. 749.

maligen Stadtschlosses geplant. Die Festhalle wurde als Mehrzweckgebäude konzipiert, in welchem neben Kongressen, kulturellen Massenveranstaltungen auch Tanzsäle und ein Filmtheater untergebracht werden sollten.²⁴ Der gesamte Komplex sollte durch den Bau eines als Hotel konzipierten Hochhauses als bestimmender Dominante am Fuße der Langen Brücke sowie den Raum zur Havel hin funktional ergänzenden „Ufergaststätte“ vervollständigt werden.

Für die Planung des Zentralen Platzes hatte es 1960 und 1965 zwei neue Wettbewerbe gegeben.²⁵ Mit den bereits vollzogenen massiven Umwandlungen der vorangegangenen Jahre waren die Prämissen für die Wettbewerbsteilnehmer klar umrissen. Aufgabe war es, dem historischen Kern eine neue Funktion und Identität zukommen zu lassen. Nun fand vor allem die angestrebte Wohnraumherstellung durch industrielle Fertigung das Interesse der Planer. Die Blockbauweise mit ihrer starren Monotonie löste somit im zentralsten Bereich der Stadt das traditionelle architektonische Erscheinungsbild auf, was zwangsläufig mit den Stellungnahmen der Denkmalschutzbehörden kollidieren mußte. Die Interventionsmöglichkeit der Fachleute konnte sich dabei lediglich noch auf die Inventarisierung historischer Straßen und Bauwerke beschränken.

Einen tiefen Einschnitt für diese Planungsphase stellte der Mauerbau dar. Mehrere Kilometer im innerstädtischen Bereich des einstigen „Grenzgebietes“ wurden nun zu direktem „Sperrgebiet“. Neben den Auswirkungen auf die Verkehrsplanung war damit auch ein erheblicher ideeller Bedeutungswandel verbunden. Die Stadt am Südwestrand von Berlin galt nicht mehr länger als „Frontstadt“ in einer permanenten Auseinandersetzung mit dem „imperialistischen Feind“ West-Berlin, sondern erfüllte nun zunehmend die Rolle eines „Schaufensters“ des Sozialismus.

Von einer umfassenden Realisierung der Entwürfe zur Gestaltung eines sozialistischen Zentrums sah man jedoch ab. Auf den ersten Blick mag das verblüffen, jedoch läßt sich anhand der bis dahin vollzogenen Bauentwicklung ablesen, wie wenig mit den Ideen der Wettbewerbe ein schlüssiges *gesamtstädtisches* Konzept verbunden war. Mit großem Pathos wurde einerseits die Umgestaltung des Rathaus-Komplexes realisiert, andererseits kam ausgerechnet der Bereich des geplanten Kulturforums über eine Entwurfsphase nie hinaus. Der stadträumliche und ideelle Bedeutungsverlust des ehemaligen zentralen Bezugspunktes der Stadt wurde offenbar vollkommen unterschätzt.²⁶ Die Unfähigkeit, auf der Grundlage der historischen Struktur etwas Neues zu gestalten, wurde durch die Alternativlosigkeit der anzuwendenden Bauweise zudem noch gefördert. Mit der durch die industrielle Fertigung der Bauelemente vorbestimmten Dimension war eine an den lokalen Gegebenheiten orientierte „harmonische“ Symbiose zwischen zu erhaltenderer Altbausubstanz und Neubauten kaum realisierbar. Ironi-

24 Vgl. DA 2/1962, S. 88.

25 Zum Entwurf der Festhalle vgl. DA 2/1962, S. 87ff.

26 Vgl. DA 3/1961, S. 153.

scherweise wurde ausgerechnet die durchaus gelungene Lösung des Kulturhauses am Alten Markt als Errungenschaft *sozialistischer* Stadtbaukunst gefeiert.²⁷

Bezeichnenderweise erlangte mit einem erneuten Wettbewerb 1965/66 der sogenannte *Innenstadtbereich*, ein vom Krieg weitgehend verschont gebliebenes Areal, das Interesse der Planer.²⁸ Dieser Perspektivenwandel machte offenkundig, daß die bisherige Zentrumsplanung anscheinend in eine Sackgasse geraten war. In der Wettbewerbsausschreibung waren Vorschläge zur Bebauung des zentralen innerstädtischen Bereichs zwischen dem *Kanal*, dem *Nauener Tor* und dem *Brandenburger Tor* gefragt. Einbezogen war auch das architektonisch einmalige *Holländische Viertel*. Die eingereichten Entwürfe sahen derart radikale Einschnitte in die bestehende Struktur der Innenstadt vor, daß eine Realisierung der zweiten barocken Stadterweiterung das historisch gewachsene Gesicht genommen und es durch eine sozialistische Hochhausarchitektur ersetzt hätte.²⁹ Allerdings gingen diese radikalen Ideen anscheinend selbst der Jury zu weit. Prämiert wurden statt dessen Entwürfe, die sich immerhin an die historischen Straßenfluchten hielten und wenigstens teilweise die Altbebauung bewahrten. Zu einer Realisierung der prämierten Entwürfe des „Wettbewerbs Innenstadt“ kam es indes nie. Emmerich-Focke geht davon aus, daß die vor allem von der Bezirksleitung der SED favorisierte Umgestaltung am „inneren Widerstand“ der Stadt gescheitert sei.³⁰

Die zunehmende Konzentration auf den Innenstadtbereich zeigte, daß für den sensiblen Bereich des Zentralen Platzes keine Lösung gefunden worden war. Dennoch wurden auch in der zweiten Hälfte der 60er Jahre weitere radikale Einschnitte innerhalb des alten Zentrums vollzogen, die schließlich mit der Sprengung der Garnisonkirche im Frühsommer 1968 die ideologische Auseinandersetzung mit dem „preußischen Erbe“ zu einem vorläufigen „Höhepunkt“ führte. Zum andauernden „Kahlschlag“ im barocken Zentrum zählte aber insbesondere auch die mehrere Jahre dauernde Zuschüttung des noch verbliebenen *Stadtkanal*.

Bereits in einer Sitzung des *Aufbau-Komitees* vom Oktober 1960 stand die Erhaltung des die Stadt prägenden Kanals nicht mehr zur Diskussion, gleichwohl er erst zwischen 1964 und 1971 geschlossen wurde.³¹ Aufgrund des miserablen qualitativen Kanalzustands wurde in der Bevölkerung bereits seit langem eine

27 Vgl. z.B. DA 12/1966, S. 748f.

28 Vgl. auch ebd. (DA 8/67, S. 504). Mit „Innenstadt“ wurde das Gebiet nördlich des Kanals (der 2. Stadterweiterung) bezeichnet, demgegenüber die südliche Seite das „Zentrum“ bildete.

29 Zu den Entwürfen siehe DA 10/1966, S. 603ff.

30 Vgl. ebd., S. 149.

31 „Protokoll über die 2. Beratung des Komitees für den Aufbau des Stadtzentrums Potsdams am 31. Okt. 1960; Potsdam 12.11.1960“, S. 3; IRS-S, P-I, Mappe: Schriftverkehr. In einer Sitzung des Rates der Stadt Potsdam am 3. Mai 1962 war eine Zuschüttung des Kanals bereits Tagesordnungspunkt. Erste Zuschüttungen hatte es allerdings bereits 1961 im Zuge der Sprengung der *Nauener Brücke* gegeben. Vgl. ebd., S. 19.

leidenschaftliche Kontroverse über das Für und Wider einer Zuschüttung ausgefochten.³² Über lange Zeit wurde an Konzepten gearbeitet, die eine Reinigung und technische Überholung des Kanals zur Qualitätsverbesserung vorsahen. Diese Überlegungen griffen ähnlich geführte Debatten der Vorkriegszeit wieder auf.³³ Insofern erscheint die Zuschüttung des Kanals in den 60er Jahren nicht von vornherein eine rein politisch motivierte Aktion gewesen zu sein. Trotzdem machen die Äußerungen seitens der SED deutlich, daß auch diese Beseitigung ein wesentliches Element im Kampf gegen das preußische Bild der Stadt war. Der Kanal hatte Potsdam beinahe zwei Jahrhunderte geprägt und verlieh mit seinen Brücken und den umliegenden Häusern dem „preußischen“ Barock Potsdams einen ausgesprochen reizvollen Charakter.

Eine starke Beeinträchtigung erfuhr das alte Stadtbild neben der Preisgabe des Kanals auch durch den Verlust der ihn überspannenden und zum Teil kunsthistorisch sehr wertvollen Brücken. Auch die Zerstörung des *Berliner Tores*³⁴, des *Neustädter Tores*, des *Kellertores* sowie der sogenannten *Kanaloper*, des gegen Ende des 18. Jahrhunderts von Boumann erbauten *Schauspielhauses*, muß im Zusammenhang mit der Zuschüttung des Kanals erwähnt werden.³⁵

Nahezu die gesamte südliche Bebauung des Kanals fiel den fortwährenden Abrißarbeiten zum Opfer, an deren Stelle schließlich die Wohnkomplexe des „Zentrums Süd“ entstanden. Ebenso beseitigt wurden auch die meisten Ruinen auf der nördlichen Seite zwischen der Hauptpost und der ehemaligen Burgstraße. Der Kontrast zwischen den wenigen noch erhaltenen Bauten entlang des zugeschütteten Kanals und den „sozialistischen Wohnkomplexen“ im Zentrumsbereich konnte kaum stärker ausfallen.

Angesichts der ideologisch bestimmten Bau- und Planungspolitik erscheint es beinahe paradox, daß ausgerechnet die Ruine der Garnisonkirche sämtliche Wettbewerbsphasen bis zum Ende der 60er Jahre überdauern konnte, obwohl das Stadtschloß, der Kanal und andere barocke Bauten längst beseitigt waren. An der Ruine der Garnisonkirche wurden sogar noch bis kurz vor ihrem Abriß Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Unter Fachleuten galt die Garnisonkirche als unverzichtbar für einen gelungenen Wiederaufbau. Da das barocke Zentrum ein kunsthistorisch bedeutsames, in sich geschlossenes Ensemble darstellte, mußte der Verlust des Stadtschlusses und die massiven Eingriffe in die historisch gewachsene Struktur auch den Erhalt der Garnisonkirche gefährden. Die ihr beigemessene ideologisch überfrachtete Bedeutung als „Bollwerk des preußisch-faschistischen Militaristenklüngels“ ließ die Beseitigung zudem als

32 Vgl. ebd.

33 Erwägungen, den Kanal zuzuschütten, schlugen sich auch in ersten Schadensbilanzierungen der frühen Nachkriegsjahre nieder. Vgl. ebd., S. 16ff.

34 Das Berliner Tor wurde allerdings bereits 1952 aus „verkehrstechnischen Gründen“ abgerissen.

35 Das durch den Krieg stark beschädigte Schauspielhaus wurde trotz Bedenken der Denkmalbehörde 1966 abgerissen.

Akt sozialistischer Genugtuung und Beweis der Überlegenheit des „neuen Geistes“ von Potsdam erscheinen.

Am 22. Juni 1967 war Walter Ulbricht zu Besuch in der Bezirkshauptstadt, bei dem er mit bemerkenswerten Worten „Kritik“ an der bisherigen Baupolitik in Potsdam übte und sich dabei nicht scheute, seine ganz persönlichen „Vorschläge“ den Genossen vor Ort zu unterbreiten.³⁶ Folgenswer waren vor allem seine geäußerten Wünsche zur Beseitigung der Überreste der Garnisonkirche, konnte es doch eine gegen seinen Willen gerichtete Bewahrung des Bauwerkes kaum noch geben. So gesehen, erscheint es als logische Konsequenz, daß im Juni 1968 mit der Sprengung der Ruine der Garnisonkirche – letzte Bedenken der Denkmalbehörde wurden auch hier ignoriert – begonnen wurde. Der konkrete Beschluß zur Sprengung der Garnisonkirche³⁷ wurde schließlich damit gerechtfertigt, daß an ihrer Stelle ein *Rechenzentrum* – explizit als Ausdruck der sich zur „Metropole von Wissenschaft, Kunst und Kultur“ entwickelnden Stadt – entstehen sollte, womit die noch im Frühjahr 1968 durchgeführten Instandsetzungsmaßnahmen an der Kirchenruine faktisch längst obsolet geworden waren.³⁸

Die Sprengung der Garnisonkirche markierte nochmals einen Höhepunkt in der rigorosen Auseinandersetzung der SED mit dem „Mythos Potsdam“. In gewissem Sinne kann dies auch als eine der letzten „anti-preußischen“ Handlungen Ulbrichts gewertet werden. So sehr die Sprengung des verhaßten Bauwerkes die Beseitigung des preußisch-barocken Erbes in Potsdam „abrundete“ – nach dem Schloßabriß, der Kanalzuschüttung und der vehementen Strukturumwandlung – war die sozialistische Umgestaltung damit längst nicht beendet. Das *sozialistische* Gesicht der Bezirksstadt konnte erst in den nachfolgenden Jahren seine volle „Entfaltung“ finden. Besonderes Augenmerk galt der weiteren Ausgestaltung des „Zentrums Süd“, der Umgestaltung der Wilhelm-Külz-Straße in eine „sozialistische Magistrale“, der Bebauung des Brauhausberges, der Erschließung des „Zentrums Ost“ sowie dem Ausbau der Wohnkomplexe am Stadtrand. Betrafen die vorangegangenen Maßnahmen vor allem die Zerstörung barocker Bauensembles, galt es nun, neben der radikalen Umwandlung der Gebäudefluchten- und Straßenstruktur dem sozialistischen Potsdam mit markanten Dominanten Ausdruck zu verleihen. Davon ausgehend, sollte vor allem mit dem Bau eines „Hochhausringes“ um das alte Zentrum ein Wahrzeichen der „sozialistischen Großstadt“ gesetzt werden. Die weitere Ausgestaltung zur „sozialistischen Bezirksstadt“ erschien vor allem deshalb so dringend, weil zum 20. Jahrestag der DDR die „gelungene“ Wandlung Potsdams von der ehemaligen preußischen Garnisonstadt zur „sozialistischen Metropole von Wissenschaft, Kunst und Kultur“ wenigstens in Ansätzen der (Welt-)Öffentlichkeit präsentiert werden sollte.

36 Im *Neuen Deutschland* wurde Ulbricht mit den Worten zitiert: „Solche Betonklötze [die vorherigen Entwürfe] wirken langweilig.“ Sie führten dazu, „daß Potsdam wie irgendeine andere Stadt in der DDR, in Westdeutschland oder in einem anderen Land aussieht“. ND, 24.6.1967, S. 3.

37 Der Bau des Rechenzentrums auf dem Gelände der Garnisonkirche wurde bereits im Februar 1968 beschlossen.

38 Vgl. Emmerich-Focke, Potsdam, S. 174f.

Immerhin war nach einer zwanzigjährigen Bau- und Planungspraxis noch längst kein schlüssiges Gesamtkonzept realisiert worden – im Prinzip noch nicht einmal ein genuin *sozialistisches*.

Als Kontrast zum Alten Markt sollten gemäß den Entwürfen des mittlerweile siebenten Zentrumswettbewerbes 1968/69 an der Neustädter Havelbucht – unweit der abgerissenen Garnisonkirche – Punkthochhäuser entstehen, die weithin sichtbar als Wahrzeichen der „sozialistischen Bezirksstadt“ gedacht waren. In diese, die Silhouette der barocken Stadt völlig verändernde Höhenstruktur paßte die Garnisonkirche mit ihrem markanten Turm, ebenso wie am anderen Ende des Zentrumsbereichs die Heiligegeistkirche, weder politisch-ideologisch noch im Sinne einer *sozialistischen* Ästhetik.

Mit dem Bau des „Interhotels“ am Fuße der Langen Brücke geriet man endgültig von einer Gesamtlösung für den Zentralen Platz der Stadt ab. Es ersetzte letztlich sogar die Planungen zur zentralen Festhalle, wenngleich die Bedeutung des „Karl-Liebknecht-Forums“ immer noch herausgestrichen wurde.³⁹ Man schuf so eine Dominante, die die Funktion des barocken Zentrums einerseits zwar endgültig auflöste, andererseits aber die Vision einer *sozialistischen* Zentrumsgestaltung im Prinzip ad absurdum führte.

Die langfristig bedeutsamste Veränderung erfuhr der direkte Zentrumsbereich schließlich durch den Bau der *Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek*. Mit diesem Gebäude wurden sowohl die originalen Straßen- und Gebäudefluchten nördlich des Alten Marktes beseitigt, als auch die alte stadtraumbildende Funktion des zentralen Areals durch die Überbauung mittels eines komplexen, in seinen Dimensionen gewaltigen Baukörpers vollkommen aufgelöst. Verstärkt wurde dies noch durch die an das Bibliotheksgebäude anschließende Blockbebauung in Richtung Nikolaikirche.⁴⁰ Die politisch-ideologisch motivierte Umgestaltung des Zentrums führte dabei unweigerlich vor Augen, daß weder ein befriedigendes kompositorisches Gesamtkonzept noch urbane Lebensqualität geboten werden konnte.

Im „Generalbebauungsplan“ von 1970 waren weitere „Plattenbauten“ entlang der Neustädter Havelbucht vorgesehen. Im innerstädtischen Wohnungsbau wurden zudem die Arbeiten östlich des Alten Marktes vorangetrieben, wozu ein erheblicher Bestand noch erhaltener Altbausubstanz dem Abriß preisgegeben wurde. Der Wohnungsbau sollte schließlich auch in den folgenden Jahren *das* bestimmende Element der Stadtplanung bleiben. Die mehr als zwei Jahrzehnte währende Auseinandersetzung erfuhr mit der Errichtung der Hochhausdominanten, der endgültigen Umformung des zentralen Bereichs und der verstärkten Ausrichtung auf den Wohnungsbau zum Ende der Ära Ulbricht einen gewissen Abschluß, wenngleich sich Potsdam auch in den nachfolgenden Jahren in einem ständigen städtebaupolitischen Prozeß befand.

39 Zum „Interhotel“ vgl. auch DA 11/1970, S. 668ff.

40 Vgl. dazu DA 9/1969, S. 529ff.

Das Beispiel Potsdam belegt auf sehr eindrückliche Weise den – jenseits aller Rhetorik – bedenkenlosen und verantwortungslosen Umgang der SED mit dem Wiederaufbau einer kriegszerstörten Stadt. Trotz unzähliger Planungen und verschiedener Anläufe zum Wiederaufbau ist ein gesamtstädtisch durchdachtes Konzept kaum erkennbar. Der Prozeß der Umgestaltung war von der radikalen Beseitigung des alten Stadtgefüges gekennzeichnet, was sich insbesondere an der Sprengung der Schloßruine, der Kanalzuschüttung und der Umgestaltung des historischen Straßenzuschnitts ablesen läßt. Doch auch eine mehr als zwei Jahrzehnte dauernde Planungsphase vermochte es nicht, den Verlust der historischen Substanz zu kompensieren. Die sozialistische Antwort auf den „Mythos Potsdam“ äußerte sich so vor allem in der Errichtung neuer Wohnkomplexe, die nicht zuletzt auch das industrielle Bauen in den ehemals barocken Stadtcharakter trugen.

Offensichtlich gelang es der SED dabei nicht, dem *Zentralen Platz*, den sie durch die Beseitigung des Stadtschlusses für ihren Gestaltungswillen zu erobern gehofft hatte, auch tatsächlich ein genuin sozialistisches Gepräge zu verleihen. Eine Integration kulturhistorisch wertvoller Bausubstanz in einen Wiederaufbauplan hätte gelingen können, wozu jedoch eindeutig der politische Wille fehlte. Die Unmöglichkeit, ein gesamtstädtisches Konzept zur Entwicklung eines sozialistischen Stadtzentrums in Potsdam vorzulegen, macht den widersprüchlich erscheinenden Umgang mit dem bauhistorischen Erbe erklärbar. Die Nachhaltigkeit der Beseitigungen, die eben nicht bloß Ruinengelände zur Neubebauung Platz gaben, sondern eine fundamentale Umwandlung des alten Stadtgefüges beinhalteten, belegt, daß der SED kaum an einer Wertschätzung historischer Substanz gelegen war. Ihre Antwort auf das preußische Potsdam war eine Unkenntlichmachung des historischen Erbes und ein Ersatz, der in einfallloser Stilistik sozialistische Blockarchitektur konträr zur ererbten Struktur in Szene setzte. Die Unvollständigkeit macht dabei deutlich, daß es offensichtlich nicht gelingen konnte, mit den Mitteln des industriellen Bauens und der Dogmatik sozialistischer Stadtgestaltung eine dem Raum Potsdam angemessene Baulichkeit zu vermitteln. Die wenigen Ausnahmen – wie die Wilhelm-Staab-Straße oder das Kulturhaus „Hans Marchwitza“ – konnten über diese eklatante Fehlentwicklung kaum hinwegtäuschen. Unter der Regie der SED wurde in Potsdam das nachhaltig zerstört, was nach den schweren Kriegszerstörungen gerade noch erkennbar und – zum großen Teil – wiederaufbaufähig war.

**„IN UNGARN HÄTTE EINE BÜRGERKRIEGSSITUATION ENTSTEHEN KÖNNEN ...“
Gespräch mit Prof. Dr. Imre Pozsgay, ungarischer Staatsminister a. D.,
über den politischen Umbruch in Ungarn im Jahr 1989**

Hans-Hermann Hertle

Der Name des ungarischen Staatsministers Imre Pozsgay ist eng mit der Transformation der kommunistischen Ungarischen Volksrepublik in eine Demokratie und mit dem Abbau des „Eisernen Vorhanges“ im Jahr 1989 verbunden.

1933 in Ungarn geboren, studierte Imre Pozsgay bis 1957 Geschichte und Marxismus-Leninismus an der Lenin-Universität in Budapest. In den siebziger Jahren machte er Karriere in der Propaganda-Abteilung der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei = USAP). 1975 wurde er zunächst stellvertretender Minister für Kultur; von 1976–1982 war er Minister für Kultur und Bildung und ab 1980 Mitglied des Zentralkomitees der USAP. 1982 wurde er Generalsekretär der Patriotischen Volksfront.

1987 nahm Imre Pozsgay am Gründungstreffen des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) in Lakitelek teil. 1988 wurde er von der USAP-Führung noch schriftlich ermahnt, doch schon im Mai 1988, nach der Ablösung von János Kádár als Generalsekretär der USAP, erfolgte sein Aufstieg ins Politbüro. Im Juli 1988 wurde er Staatsminister und quasi stellvertretender Ministerpräsident. Im Januar 1989 bezeichnete er die Ereignisse von 1956 als „Volksaufstand“ und brach damit radikal mit der offiziellen Parteilinie („Konterrevolution“).

Im Juni 1989 wurde das Politbüro der USAP aufgelöst und durch ein Präsidium ersetzt; Imre Pozsgay wurde eines der vier Mitglieder dieses Gremiums. Ab Sommer 1989 war er einer der Verhandlungsführer der USAP mit der Opposition am Runden Tisch. Nachdem er sich bereits frühzeitig für eine Mehrparteiendemokratie ausgesprochen hatte, setzte er sich im Herbst 1989 für die Auflösung der Staatspartei USAP ein und wurde einer der führenden Politiker der neugegründeten Nachfolgepartei MSZP (Ungarische Sozialistische Partei = USP). 1990 bekam er überraschend kein Direktmandat bei den Parlamentswahlen und zog über die Landesliste ins Parlament ein. Im Laufe der 90er Jahre ging Imre Pozsgay als Professor für Politikwissenschaft an die Universität in Debrecen, an der er bis zum Juli 2003 lehrte. Zur Zeit unterrichtet er Politikwissenschaft an zwei Privat-Universitäten in Budapest.

Das folgende Gespräch fand am 25. Oktober 2003 im ZZF in Potsdam statt.

Hertle: Am Ende der achtziger Jahre ist niemand, der eine führende Funktion in einem kommunistischen Land inne hatte, so konsequent für die Einführung der Demokratie eingetreten wie Sie in Ungarn. Was hat Sie dazu angetrieben?

Pozsgay: Viel Persönliches spielt dabei eine Rolle. Zuallererst meine Sozialisation: Ich bin als Kind einer Bauernfamilie auf dem Dorf aufgewachsen, in einer Familie mit starken patriotischen Gefühlen. Trotzdem hat mich irgend etwas zu

diesem neuen System nach 1945 hingezogen. Ich habe wie viele meiner Altersgenossen in diesem System eine Möglichkeit gesehen, mich zu entfalten. Das alte System hätte mir bestenfalls eine Ausbildung zum Industriearbeiter geboten. Indem ich jedoch die Bildungsmöglichkeiten des neuen Systems nutzen konnte, bin ich in meiner Familie Intellektueller in erster Generation geworden. Diese berufliche Aufstiegsmöglichkeit hat mich so begeistert, daß ich mich mit meinem jugendlichen Kopf geistig völlig mit dem neuen System identifiziert habe. Nun wissen wir aus der Psychologie und aus der menschlichen Geschichte, daß Dinge, an die sich der Mensch in seiner Kindheit und seiner Jugend geistig geheftet hat, mit zunehmendem Alter nur sehr schwer wieder aufgegeben werden. Ich habe damals nicht einmal die kritische Sicht, die meine Mutter hatte, akzeptiert; sie war von all den kleinen Repressionen betroffen, die das System für die Bauern parat hielt. Ich habe das für die Kritik einer Generation gehalten, mit der es schwierig sein würde, die Zukunft zu gestalten.

Ich habe mich von meiner Religion losgesagt und von all diesen Dingen, damit ich von allem frei werde, was mich zurückzieht. Allerdings, und deshalb erwähne ich diese Zeit nicht umsonst, gab es eine Sache, von der ich mich nicht befreien konnte: Den Anspruch, den ich aus dieser Atmosphäre mitgebracht habe, ein anständiger Mensch zu sein und mein Leben auf moralisch integre Art zu gestalten.

Wie betrachten Sie heute Ihre Vergangenheit als Kommunist?

In bezug auf meine Vergangenheit habe ich heute nichts mehr zu verbergen, und ich möchte auch keinesfalls so tun, als hätte ich damals schon so gedacht wie heute. Aber ich muß sagen, daß ich meiner Erziehung verdanke, daß ich, wieviel Macht auch immer ich in den Händen hielt, niemals der Versuchung erlegen bin, diese Macht gegenüber meinen Mitmenschen zu mißbrauchen. Auch während der Zeit meiner größten kommunistischen Verblendung ist es mir immer gelungen, meine persönliche Integrität zu bewahren, und gerade dies sollte sich später als eine ungeheure Stärke erweisen.

Daß ich mich dann erst spät von meinen kommunistischen Überzeugungen gelöst habe, hängt damit zusammen, daß ich sehr viele persönliche Erfahrungen machen mußte, um zu einer radikalen Abrechnung zu kommen. Solange es mir irgendwie möglich schien, habe ich dem System verziehen, weil ich geglaubt habe, daß es verbessert werden könnte. Auch als eigentlich schon sehr deutlich war, daß das System nicht funktionieren kann, war es immer noch meine Überzeugung, daß sich vielleicht doch noch eine Möglichkeit findet, es zu reformieren. Und gerade weil ich nach Möglichkeiten gesucht und keine gefunden habe, es zu verbessern, ist es schließlich dazu kommen, daß ich meine kommunistische Überzeugung verloren habe.

Wann war das? Welche Erfahrungen waren dafür ausschlaggebend?

Ich muß zugeben, daß dieser Zeitpunkt ziemlich spät anzusetzen ist, aber ich mußte offensichtlich erst die Sowjetunion, auch mein eigenes Land sehen, sein Leiden und sein Dahinvegetieren, um dorthin zu kommen. Das prägendste Er-

lebnis in dieser Hinsicht waren meine Reisen nach Moskau, wo wir manchmal hinfahren mußten und wo mir einfach klargeworden ist, daß der Marxismus-Leninismus keine große, edle Überzeugung ist, keine revolutionäre Idee zur Befreiung, sondern zur Eroberung der Welt. Dazu war es auch erforderlich, das russische Alltagsleben kennenzulernen, die russischen Dörfer und Städte. Es war überdeutlich, daß sie nicht einmal ihre eigenen Probleme lösen konnten; wie sollten sie dann in der Lage sein, die Probleme der Welt zu lösen?

Bis zur Mitte der sechziger Jahre bestand mein Leben darin, daß ich beständig nach Wegen zur Verbesserung des Systems gesucht habe. Auf interessante Weise stieg ich währenddessen in der Hierarchie langsam auf. Später ist mir klargeworden, wie das gelingen konnte: Während der ganzen Zeit habe ich meine Souveränität und meinen kritischen Geist bewahrt, beides Eigenschaften, die im Apparat einer totalitären Partei nicht gerade günstig sind; aber offensichtlich war es so, daß das Kádár-System gerade auch solche Leute brauchte.

Als mir aber klar wurde, daß ich mich im Schaufenster des Kádár-Systems ganz gut mache, habe ich begonnen, diese Position auszunutzen. Mein Sprachgebrauch war anders als der der übrigen Parteifunktionäre, und deshalb strömten die Intellektuellen zu meinen Vorträgen und Reden und interessierten sich für das, was ich sagte. Ich habe die alten Phrasen aufgegeben, was gerade beim Sprechen kanonisierter Texte als ziemlich große Sünde galt.

Ich könnte diese Geschichte noch fortsetzen, möchte aber an dieser Stelle eine Quintessenz ziehen. Alles spitzt sich doch auf die Frage zu: Wenn ich das System so kritisch gesehen habe, wie konnte ich dann trotzdem eine so exponierte Rolle in dem System wahrnehmen und ihm solange die Stange halten? Vielleicht wirkt das komisch, was ich jetzt sage, aber ich möchte zu meiner Selbstrechtfertigung Goethe zitieren. Goethe hat einmal gesagt: Wir müssen jemand sein, um etwas bewirken zu können.

Haben Sie damals auch Alternativen in Betracht gezogen?

Eine Variante für mich wäre gewesen, in die Opposition zu gehen; dann wäre ich ein von der Polizei gebrandmarkter Oppositioneller geworden. Von diesen gab es in Ungarn nicht sehr viele, aber doch einige Dutzend. Aber ich dachte, wenn ich versuche, im Machtapparat zu bleiben, um von dort etwas zu bewirken, dann muß ich auch die beschämenden Seiten des Machtapparates akzeptieren.

Ich hatte keine Angst vor Verfolgung, als ich mich entschieden habe, nicht in die Opposition zu gehen, sondern vor der Wirkungslosigkeit, die ich damit auf mich genommen hätte. Ich hätte nichts tun können. So aber dachte ich, wenn ich diese Rolle im Machtapparat, die ich einmal gewählt hatte, durchhalte, könnte ich das ein oder andere in Richtung auf eine politische Wende doch noch tun.

Für die ungarische Opposition war meine Haltung ziemlich deutlich. Ohne daß ich mich öffentlich dazu bekannt hätte, war ihnen klar, was mein Ziel war. Was mir Kraft gegeben hat, war, daß auch die internationale Öffentlichkeit sehr schnell auf mich aufmerksam wurde.

1969 habe ich promoviert; ich war damals, wie es auch in der Sowjetunion hieß, Kandidat der Wissenschaft. Ich bekam dann zwar den Doktor-Titel, meine Dissertation wurde jedoch in die Giftschränke der Akademie verbannt. Aber im Ausland war man auf mich aufmerksam geworden; einen Monat danach bekam ich vom Quai d'Orsay eine Einladung für einen vierwöchigen Aufenthalt mit dem Ziel, die Arbeitsweise des französischen Parlamentes zu studieren. Dieser eine Monat in Paris war nicht nutzlos.

Im Sommer 1982, als ich meinen Ministerposten wegen einer „groben“ Rede verlor, erhielt ich von der amerikanischen Regierung eine Einladung für eine einmonatige Studienreise. Das war für mich auch deshalb interessant, weil ich endlich einmal direkt Emigranten von 1956 treffen konnte, natürlich auch Senatoren, amerikanische Politiker usw. Bei einem dieser Treffen mit Senatoren und Mitgliedern des Kongresses habe ich gesagt, daß die Demokratisierung in Osteuropa ohne die Einführung des Mehrparteiensystems keine Chance hat. Diese Beispiele führe ich nur deshalb an, weil ich zeigen will, wie ich mich unter den Schutz der öffentlichen Meinung in Ungarn und auch im Ausland gestellt habe.

Dieser Schutz hat mir insofern genutzt, daß János Kádár Angst hatte, sein Gesicht zu verlieren, wenn er sich öffentlich gegen mich gestellt hätte. Das Ergebnis war im Endeffekt, daß ich quasi mit ihm spielen konnte und nicht er mit mir.

Würden Sie von sich selbst sagen, daß Sie sich über die Jahrzehnte ein Doppeldenken bewahrt haben – ein offizielles und ein privates?

Ja. In der offiziellen Sphäre habe ich die Riten mitvollzogen, die gefordert waren, und im Rahmen der Spielräume, die ich hatte, habe ich das getan, was ich nach meiner Überzeugung für richtig hielt.

Ergab sich die Chance, Veränderungen in Ungarn einzuleiten, hauptsächlich durch den Machtantritt Michail Gorbatschows 1985?

Gorbatschows Auftreten hatte ohne Zweifel eine ermutigende Wirkung. Kádár hatte Angst vor Gorbatschow. Bis dahin war Ungarn in der Sicht des Westens die fröhlichste Baracke im sozialistischen Lager, das Land, das man am ehesten akzeptierte, in dem die Reformen am weitesten gediehen waren. Kádár wußte ganz genau, daß Ungarn diese Rolle verlieren, ja von der Bühne gedrängt werden würde, wenn Gorbatschow in der Sowjetunion mit Reformen Ernst machen würde. Und Kádár wollte und konnte diesen Wettlauf mit Gorbatschow nicht mehr aufnehmen. Das hat mir in die Hände gearbeitet, denn die beste Waffe, mit der ich gegen meine Gegner vorgehen konnte, war Gorbatschow. Es ist mir eigentlich bei jeder Gelegenheit, die es erforderte, gelungen, ein passendes Gorbatschow-Zitat hervorzukramen, um die Poststalinisten zu entwaffnen, denn es war schwer, das zurückzuweisen, was der Führer der Sowjetunion gesagt hatte.

Merkwürdigerweise ist Gorbatschow in seinen „Erinnerungen“ nicht für Sie des Lobes voll, sondern für János Kádár. Er bezeichnet Kádár als „Verkörperung des Besten, was ich über Ungarn weiß“. Vielleicht wußte er nicht viel über Ungarn?

Nein, das habe ich selbst erfahren. Ich habe unglaublich viele Leute auf der ganzen Welt getroffen – aber ausgerechnet Gorbatschow nicht. Ich hatte drei offizielle Einladungen zu Begegnungen mit ihm und alle drei wurden jeweils eine Woche zuvor abgesagt. Ich wußte nicht, warum, aber ein Historiker, den ich gut kenne und der in Moskauer Archiven gearbeitet hat, hat inzwischen den Grund herausgefunden. Es war eine Notiz, die KGB-Chef Wladimir Krjutschkow an Gorbatschow geschickt hat. Krjutschkow schrieb sinngemäß: „Lieber Michail Sergejewitsch, ich möchte Sie sehr davor warnen, sich mit Imre Pozsgay zu treffen.“ Es ist gut, daß ich damals davon nichts wußte, denn dann hätte ich es mit der Angst zu tun bekommen. Ich weiß bis heute nicht, was Krjutschkow dazu bewogen hat, Gorbatschow diesen Rat zu geben. Vielleicht war es eine Intrige, die von Budapest ausging, vielleicht hatte man Angst davor, daß ich Gorbatschow beeinflussen könnte.

Gorbatschow schreibt, daß Krjutschkow, der während der Oktoberrevolution 1956 Assistent des damaligen sowjetischen Botschafters in Budapest und späteren KPdSU-Chefs, Jurij Andropow, gewesen war, für ihn eine vertrauliche Verbindung zu Kádár unterhielt.

Das mag stimmen. Und Krjutschkow konnte sehr gut ungarisch. Übrigens sprach auch Andropow ungarisch, womit er wohl der erste russische Zar gewesen sein dürfte, der diese Sprache beherrschte.

Um zu Gorbatschow zurückzukommen: Man muß wissen, daß Gorbatschow bis zum Schluß an Kádár und am kádáristischen System festgehalten hat. Er war beispielsweise nicht damit einverstanden, daß Kádár zurücktreten sollte. Ich habe versucht, den Grund dafür herauszufinden. Ganz sicher spielte eine wesentliche Rolle, daß er schlecht informiert war; auch war er selbst ständig mit Machtkämpfen beschäftigt. Für Gorbatschow war Ungarn zudem innenpolitisch als Beispiel wertvoll: Er konnte in Moskau immer sagen, wenn in Ungarn die Reformen erfolgreich waren, vielleicht gelingen sie dann auch hier. Und er war der Meinung, daß Kádár in Ungarn das Symbol, der Kopf der Reformen war; ohne Kádár könnte die Stabilität verlorengehen und die Reformen zusammenbrechen.

Daß die größte Gefahr für Reformen im Jahr 1988 gerade von Kádár ausging, wußte Gorbatschow nicht. Denn Kádár konnte damals weder emotional noch geistig mit den realen Verhältnissen mithalten. Das war der Grund, warum Gorbatschow vor personellen Veränderungen Angst hatte. Er hat sich aber dann, als wir mit Károly Grósz die notwendigen Schritte besprochen hatten, schließlich doch mit der Ablösung Kádárs einverstanden erklärt.

Grósz kam im März 1988 in mein Haus am Balaton und erklärte mir, wie er über Kádár dachte und was mit ihm zu geschehen hätte. Ich habe ihm gesagt, ich bin auch der Meinung, daß es an der Zeit ist, daß Kádár zurücktritt, aber ich bin nicht bereit, mich an irgendeinem Putsch zu beteiligen. Ich lag mit Grósz politisch nicht auf einer Linie. Wir hatten seit Jahren Differenzen und keine enge Verbindung, aber scheinbar war er der Meinung, daß er mich in dieser Situation brauchte. Ich habe ihm gesagt, daß ich ihn bei dieser Aktion unterstützen würde,

denn erstens gebe es in der Partei keine Alternative; zweitens akzeptiere ihn, Grósz, der Apparat als Nachfolger und drittens verlange die Situation Veränderungen. Ich würde aber nur unter der Voraussetzung mitmachen, daß er mit Kádár darüber rede und ihm auch mitteile, daß er mit mir gesprochen habe.

Wichtig war für mich dabei, daß Grósz Kádár überzeugen sollte und daß Kádár selbst Gorbatschow anrufen und ihm persönlich mitteilen sollte, daß er zurücktritt. Und soweit ich weiß, hat Grósz die Sache mit Kádár auf korrekte Weise gelöst. Ich denke allerdings, das war seine letzte korrekte Handlung, denn als er dann an der Macht war, wußte er nicht mehr, wie er vorgehen sollte.

Wie hat sich Gorbatschow danach Grósz und Ihnen gegenüber verhalten? Gab es Anweisungen bzw. Einflußnahmeversuche aus Moskau?

Gorbatschow ist später noch einmal mit der Problematik der Beziehung zwischen Grósz und mir befaßt gewesen. Nachdem Grósz Generalsekretär geworden war und ich Staatsminister, also praktisch stellvertretender Ministerpräsident, habe ich begonnen, die vierzigjährige Geschichte der Partei aufarbeiten zu lassen. Dagegen hat sich Grósz mit Händen und Füßen gewehrt, weil er wußte, was dies für Konsequenzen haben würde. Und offensichtlich ist die Information, daß Grósz und Pozsgay sich konträr gegenüberstanden, zu Gorbatschow gelangt.

Nachdem ich mich in Rom mit dem Papst getroffen hatte, bat mich Gorbatschows Vertrauter Alexander Jakowlew im April 1989 auf Veranlassung seines Chefs zu einem Gespräch. Am Ende eines Abendessens sagte er zu mir, Genosse Gorbatschow läßt Sie grüßen und läßt Ihnen mitteilen, daß er der Meinung ist, daß man den Genossen Grósz in allen Dingen unterstützen sollte. Das zeugt meines Erachtens von den Orientierungsschwierigkeiten Gorbatschows. Ich war in diesem Moment sehr wütend, bin aufgestanden, habe dabei meinen Stuhl umgeworfen und laut gesagt: „Mit Euch hat es keinen Zweck mehr zu verhandeln, denn in Eurem Land sind sogar noch die Reformer in Byzanz groß geworden. Ihr habt keine Ahnung, welche Leute Euch Informationen schicken. Wißt Ihr nicht, daß Grósz in den Augen der Ungarn längst ein gestürzter Mann ist? Außerdem sehe ich, daß Ihr lieber mit Agenten arbeitet als mit Verbündeten.“ Danach wurde ich nicht mehr nach Moskau eingeladen, aber bald kam ja schon eine andere Welt.

Gorbatschow hat wichtige Taten vollbracht, die ihn ehren, aber diese Desinformiertheit ist ganz typisch für einen sowjetischen Partei-Apparatschik.

Die Unsicherheit, wie sich Gorbatschow, wie sich die Sowjetunion, zu den Veränderungen in den Nachbarländern verhalten würde, war 1989 überall – im Westen wie im Osten – gegenwärtig. Ministerpräsident Miklós Németh hat aber vor einiger Zeit berichtet, daß Gorbatschow ihm bei einem Treffen im März 1989 in Moskau zugesichert habe, daß sich „das Verbrechen von 1956“, also eine militärische Intervention der Sowjetunion, nicht wiederholen werde, solange er Generalsekretär der KPdSU sei.

Das hat uns Miklós Németh nach seiner Rückkehr aus Moskau im März 1989 mitgeteilt. Trotzdem übermittelte Jakowlew mir im April diese merkwürdige

Botschaft von Gorbatschow. Diese kryptische Mitteilung hat damals nicht meine Zweifel an den Absichten Gorbatschows genährt, sondern meine Zweifel am Charakter der Lage, in der sich Gorbatschow befand. In welcher Situation steckte Gorbatschow, daß er mir diese Mitteilung zukommen ließ?

Wir wußten nicht, ob hier ein starker Gorbatschow auf dem schwankenden Thron der Sowjetunion sitzt, oder ob ein schwacher Gorbatschow auf dem festen Thron der Sowjetunion sitzt. In diesem Dilemma habe ich die Situation so interpretiert, daß wir vorsichtig sein müssen. Ich habe damals weniger an meine eigene Situation gedacht, sondern daran, daß Ungarn aus diesen Unsicherheiten keine negativen Folgen erwachsen.

Dieses Dilemma, die Handlungen der Sowjetunion als einer nicht berechenbaren Macht vorzusehen, – in Ostmitteleuropa hatte man damit ja schon einige problematische Erfahrungen machen müssen –, dauerte genau bis zum Zeitpunkt des Paneuropäischen Picknicks am 19. August 1989.

Gab es im Verlauf des Jahres 1989 einen Zeitpunkt, an dem die Gefahr bestand, daß der ganze Reformprozeß kippen könnte, daß sich die Reformgegner durchsetzen würden? Schließlich waren Sie ja nicht nur nicht der Liebling von Gorbatschow, sondern auch nicht der des amerikanischen Präsidenten George Bush, der stärker auf Miklós Németh setzte. Sie waren ihm zu stürmisch!

Bush befürchtete, ich sei nicht vorsichtig genug. Aber auch die Situation Ungarns war damals nicht so eindeutig und so klar, wie es jetzt im Rückblick erscheinen mag. Ich möchte hier nicht meine eigene Position in ein besseres Licht rücken. Aber es ist trotzdem so, daß die damaligen Vertreter der Opposition am Runden Tisch, die heute gern für sich in Anspruch nehmen, die Wende in Ungarn erreicht zu haben, häufig vergessen, daß in Ungarn eine sehr riskante, ja sogar eine Bürgerkriegssituation hätte entstehen können, wenn ich innerhalb der Partei nicht mehr handlungsfähig gewesen wäre.

Grósz verfolgte damals die Entwicklung der Dinge überhaupt nicht mehr, sondern wartete bloß auf eine Möglichkeit, die Macht wieder so zu usurpieren, daß er sich als der große Systemreformer darstellen könnte. Es gab durchaus die Möglichkeit, daß er die Initiative so hätte an sich reißen können, daß er sich an die Spitze einer „Wende“ nach Art von Milosevic oder Iliescu hätte stellen können. Das wurde am ehesten deutlich, als er versuchte, verschiedene Machtmittel, die ihm zur Verfügung standen, für dieses Ziel einzusetzen. Die Weltöffentlichkeit erfuhr davon nicht viel, aber wir in Ungarn wußten ziemlich genau, worauf er sich vorbereitete. Er war damals Generalsekretär der Partei. Im März 1989 war er dabei, eine Art Militärkomitee zu organisieren. Er plante die Ausrufung des Notstandes mit der Begründung, daß die gesellschaftliche Entwicklung völlig unkontrollierbar geworden sei. Die Sache war so getarnt, daß als Grund der angebliche „wirtschaftliche Ausnahmezustand“ angeführt werden sollte – aber das durchschaute natürlich jeder.

Als ich das mitbekam, bin ich in sein Büro gegangen und habe zu ihm gesagt: „Ich habe mich inzwischen selbst von der Moral der Kampfgruppen überzeugen

können und kenne auch die ungarische Militärgeschichte. Ich kann dir nur sagen, daß du ein sehr großes Risiko eingehst, wenn du hier Soldat spielst.“ Ich hatte mit Führern der Kampfgruppen im Ikarus-Werk gesprochen. Sie erzählten mir, daß sie Übungen durchführen mußten, wie man Massenansammlungen auflöst. Einer dieser Führer sagte zu mir: „Wen soll ich denn da bald auflösen?“ Da war mir klar, daß unsere Sache gewonnen war. Denn in dem Moment, in dem diese Kampfgruppen-Führer zweifeln, werden sie solche Befehle nicht mehr ausführen. Das habe ich auch Károly Grósz gesagt. Ich habe zu ihm gesagt: „Sieh mal, in der ungarischen Geschichte gibt es keine Tradition, das Militär zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Wenn der ungarische Soldat den Befehl bekommt, auf Volksmassen zu schießen, reagiert er so, daß er eher den erschießt, der den Befehl erteilt hat. Und anschließend geht er nach Hause zu seiner Mutter.“

Ich habe mich in dieser Angelegenheit auch an Miklós Németh gewandt, der sich bis dahin gegenüber Grósz sehr loyal verhalten hatte. Ihm war sofort klar, daß dieses Spiel von Grósz ungeheuer riskant und gefährlich war. Grósz hatte bis dahin immer verkündet, daß Németh mit seinen Plänen einverstanden sei. Jetzt aber rang sich Németh dazu durch, im Fernsehen öffentlich kundzutun, daß Grósz lüge, wenn er behauptete, er stütze sich auf ihn. Er, Németh, lehne jedwede abenteuerliche Politik ab. Von da an wußte ich, daß ich auf den Ministerpräsidenten zählen konnte, wenn irgendeine riskante, gefährliche Situation entstehen sollte. Die Opposition wußte von diesen Intrigen natürlich nichts; sie lebte die ganze Zeit in der beruhigenden Überzeugung, daß sie es wären, die das Rad der Geschichte antrieben. Ich habe kein Recht dazu, in irgendeiner Weise an der Rolle, die sie gespielt hat, zu kratzen und ihr irgend etwas von ihren Errungenschaften zu nehmen; aber sie kannte nicht die wirkliche Situation und das Risiko, das im Hintergrund bestand.

Wie hat sich der Westen aus Ihrer Sicht verhalten?

Der Westen war über diese Hintergründe nicht richtig informiert und hat immer nur zur Vorsicht aufgerufen. Bush hat in der Sache wahrscheinlich persönlich mit mir sympathisiert, aber es war ihm zu gefährlich, und er hatte Angst, daß ich die Dinge auf eine unkontrollierbare Bahn bringen könnte.

Vor den amerikanischen Wahlen im Herbst 1988 habe ich ihn das erste Mal zu einem ausführlichen Gespräch in Budapest getroffen. Das zweite Mal sind wir uns im Juli 1989 in der Residenz des amerikanischen Botschafters Mark Palmer ebenfalls in Budapest begegnet. Ich erhielt damals eine Einladung für ein Treffen in Washington, zu dem es dann am 2. November 1989 kam.

Aber egal, mit wem aus dem Westen ich mich 1989 auch immer traf – sei es mit dem Papst, mit Helmut Kohl, Margaret Thatcher oder George Bush –, der wichtigste Ratschlag war immer: „Seien Sie äußerst vorsichtig im Hinblick auf die Sowjetunion!“ Solche „konzeptionellen“ Ratschläge habe ich erhalten!

Die Vorgeschichte und Hintergründe des Paneuropäischen Picknicks vom 19. August 1989 sind heute gut bekannt. Als Sie zusammen mit Otto von Habsburg

die Schirmherrschaft über das Picknick übernahmen, war dessen späterer Ausgang – etwa 600 DDR-Bürger durchbrachen einfach die Grenzsperrn und flohen nach Österreich – nicht absehbar. Was waren Ihre Beweggründe für die Übernahme der Schirmherrschaft? War das strategisch auch als Test angelegt, um herauszufinden, wie vor allem Moskau und Ost-Berlin reagieren würden?

Ich denke, daß Symbole in der Politik eine große Bedeutung haben. Die Debrecener Opposition war damals der Meinung, daß es eine sehr wichtige symbolische Aktion wäre, wenn an der Grenze, die seit 40 Jahren hermetisch abgeriegelt war, jetzt in Form eines Volksfestes eine Art Fraternisierung mit Österreich gefeiert würde und hat mich gefragt, ob ich die Schirmherrschaft dafür übernehmen würde. Auch die Opposition in Debrecen hat für dieses Picknick nicht mehr geplant; sie dachten, es wäre gut, wenn eine einflußreiche Persönlichkeit, die schon Erfahrung im Umgang mit der Opposition hatte, die Schirmherrschaft übernehmen könnte.

Aber als ich mich dazu bereit erklärte – das alles passierte in der zweiten Junihälfte 1989 –, dachte ich schon an mehr. Ich hatte bereits das Problem der ostdeutschen Flüchtlinge im Hinterkopf und wußte, in welcher Zwickmühle sich Ungarn damit befand. Ich hatte die Idee, daß man einen Präzedenzfall schaffen könnte, wenn dort das Tor für einige Stunden offen wäre und ostdeutsche Flüchtlinge an diesem Grenzabschnitt Ungarn verlassen könnten.

Mit wem hatten Sie das abgesprochen?

Ich hatte damals ein gutes Verhältnis zum Innenminister, und die Bewachung der Grenze gehörte zu seinem Ressort. Wir hatten lange Zeit im Bezirk Bács-Kiskun zusammengearbeitet, aber ich wollte ihn trotzdem noch ein bißchen testen und habe ihn gefragt: „Wie lange bleibst du Innenminister?“ Und er antwortete sofort: „Solange, wie ich keinen Feuerbefehl geben muß.“ Das hielt ich für eine ehrliche Antwort und erzählte ihm dann von meinen Ideen in bezug auf das Picknick in der Nähe von Sopron. Ich habe ihn darum gebeten, daß der Sicherheitsapparat und die Grenzwatchen die Augen vor den Dingen verschließen sollten, die dort passieren.

Man kann nicht bestreiten, daß die ganze Sache sehr riskant war. Sie ist teilweise auch sabotiert worden, denn es hat sich später herausgestellt, daß die Grenztruppen nicht generell die Anweisung erhalten hatten, sich zurückzuhalten, sondern nur den Befehl bekamen, die Grenze für das ungarisch-österreichische Treffen zu öffnen. Letzten Endes waren die Grenztruppen also nicht in alles eingeweiht, und es war nur der Vorsicht und der Zurückhaltung des Kommandeurs vor Ort zu verdanken, daß es in Kenntnis der Situation insgesamt keinen Zweck hatte, übertrieben zu reagieren.

Im Gegensatz zu allen entsprechenden Gerüchten gab es für die ungarischen Grenztruppen im übrigen keinen generellen Schießbefehl an der Grenze. Es gab eine geheime Anweisung des Innenministers aus dem Jahr 1975, die sinngemäß lautete: Der Schießbefehl aus dem Jahr 1957 wird aufgehoben; die Waffe darf ab sofort nur angewendet werden, wenn dem Grenzposten direkt Gefahr droht. Wir

wußten natürlich trotzdem nicht, wie die Grenzposten in einer solchen Extremsituation reagieren würden. Gott sei Dank hat der Kommandeur vor Ort dort mitgedacht.

Was veränderte sich aus Ihrer Sicht mit der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze?

Gyula Horn, zu dieser Zeit Außenminister, hat das Picknick in seinen Erinnerungen als „Abenteurertum“ bezeichnet. Damals liefen schon seit Monaten Verhandlungen mit der DDR-Regierung wegen der Flüchtlinge, vor allem auf der Linie der Außenministerien. Diese Verhandlungen verliefen aber immer in dem Geiste, daß wir eine Lösung finden sollten, die im Sinne der DDR-Behörden lag. Die ungarische Seite versuchte dabei Zeit zu gewinnen, aber das war kaum noch machbar, denn die Verhandlungen am Runden Tisch hatten schon begonnen. Die USAP konnte aber nicht die Verhandlungen mit der Opposition abschließen und sich selbst auflösen, während im Hintergrund das Problem der 60.000 ostdeutschen Flüchtlinge ungelöst blieb.

In diesem Zusammenhang habe ich die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, als man mich bat, Schirmherr zu werden, denn ich dachte, mit diesem Picknick können wir einen Präzedenzfall schaffen, nach dem es kaum wieder möglich sein wird, die Grenze zu schließen. Und von diesem Moment an würde die DDR als Verhandlungspartner auch keine Rolle mehr spielen.

Die DDR unterbreitete unglaubliche Vorschläge zur Lösung des Problems. Eine der Ideen war, daß die DDR-Seite ein feierliches Versprechen gegenüber den Flüchtlingen abgibt, daß sie alle, nachdem sie freiwillig in die DDR zurückgekehrt sind, sofort eine Ausreisegenehmigung erhalten und das Land verlassen können. Die DDR-Regierung war aber so unglaubwürdig, daß keiner der Flüchtlinge sich darauf einlassen wollte. Dann kam die gleiche Idee, die später in der ČSSR realisiert wurde: Die Flüchtlinge sollten in verplombten Zügen, aber über das Gebiet der DDR ausreisen. Es war offensichtlich, daß sich die DDR bis zum letzten Atemzug an ihr Prestige klammerte. Ich hielt auch diesen Vorschlag für völlig inakzeptabel und war der Meinung, daß das Picknick einen Präzedenzfall schaffen würde, nach dem man die alten Wege nicht mehr weiter beschreiten können würde. Es sollte eine Situation entstehen, an der die ungarische Führung die ostdeutschen Flüchtlinge an der ungarischen Grenze einfach nicht mehr zurückhalten konnte.

So kam es dann auch. Auf den Besuch von Miklós Németh und Gyula Horn am 25. August in Bonn folgte dann der Beschluß zur Grenzöffnung in der Nacht vom 10. auf den 11. September.

Kann man in bezug auf Ihr Wirken zwischen 1987 und 1990 und Ihre persönliche Geschichte danach sagen: Die Transformation frißt ihre Väter?

Ja. Es war später so, daß die heftigsten Angriffe auf mich von denen kamen, mit denen ich zehn Jahre am besten und engsten zusammengearbeitet hatte. Sie hatten keinen Platz mehr für mich im politischen Leben; sie dachten nur noch daran, wie man mich aus diesem Leben verbannen könnte.

Ich will mich nicht wichtig machen, aber es war oft so, daß man gerade für die unwichtigsten Figuren gute Möglichkeiten zur Zusammenarbeit fand. Aber ich wäre für sie eine unangenehme Last gewesen, denn ich war der einzige glaubwürdige Beweis dafür, daß auch von seiten der Kommunisten jemand kommen konnte, der ehrlich an der Umgestaltung des Systems gearbeitet hatte. Im März 1989, als in Polen die Verhandlungen zwischen der kommunistischen Regierung und Solidarność begannen, erhielt ich die Mitteilung, daß Lech Wałęsa gesagt hatte, er würde seine Hand, sein Bein oder sonstwas dafür hergeben, wenn auf der anderen Seite des Verhandlungstisches so jemand säße wie Imre Pozsgay aus Budapest.

Übersetzung: Wolfgang Rackebrandt

DER 17. JUNI 1953
UND DIE KRISENGESCHICHTE DES „REALSOZIALISTISCHEN“ SYSTEMS
Internationale wissenschaftliche Konferenz
des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des
Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, Berlin, 3./4. April 2003

Henrik Bispinck/Mark Stuntz

Zum fünfzigsten Mal jährte sich 2003 der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, dem neben dem 13. August 1961 und dem 9. November 1989 wohl bekanntesten und markantesten Datum der Geschichte der DDR. Aus diesem Anlaß veranstalteten das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) in Verbindung mit der Fritz Thyssen Stiftung eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Der 17. Juni 1953 und die Krisengeschichte des ‚realsozialistischen‘ Systems“. Wie der Titel schon andeutet, beschränkte sich die Konferenz nicht auf die – bereits recht gut erforschten – Ereignisse des Volksaufstandes und seine Vorgeschichte. Vielmehr war es ein Ziel der Tagung, den 17. Juni in den Kontext einer Krisengeschichte der osteuropäischen sozialistischen Staaten einzuordnen und eine vergleichende Perspektive – sowohl auf synchroner als auch auf diachroner Ebene – auf den Volksaufstand zu eröffnen.

Nach Begrüßung und Einführung durch *Udo Wengst* (IfZ) und *Christoph Kleßmann* (ZZF) begann die Tagung mit einem Vortrag von *Karl Schlögel* (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder), der eingangs beklagte, der 17. Juni sei im vereinigten Deutschland ein vernachlässigtes Datum geworden, seit er vom „künstlichen Datum“ des 3. Oktober als „Tag der Deutschen Einheit“ abgelöst wurde. Schlögel warnte davor, eine direkte Kontinuitätslinie von 1953 über 1956, 1968, 1970 und 1980 bis 1989 im Sinne einer Deutung des 17. Juni als Auftakt einer Kette von Revolten gegen die Sowjetherrschaft zu ziehen. Statt dessen plädierte er für eine Wiedergewinnung des historischen „Erfahrungshorizontes“ des 17. Juni, für eine Rückkehr zu Ort, Zeit und Akteuren des Volksaufstands. Zudem problematisierte Schlögel die Anwendung des Krisenbegriffs auf die sozialistischen Staaten. Wann, so fragte er rhetorisch, sei der Sozialismus ohne Krise gewesen?

Die erste, von *Konrad H. Jarausch* moderierte Sektion der Konferenz wandte sich zunächst einigen bisher wenig beleuchteten Aspekten des 17. Juni und seines unmittelbaren historischen Umfelds zu, bevor in den folgenden Sektionen Vergleiche zu anderen Krisen gezogen wurden. Zunächst sprach *Elke Scherstjanoi* (IfZ) über „Wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen im Vorfeld der Juni-Krise“, wobei sie sich auf den Zeitraum zwischen Sommer 1952 und Mitte April 1953 konzentrierte. Auf der Basis sowjetischer und deutscher Quellen untermauerte sie ihre These, daß die SED und die Sowjetische Kontrollkommission keineswegs ahnungslos in die Krise „hineingeschlittert“ seien. Vielmehr sei die

Eskalation der Ereignisse im Jahre 1953 ein Ergebnis „untauglicher Krisenprävention“ gewesen, die unter anderem auf die mangelhafte Kommunikation zwischen Berlin und Moskau um die Jahreswende 1952/53 zurückzuführen sei. Im Anschluß machte *Michael Schwartz* (IfZ) auf einen wenig bekannten Konflikt zwischen dem SED-Regime und den Schwerbeschädigten im Vorfeld des 17. Juni aufmerksam. Die Auseinandersetzung um die Aufhebung der Fahrpreisermäßigung für diese auf den ersten Blick schwach erscheinende Randgruppe wurde nicht spontan auf der Straße, sondern institutionell organisiert über die Gewerkschaften ausgetragen. Insofern, so Schwartz, sei dieser Konflikt „systemkonform kanalisiert“ gewesen und konnte noch vor dem Ausbruch des Volksaufstands behoben werden. *Henrik Bispinck* (IfZ) beleuchtete in seinem Vortrag den Zusammenhang von drastisch zunehmender Fluchtbewegung, „Neuem Kurs“ und Juniaufstand. Dabei vertrat er die These, daß Fluchtbewegung und öffentlicher Protest – anders als 1989 – im Jahr 1953 nicht zusammenwirkten, sondern weitgehend voneinander unabhängige Symptome der politischen und gesellschaftlichen Krise darstellten. *Dierk Hoffmann* (IfZ) nahm zum Abschluß der Sektion die Person Otto Grotewohls und dessen Rolle im SED-Politbüro im Umfeld der Juni-Krise in den Blick. Die Zurückhaltung, die der DDR-Ministerpräsident im Konflikt zwischen Ulbricht und der sogenannten Herrstadt-Zaisser-Gruppe an den Tag legte, führte Hoffmann zum einen auf dessen Furcht vor einer weiteren Isolation innerhalb der Parteispitze zurück, zum anderen auf seine Scheu vor Konflikten, die schon vor 1945 ein Charakteristikum seines politischen Handelns gewesen sei.

Im Zusammenhang mit der Tagung fand am Abend des 3. April in Kooperation mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Podiumsdiskussion zum Thema „Vergessene Revolten? Die Aufstände in den realsozialistischen Ländern als Teil der europäischen Demokratiegeschichte“ statt. Vier Historiker und Zeitzeugen aus vier verschiedenen Ländern, *Mária Schmidt* (Haus des Terrors, Budapest), *Michal Reimann* (Karls-Universität, Prag), *Krzysztof Ruchniewicz* (Universität Breslau) und *Rainer Eppelmann* (MdB, Stiftung Aufarbeitung, Berlin) waren dazu eingeladen, gemeinsam mit dem Publikum über die Rolle der Volksaufstände innerhalb der jeweiligen nationalen Erinnerungskultur zu diskutieren. Alle vier Teilnehmer des Podiums hoben die Bedeutung hervor, die die Erinnerung an frühere Bevölkerungsproteste für die politischen Umwälzungsprozesse am Ende des 20. Jahrhunderts gehabt hätten, wobei sie diese jedoch unterschiedlich gewichteten. Während Schmidt die Bedeutung der Erinnerung an den Aufstand von 1956 für die ungarische Demokratiebewegung sehr hoch veranschlagte und Eppelmann sogar die These wagte, ohne den 17. Juni sei die Revolution von 1989 „nicht denkbar“ gewesen, wies Reimann darauf hin, der „Prager Frühling“ sei während des Umbruchs 1989/90 zwar zunächst sehr präsent gewesen, im Laufe der Zeit aber allmählich in den Hintergrund getreten. Ruchniewicz hob eine Besonderheit der Situation in Polen hervor, wo es – im Gegensatz zu den anderen Ländern – mit der Kirche einen Raum gegeben habe, in dem sich „anderes Denken“ habe entfalten können. Die Erinnerung an die

vergangenen Krisen und Konflikte spiele seit dem Umbruch von 1989/90 eine abnehmende Rolle und würde von einer wachsenden „Sehnsucht nach Normalität“ an den Rand gedrängt.

Unter dem Motto „Krisen und Krisenmanagement im Vergleich“ entwickelte die Auftaktsektion des zweiten Konferenztages eine Vergleichsperspektive auf die Krisenprozesse im realen Sozialismus. *André Steiner* (ZZF) ging mit seinem wirtschaftshistorischen Beitrag am Beispiel der DDR der Frage nach, welche Ursachen letztlich konstitutiv für wirtschaftliche Krisensituationen im realen Sozialismus waren. Seine Analyse zielte auf die der Wirtschaftsentwicklung in der DDR zugrundeliegenden Zyklen, wobei er dem Verhältnis von endogenen und exogenen Krisenfaktoren besondere Aufmerksamkeit widmete. Als wirtschaftliche Krisensituationen lassen sich demnach die Jahre 1953, 1956, 1961, 1971, 1976, 1982 und die Niedergangphase der DDR identifizieren. Von ihrem Charakter her seien die Wirtschaftskrisen im realen Sozialismus als politisch-wirtschaftliche Krisen zu verstehen.

Im Rahmen der zentral gelenkten Wirtschaften des Ostblocks wurde jeweils die Kapitalakkumulation begünstigt, nicht zuletzt durch den Systemwettbewerb. Der Wunsch der Parteiführungen, die Entwicklung in ihren Ländern zu beschleunigen, verstärkte diese Tendenz. Solche Investitionsschübe kennzeichnen nach Steiner die „Startphase“ der von ihm untersuchten Fluktuationsbewegungen. Die Vielzahl der Vorhaben führte in einer „Erhitzungsphase“ zu steigenden Investitionskosten, Arbeitskräftemangel und einer Verschlechterung der Außenhandelsbilanz. Die Konkurrenz der Betriebe um die knappen Arbeitskräfte und damit verbundene Lohnanreize führten in den Mangelgesellschaften des realen Sozialismus zu regelmäßigen Verwerfungen im konsumtiven Bereich (Kaufkraftüberhang, Mangel an höherwertigen Konsumgütern, hoher Beschaffungsaufwand) mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Arbeitsproduktivität und Motivation der Beschäftigten. Unruhen in der Bevölkerung wie am 17. Juni 1953 leiteten eine Phase der „Krise“ ein, die die politische Machtelite und die Entscheidungsträger im Bereich der Wirtschaft zu Korrekturen im Bereich der Investitionen zugunsten der Konsumgüterproduktion zwang.

Eine vergleichende Untersuchung der Krisenprozesse in den verschiedenen Ländern des realen Sozialismus regte *Jürgen Danyel* (ZZF) mit seinem Beitrag zum „Krisenmanagement der SED 1953, der KSC 1968 und der PVAP 1980/81“ an. Krisensituationen im realen Sozialismus seien immer politisch induziert gewesen; sie wurden durch konkrete Eingriffe der Macht- und Funktionsebenen in gesellschaftliche Prozesse ausgelöst. Aufgrund der stark zentralisierten Strukturen des Systems schlugen die krisenauslösenden Entscheidungen relativ schnell auf weite Bereiche der Gesellschaft durch. Einzelne Maßnahmen wirkten dabei oft als ein Katalysator, durch den die Wahrnehmung anderer negativer Züge des Systems verstärkt wurde. Fehlende soziale Differenzierungen trugen ebenfalls zur schnellen Verbreitung von Unruhen bei. Sowohl die polnische Streikbewegung im Sommer 1980 als auch die schnelle Ausbreitung der Proteste in den Tagen um den 17. Juni 1953 in der DDR gehorchten diesem Szenario. Deutliche

Parallelen wiesen auch die sozialen Unruhen in der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit der Währungsreform vom Mai 1953 auf. Regional und sektoral begrenzte Konflikte wurden in den realsozialistischen Gesellschaften aufgrund der geringen Regelungskompetenz der lokalen Eliten sehr schnell zentralisiert. Insofern hätten Krisensituationen den ohnehin hohen Entscheidungsdruck auf die politische Machtelite noch einmal verstärkt. Danyel illustrierte am Beispiel der internen Diskussion der SED im Juni 1953, des hektischen Aktivismus der PVAP-Führung in der Streikphase 1980 und der Situation der KSČ während des Prager Frühlings die Effekte dieser Lähmung des Machtzentrums. Hinzugekommen sei in allen Fällen die gering entwickelte Fähigkeit der Parteikader, mit offenen Krisensituationen umzugehen.

In seinem Kommentar unterstrich *Jiri Pernes* (Institut für Zeitgeschichte, Prag) den Nutzen vergleichender Analysen, indem er auf Parallelen zwischen den Krisensituationen in der DDR und der Tschechoslowakei im Jahre 1953 verwies. Auch in dem Nachbarland der DDR sei es 1953 im Gefolge der Währungsreform zu offenen sozialen Unruhen gekommen. Pernes verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die Ereignisse in Pilsen, wo die größten Demonstrationen stattfanden. Die Ereignisse in der DDR seien von der tschechoslowakischen Öffentlichkeit und nicht zuletzt von der politischen Führung der Tschechoslowakei mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommen worden.

In der nachfolgenden Sektion zu den sowjetischen und westlichen Reaktionen auf die Krisen im Ostblock beschrieb *Hermann Wentker* (IfZ) in seinem Vortrag die Erschütterungen von 1953, 1956, 1968 und 1980/81 als Krisen des sowjetischen Imperiums. Die Sorge um dessen Erhalt veranlaßte die Führung in Moskau nach Stalins Tod dazu, die Ostblockstaaten nicht nur zu eigenen Reformen zu drängen, sondern auch dazu, ihr Verhältnis zu diesen zu ändern. Moskau leitete nach zögerlichen Anfängen 1953 daher 1956 einen Prozeß der „Entsatellisierung“ ein, der die Entstalinisierung im Innern begleiten sollte. Diese Absicht ließ sich indes nicht verwirklichen, da die Niederschlagung der Aufstände von 1953 und 1956 zur Etablierung bzw. Festigung strukturkonservativer und zunehmend selbstbewußter Parteiführungen führte. Im Verlauf der sechziger Jahre lockerte sich daher der sowjetische Griff über Osteuropa. Die gewachsene Bedeutung der Ostblockstaaten spiegelte sich 1968 in den zahlreichen Konsultationen der „Fünfergruppe“ im Ostblock unter sowjetischer Führung angesichts des „Prager Frühlings“. 1980/81 kam es lediglich zu einer formalen Konsultation. Denn anders als 1968 schied damals eine militärische Option für die Sowjetunion aus, und sie konnte die Fäden nur dadurch in der Hand behalten, daß sie auf die Einberufung von Spitzentreffen verzichtete. Die Überdehnung der sowjetischen Ressourcen engte den sowjetischen Handlungsspielraum zunehmend ein und kündigte bereits 1980/81 den Zerfall des Imperiums an.

Bernd Stöver (ZZF) fragte in seinem Referat nach den Formen der Einflußnahme und den Reaktionen der Vereinigten Staaten auf die Aufstände von 1953 und 1956 in der Tschechoslowakei, der DDR, in Polen und in Ungarn. Die Perceptionen und Aktivitäten der USA stellte er in den Zusammenhang der ameri-

kanischen „Liberation Policy“. Diese Befreiungspolitik fand jedoch dort ihre Grenze, wo die Gefahr bestand, daß durch Unterstützung der Aufstandsbewegungen militärische Verwicklungen und möglicherweise ein Dritter Weltkrieg ausgelöst worden wären. Daher verhielt sich Eisenhower in der Krise von 1953 – anders als die bisherige Rhetorik erwarten ließ – äußerst attentistisch. Aufgrund von internen Planungspapieren schloß Stöver, daß die USA die explosive Stimmung in den Ostblockländern nach 1953 konsequent weiter nutzen wollten. Dennoch reagierte die US-Regierung auf die Aufstände von 1956 fast genauso wie 1953. Washington entschloß sich jedenfalls, ungeachtet aller Planungsoptionen des Nationalen Sicherheitsrats, die Situation nicht durch Unterstützung der Aufständischen zu verschärfen. *Christian Ostermann* (Cold War International History Project, Washington, D.C.) merkte in seinem Kommentar unter anderem kritisch an, daß man Planungspapiere nicht mit konkreter Politik verwechseln dürfe; auch seien die Auswirkungen der Befreiungspolitik auf Osteuropa nur schwer zu fassen.

In der Sektion „Protestformen im realen Sozialismus – Dynamik und soziale Trägergruppen“ stellte *Peter Hübner* (ZZF) in seinem Referat zum Konfliktverhalten der Arbeiter zwei Merkmale im Interessenkonflikt zwischen spezifischen Gruppen und der Allgemeinheit heraus. Zum einen wurde die durch festgelegte, zentrale Pläne manifeste Unmöglichkeit der Überbrückung von Interessensgegensätzen auf der Makroebene in der DDR durch lokale Netzwerke von Entscheidungsträgern und Arbeitern zumindest teilweise aufgehoben, häufig in Form von Verhandlungen und daraus folgenden Kompromissen. Zum anderen läßt sich bei Arbeitskonflikten ein Zusammenhang zwischen Konfliktbereitschaft und Tätigkeitsgruppen feststellen: Weniger qualifizierte Arbeiter zeigten im realen Sozialismus eine deutlich größere Streikbereitschaft als höher qualifizierte. Auch die Ausprägung der „industriellen Sozialisation“ spielte im Konfliktverhalten eine wichtige Rolle. So zeigten Beschäftigte aus einem agrarischen Umfeld offenbar eine größere Neigung zu spontanem Protest und zu gewalttätigen Aktionen, als solche Beschäftigte, die bereits von Anbeginn im industriellen Milieu verwurzelt waren.

Thomas Lindenberger (ZZF) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 aus der Perspektive der historischen Protestforschung. Drei Richtungen zeigte er auf, durch die ein Erkenntnisgewinn für die Analyse des Volksaufstandes mit Hilfe der „crowd history“ möglich sein könnte. Eine genauere Untersuchung der Zusammensetzung der Menschenmassen zeigt, daß zwei gesellschaftliche Schichten maßgeblich am Aufstand beteiligt waren: Arbeiter mit sozialökonomischen Forderungen und Angehörige der Mittelschichten, die die versprochenen Haftentlassungen von Angehörigen einforderten. Junge Männer (Jugendliche, „Rowdys“) nahmen dabei die Rolle von „Konflikt-Katalysatoren“ ein. Ein weiterer Punkt, der mehr Aufmerksamkeit verdient, ist die Art der Sachbeschädigung, wie z. B. das kollektive Stürmen eines HO-Ladens. Dies markiert eine Grenzüberschreitung und steht so als Symbol für die Gemeinsamkeit der Protestierenden. Schließlich lassen sich aus der Interaktion

zwischen Protestierenden und Staatsmacht sowohl die politischen „Ad-hoc-Programme“ der Masse wie auch das Kalkül der Ordnungsmacht ablesen.

Am Beispiel Polens zeichnete *Krzysztof Ruchniewicz* (Universität Breslau) die verschiedenen Oppositionsgenerationen im Sozialismus nach, die er nach zwei Zeitabschnitten differenzierte. In der ersten Periode war zunächst die einzige legale Opposition Polens aktiv, die zwei Jahre nach Kriegsende zerschlagen wurde. Bis 1955 folgte eine anhaltende Repressionswelle, in der kleine, unorganisierte Gruppen von Jugendlichen in Form von Sabotageaktionen gegen das Regime Widerstand leisteten. Mit dem Einsetzen des „Tauwetters“ entstand ein neues, diesmal innerparteiliches Forum der Opposition, die so genannten „Revisionisten“, die sich nach ihrer Niederlage im ideologischen Machtkampf fast vollständig von der kommunistischen Ideologie abwandten. Trotzdem wurden die Revisionisten Vorbild für andere Oppositionelle, wie für die Studenten von 1968 und für die Arbeiter von 1970, die zunächst nebeneinander agierten. Zum Wegbereiter für die intensive Zusammenarbeit der Oppositionsgruppen, wie sie dann in den achtziger Jahren zu erleben war, wurde das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“, das alle gesellschaftlichen Gruppen in sich vereinte.

Oldrich Tuma (Institut für Zeitgeschichte, Prag) zeigte in seinem Kommentar zu den drei Referaten Parallelen zwischen dem Konfliktverhalten der tschechoslowakischen und der ostdeutschen Arbeiterschaft auf. Im Hinblick auf die beiden anderen Referate kam er zu anderen Schlüssen, vor allem weil die Oppositionsbewegungen in der Tschechoslowakei grundsätzlich andere Zielrichtungen hatten, die sich zudem im Lauf der Zeit radikal änderten.

„Mediale Wahrnehmung und Erinnerungsmuster“ der Krisen des Realsozialismus bildeten den thematischen Fokus der letzten Sektion. *Hans-Hermann Hertle* (ZZF) zeichnete anhand eines Vergleichs der deutschen Ereignisse der Jahre 1953 und 1989 die Rolle der Medien in Krisensituationen nach. Seine Leitfrage war, inwieweit Funk und Fernsehen über das Geschehen authentisch berichteten, es also nur vermittelten, oder durch ihre Übertragung auslösend wirkten und den Fortgang des Geschehens beeinflussen oder gar steuern konnten. Die Ereignisse in der DDR, 1953 ebenso wie 1989, bildeten insofern eine Ausnahme im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern, da es mit den Medien der Bundesrepublik Deutschland eine alternative Informationsquelle für die Bevölkerung gab und die DDR-Führung deshalb keine volle Informationshoheit hatte. So konnten die DDR-Bürger im Sommer und Herbst 1989 erfahren, welche Szenen sich beispielsweise in der Ost-Berliner Ständigen Vertretung abspielten und erhielten den Beweis für die Möglichkeit solcher Aktionen; auch verstärkte besonders das Fernsehen die Forderungen der neu gegründeten Oppositionsbewegung, deren Verbreitungsgrad ansonsten stark eingeschränkt war. Die Medien hatten in der Anfangsphase des politischen Umbruchs in der DDR durchaus eine verstärkende Wirkung, spielten jedoch keineswegs eine auslösende, „revolutionierende“ Rolle – im Gegensatz zu den Umständen, die zum Mauerfall führten. Ganz anders die Rolle des West-Rundfunks – Fernsehen spielte 1953 eine zu vernachlässigende Rolle –, besonders des Rundfunks im

amerikanischen Sektor (RIAS) beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953: Ideologisch in die amerikanische Befreiungspolitik eingebunden, thematisch mit mehreren täglichen Sendungen speziell für die Bürger der DDR ausgestattet und technisch fast überall in der Deutschen Demokratischen Republik zu empfangen, reagierte der RIAS als erster umfassend auf die Demonstrationen im Berliner Ostsektor, was zweifelsohne für Zulauf sorgte. Auch die Forderungen der Demonstranten bündelte der RIAS in einem Katalog und verbreitete diesen bereits am Abend des 16. Juni. Kommentare sowohl von RIAS-Mitarbeitern als auch vom West-Berliner DGB-Vorsitzenden Ernst Scharnowski – am 17. Juni vor Arbeitsbeginn ausgestrahlt – taten ein übriges. Dadurch wurde der Rundfunk im amerikanischen Sektor zu einem Katalysator der Streikbewegung, ohne den die flächendeckende Verbreitung des Aufstandes in der gesamten DDR in diesem Tempo nicht möglich gewesen wäre.

Rosalinde Sartorti (FU Berlin) fragte in ihrem Referat, inwieweit Bilder von Protest, Widerstand und Revolte rückblickend durch welche Medien vermittelt werden und welche Bedeutung sie für die nationale Gedächtniskultur erlangen. Das wesentliche Charakteristikum der Protestbilder aus den sozialistischen Ländern sei die symbolische Verdichtung des Geschehenen in wenigen Aufnahmen, die sich in drei Arten von Motiven einteilen ließen: den Masse und Entschlossenheit signalisierenden Demonstrationszug, den Kampf mit ungleichen Mitteln zwischen staatlicher Macht und unbewaffnetem Volk und den Bildersturm, dem Angriff auf die Symbole staatlicher Macht und dem Setzen neuer Zeichen. Besonders in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wurden diese Bilder des Aufruhrs zu einem zentralen, identitätsstiftenden und vielfach in Spielfilmen zitierten Moment der nationalen Gedächtniskultur, zu einem wichtigen Bestandteil des visuellen Gedächtnisses des jeweiligen Landes.

In seinem Kommentar wies *László Varga* (Stadtarchiv Budapest) vor allem darauf hin, daß die Wirkung des DDR-Volksaufstandes auf die Revolution in Ungarn im Jahr 1956 nur schwer zu messen und entsprechend kompliziert zu bewerten sei. Die ungarischen Tageszeitungen druckten 1953 im wesentlichen TASS-Meldungen nach, in denen von einem „faschistischen Putschversuch“ in der DDR die Rede war. Ob und in welchem Maße westliche Radiosender wie Radio Free Europe dazu in der ungarischen Öffentlichkeit ein Gegengewicht bilden konnten, sei ex post genauso schwer zu beurteilen wie die Rolle und Wirkung westlicher Rundfunkstationen im ungarischen Aufstandsgeschehen 1956.

In der Schlußdiskussion der Tagung wurde noch einmal die Frage nach den Inhalten und dem Ertrag einer vergleichenden Untersuchung der Aufstände und Krisenprozesse in den sozialistischen Ländern aufgeworfen. Dabei wurden – wie schon in den einzelnen Sektionen – die sehr unterschiedlichen Erwartungen der Tagungsteilnehmer an eine historiographische Analyse des 17. Juni 1953 deutlich. Udo Wengst, der im Namen der Veranstalter eine erste Bilanz der Konferenz zog, bewertete die mit der Tagung erreichte Erweiterung der Perspektive auf den 17. Juni 1953 als einen wichtigen Schritt zu einer europäischen Kontextualisierung der Ereignisse in der DDR. Gleichzeitig habe die Konferenz dazu

beitragen, die methodischen Probleme vergleichender Untersuchungen der Krisenprozesse im realen Sozialismus herauszuarbeiten. In diesem Sinne müsse die Tagung als ein Anfang verstanden werden, der unbedingt fortgeführt werden sollte. *Karl Schlögel* plädierte nachdrücklich dafür, sich bei der vergleichenden Untersuchung der Aufstände und Bevölkerungsproteste nicht nur auf die bekannten großen Ereignisse, wie den 17. Juni 1953, den Aufstand 1956 in Ungarn, den Prager Frühling oder die polnische Streikbewegung zu beschränken, sondern auch die vielen bislang wenig oder gar nicht erforschten Aufstände etwa in den sowjetischen Lagern einzubeziehen. Darüber hinaus müsse sich eine vergleichende Forschung stärker als bisher mit dem Erbe der mittel- und osteuropäischen Dissidentenbewegung auseinandersetzen, die Wichtiges und Unverzichtbares zur Aufarbeitung und Untersuchung der Massenproteste in den Ländern des realen Sozialismus geleistet habe.

Einig waren sich Referenten und Diskutanten in der Schlußfolgerung, daß von der Tagung ein Impuls zur Vernetzung der Forscher in den verschiedenen Ländern ausgehen sollte. Solide vergleichende Forschung bedarf neuer Formen der Kooperation, die die beteiligten Historiker ermuntert, die vorherrschende nationalgeschichtliche Betrachtung ihres Gegenstandes in Beziehung zu den Entwicklungen in den Nachbarländern zu setzen. Insofern sei mit der Konferenz der Weg in die richtige Richtung eingeschlagen worden, aber ein guter Teil der Wegstrecke erst noch zu beschreiten.

„MASSEN MEDIEN IM KALTEN KRIEG“
Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung
Potsdam, 2./3. Mai 2003

Friederike Kind

„Massenmedien im Kalten Krieg“ war das Thema eines Workshops, zu dem das ZZF im Mai 2003 nach Potsdam eingeladen hatte. Ausgehend von der Frage nach der Bedeutung von Massenmedien im Kalten Krieg waren die Beiträge fünf thematischen Einheiten zugeordnet: Film als Grenzüberschreitung im Kalten Krieg; Kalte Krieger und Klerus, Repräsentationen von Geschlecht und Politik; Fernsehen im Systemkonflikt sowie Friedenskampf und Dritter Weg: Fiktionen internationaler Beziehungen. Der zeitliche Rahmen, in dem sich die Beiträge bewegten, umfaßte hauptsächlich die fünfziger und sechziger Jahre. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der Herstellung von Bezügen zwischen einzelnen Medien und Massenmedien, und zwischen Medien und ihren Öffentlichkeiten. Dabei ging es hauptsächlich um die Entzifferung der Kommunikationsformen, der Funktionen und der Wirkungsmöglichkeiten von Medien auf die öffentliche Meinung, wobei die Medien besonders als Multiplikatoren der Kalten-Krieg-Dichotomien, also in ihrer mobilisierenden Funktion wahrgenommen wurden. Unterschiedliche Perspektiven wurden insofern eingenommen, als daß in manchen Papieren das Hauptaugenmerk auf der Untersuchung der Medienakteure lag, in anderen wiederum die Rezeptionsgeschichte im Zentrum stand.

Im Papier von *Bernd Stöver* (ZZF Potsdam) ging es um „Befreiungspolitik und Öffentlichkeit. Realität und Fiktion im DDR-Spielfilm der fünfziger und sechziger Jahre“. Stöver widmete sich der Analyse ausgewählter DDR-Filme, die dem Genre „Kalter Kriegsfilm“ insofern entsprächen, als daß sie die Dichotomie des Kalten Krieges eindeutig inszenierten und der „Anfachung von Bedrohungsängsten“ dienten. Stöver legte dar, wie mit Hilfe des in den DDR-Filmen durchgängig negativ gezeichneten Bildes von Amerika als dem Land der skrupellosen, dekadenten Geschäftemacher und der in den Filmen gezogenen Verbindungen von Faschismus und Kapitalismus das Feindbild „Westen“ klare Konturen gewann. Neben der Schaffung des „äußeren Feindbildes“ finde in den analysierten Filmen auch ein Kampf gegen den „Feind im Inneren“ statt. Themen wie Sabotage, „falsches Bewußtsein“, konterrevolutionäre Propaganda und der Gedanke an Flucht in den Westen werden angeprangert. Stöver wies darauf hin, daß bei der Inanspruchnahme des Mediums „Film“ immer wieder auf den „Tatsachengehalt“ der Dokumentationen und auf die „Authentizität“ des Quellenmaterials hingewiesen worden sei, so als habe der Film Anspruch auf Realitätsabbildung. Die Behauptung vom propagierten Realcharakter der Filme löste im Workshop eine Debatte um die Frage nach dem Anspruch der Filme als halbdokumentarische Analysen aus. Es wurde gefragt, woher die so genannte „Obsession des Wahrheitsanspruches“ kam, und welches propagandistische Ziel damit verfolgt

worden sei. Von der Filmpolitik aus gesehen, habe der Unterhaltungsfilm im Kalten Krieg die wichtigste mediale Brücke zwischen offizieller Propaganda und der Öffentlichkeit geschaffen, wobei der Authentizitätsanspruch der Filme notwendig für die ideologische Stabilisierung und die innere Mobilisierung der Bevölkerung gewesen sei. Ob dies jedoch den geplanten Effekt erzielt habe, blieb *Ulrike Weckel* (TU Berlin) zufolge fraglich. Sie brachte in diesem Kontext die Frage nach den Fähigkeiten des Publikums auf. Man könne davon ausgehen, daß das Publikum „nicht naiver als heute“ und auch damals kritisch genug gewesen sei, den fiktionalen Charakter der Filme zu erkennen und zwischen Fakten, Halbwahrheiten und filmischen Mitteln zu differenzieren. Diese Stellungnahme leitete über zur eher allgemein geltenden Frage nach der Rezeption der Filme in der Öffentlichkeit. Die Frage nach der Art und Weise der Rezeption, die zu den am schwierigsten zu fassenden Bereichen in der Beschäftigung mit Medien gehört, werde zu wenig beachtet. Es sei an der Zeit, der Analyse der filmischen Wahrnehmung mit Hilfe von Zuschauer- bzw. Leserforschung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dadurch könnte es gelingen, die Publikumsreaktionen an sich zu entschlüsseln und wiederum die Rolle der erwarteten Publikumsreaktionen für die Filmplanung nachzuvollziehen. Weckel merkte bezüglich der Rezipientenhaltung an, daß es bei den Filmen eher selten um die Realitätsabbildung, sondern vielmehr um die Inszenierung des Kalten Krieges als Unterhaltung, als „Kitzel“ gegangen sei. Die fiktionale Umsetzung der Fakten und das enthüllende Element, die Aufdeckung von Geheimnissen gegenüber der Öffentlichkeit seien bedeutend für den Filmerfolg gewesen.

In ihrem Papier „Filme in der Klemme. Wie der Kalte Krieg verhinderte, daß Wolfgang Staudte ein gesamtdeutsches Publikum fand“, beschäftigte sich *Ulrike Weckel* mit dem filmischen „Grenzgänger“ Wolfgang Staudte, der sich in seinen Filmen der Problematik des kompletten Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft im Nationalsozialismus widmete. Da es sich bei diesem Thema um ein gesamtdeutsches Phänomen handelte, wollte Staudte mit seinen Filmen zur Aufarbeitung der Vergangenheit sowohl im Osten als auch im Westen beitragen. Staudtes Wunsch, als ein gesamtdeutscher Regisseur gesehen zu werden, sei nicht in Erfüllung gegangen, da die Filme nicht innerhalb der Systemdichotomien verblieben seien und keine eindeutigen Freund-Feinbilder propagiert haben. Da es dadurch für Ost und West unmöglich gewesen sei, die Filme in der Originalversion für die Kalte-Kriegs-Propaganda zu nutzen, wurden hier wie dort einzelne Szenen zensiert. Durch Schnitt und Umschreibung einzelner Szenen, aber auch durch die Ungleichzeitigkeit, mit der die Filme in Ost und West gezeigt wurden, konnten diese nicht im gesamtdeutschen Publikum Resonanz finden oder zur Diskussion zwischen beiden deutschen Staaten beitragen. Staudte habe vergeblich auf die grenzüberschreitende Anerkennung seiner filmischen Leistung gewartet.

Thomas Lindenberger (ZZF Potsdam) legte in seinem Bericht mit dem Titel „Attention – Abfahren! Französische Koproduktionen der DEFA, 1956–1960“ dar, wie es zwischen der DDR und Frankreich zu Koproduktionen kam, die in

ihrer Qualität eine Alternative bieten sollten zum Hollywood Kino. Mit dieser Initiative intendierte die DEFA, Weltoffenheit und Weltniveau der staatssozialistischen Filmkultur zu suggerieren und auf dem internationalen Markt an Präsenz und Prestige zu gewinnen. Zwar sei es zur Realisierung einiger filmischer Koproduktionen gekommen, die auch auf Interesse beim Publikum gestoßen seien. Das Problem aber war, daß es sich für die DEFA als unmöglich erwiesen habe, jemals wirklich am westlichen Markt teilzuhaben und Einfluß zu gewinnen. Die ursprüngliche Hoffnung, auf diesem Wege, internationales Prestige zu gewinnen und dies womöglich zu einem späteren Zeitpunkt auch mit westdeutschen Produzenten in weiteren Koproduktionen ausbauen zu können, habe aufgegeben werden müssen. Die Teilung im kulturpolitischen Bereich sei derart verfestigt gewesen, daß für beide Seiten zufriedenstellende Koproduktionen im Kern unmöglich waren. Neben den Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit, beeinträchtigte auch die nur seltene Erwähnung der DEFA in der französischen Filmkritik die Begeisterung der ostdeutschen Filmproduzenten für die Kooperation mit „bürgerlichen“ Geschäftspartnern. Letzten Endes sei auch dieser Versuch grenzüberschreitender Medienpolitik gescheitert.

Im zweiten Panel beschäftigten sich die Referenten mit dem Thema „Akteure und Institutionen I: Kalte Krieger und Klerus“, wobei in diesem Falle besonders die Druck- und Radiomedien im Zentrum der Untersuchung standen. In seinem Papier „Publizistische Mobilisierung und konservative Revolte“ William S. Schlamm, Winfried Martini und der ‚Kalte Bürgerkrieg‘ in der Bundesrepublik Deutschland der späten 1950er Jahre“ versuchte *Marcus Payk* (ZZF Potsdam), sich dem Thema „Kalter Krieg“ über einige spezielle Persönlichkeiten und ihre Biographien anzunähern. Er untersuchte die beiden Publizisten Schlamm und Martini hinsichtlich ihrer mobilisierenden Wirkung in der westlichen Öffentlichkeit. Payk verstand beide Publizisten als nichtstaatliche „freelancer“ des Kalten Krieges, echte „Kalte Krieger“, die ihre Aufgabe darin gesehen hätten, die Positionen des Kalten Krieges an ein breites Publikum zu vermitteln und zu verfestigen. Schlamm und Martini hätten in den fünfziger und sechziger Jahren in ihren Schriften die Bedrohung der westdeutschen Republik durch die omniprésente „rote Gefahr“ heraufbeschworen und versucht, die westdeutsche Bevölkerung gegen die kommunistische Bedrohung zu mobilisieren. In seinem Kommentar dazu monierte *Axel Schildt* (Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg), daß bei dieser Untersuchung ein generationeller Ansatz stärker gemacht werden sollte, d.h. Schlamm und Martini im Kontext einer nach dem Krieg nicht mehr heimisch werdenden Generation zu sehen. Dadurch könne verhindert werden, Schlamm und Martini durch eine Bewertung als die „letzten kalten Krieger“ und als „intellektuelle Heroen“ zu überhöhen.

Auch im Papier von *Christine Bartlitz* (ZZF Potsdam) „Die Insel im roten Meer – Medienarbeit des katholischen Bistums Berlin im Kalten Krieg bis Mitte der sechziger Jahre“ wurde die im Zentrum der Untersuchung stehende Persönlichkeit, der Prälat Walther Adolph des Westberliner Bistums, als Intellektueller bezeichnet. Dem Prälat oblag zur Zeit des Kalten Krieges die Aufgabe, ein

Kommunikationssystem nicht nur innerhalb der Westberliner, sondern innerhalb der katholischen Kirche Gesamtberlins aufzubauen. Die doppelte Adressierung seiner Medienarbeit habe grenzüberschreitenden Charakter gehabt, da es ihm in erster Linie nicht um antikommunistische Propaganda, sondern vielmehr um die Verbreitung und Stärkung des katholischen Glaubens ging, die wiederum in einem nächsten Schritt den Widerstand von innen gegen das kommunistische Regime stärken und zum „Abwehrkampf“ gegen den atheistischen Kommunismus motivieren würde. Die Diffusion dieser meinungsbildenden Inhalte durch das Westberliner Ordinariat sei durch die Nutzung des Massenmediums Rundfunk (RIAS, NWDR) ausgeweitet worden und habe an Effizienz gewonnen. Bartlitz zufolge habe sich Adolph im Kampf gegen den atheistischen Kommunismus bestimmter demokratischer Begriffe und Inhalte wie bspw. der Forderung nach Wahlfreiheit und Pressefreiheit bedient, um eine größere Öffentlichkeit zu gewinnen. Auf diese Anmerkung reagierte Axel Schildt mit Skepsis. Er wies darauf hin, daß zum damaligen Zeitpunkt der Demokratiebegriff innerhalb der katholischen Medienarbeit noch nicht so elaboriert gewesen sei, daß er derart große Erwähnung habe finden können. Weiter wurde der Vorschlag von Bartlitz, eine mögliche Verbindungslinie zwischen Re-Christianisierung und Amerikanisierung oder anders formuliert zwischen Religion und „The American way of life“ zu ziehen, skeptisch aufgenommen. Auch wenn der amerikanische Einfluß ebenfalls in den Bereichen Kirche und Religion zum Tragen gekommen sei, sei es zu kurz gefaßt, die amerikanische Unterstützung der beiden großen Konfessionen als Bollwerk gegen den Kommunismus zu interpretieren und die Re-Christianisierung als Hauptbestandteil der Amerikanisierung zu deuten.

Interessant war in diesem Panel auch, daß der Aspekt thematisiert wurde, daß Religion und Kirche insofern aussagekräftig für eine Untersuchung des Kalten Kriegs sein können, als daß besonders im Rahmen der Kirche die Legitimation eines atheistisch geprägten staatssozialistischen Regimes diskutiert und infrage gestellt worden sei.

Das dritte Podium befaßte sich mit „Geschlecht und Kalter Krieg“ und der medialen Inszenierung dieser Beziehung. Der Frage nach den Bildern, die verwandt wurden, um den Kalten Krieg –und hier besonders die Geschlechterverhältnisse – zu medialisieren, näherten sich *Uta C. Schmidt* (Dortmund) in ihrem Papier „Das Problem heißt Schlüsselkind: Die „Schlüsselkinderzählung“ als geschlechter-politische Inszenierung im Kalten Krieg. Einführende Überlegungen zu Geschlecht und Kalter Krieg“ und *Uta Schwarz* (Köln/Paris) mit „Der blockübergreifende Charme dokumentarischer Filmbilder: Tradition, Ideologie und Geschlecht in der Repräsentationsordnung der bundesdeutschen und DDR-Wochenschauen bis 1965“. Beide fanden Zugang zum Kalten Krieg über alltägliche Ausdrucks- und Wirkungsweisen und interpretierten den Kalten Krieg als eine Auseinandersetzung um „mentale Dispositionen, um Sinnbildungs-, Wahrnehmungs- und Deutungshorizonte“. Uta Schmidt untersuchte die massenmediale Darstellung des Phänomens des ostdeutschen „Schlüsselkinds“ in der westdeutschen Öffentlichkeit, bei der es sich, so Schmidt, um eine „große Erzählung

zur Systemkonkurrenz im Ost- West Konflikt“ gehandelt habe. Die Diskussion über das Schlüsselkind sei eine Möglichkeit für die bundesrepublikanische Gesellschaft gewesen, sich im Kampf der west- und ostdeutschen Lebensformen und Alltagspraxen zu positionieren. Die „politische Instrumentalisierung des Horrorszenarios der verwahrlosten ‚Schlüsselkinder‘“ habe dazu gedient, die Dimension der feindlichen Bedrohung durch den Osten auch auf die Alltagswelt auszuweiten und das westdeutsche Bild der „noch heilen“ Familie klar abzugrenzen gegenüber der ostdeutschen Familie, deren vermeintliche Auflösung sich im Phänomen des Schlüsselkindes manifestierte. Schmidt zufolge sei die Schlüsselkind-Doktrin in erster Linie eine mediale Inszenierung gewesen, denn die Kluft zwischen den rekonstruierbaren Daten und Fakten über das reale Phänomen einerseits und den überlieferten Diskursen über diese Problematik andererseits klappte drastisch auseinander. Ohne eindeutige Analyse der Ursachen- und Wirkungszusammenhänge zwischen dem Phänomen des Schlüsselkindes und dem ostdeutschen Familienmodell sei das Phänomen an sich in Westdeutschland für die Kalte-Kriegs-Propaganda instrumentalisiert worden.

Ähnliches galt auch für den in dem Paper von Uta Schwarz untersuchten „Körper“ des Menschen. Schwarz untersuchte die „Wochenschau“, die als Mitteilungsorgan der politischen Macht galt, in bezug auf Repräsentationen des Körpers und der Geschlechter im Bild. In der Wochenschau habe die Darstellung des Körpers, Schwarz zufolge, der sozialen Verkörperung politischer Ideologie gedient. Besonders zwei Körper: der „Arbeitskörper“, also der Körper des/der Arbeiters/-in und der „Konsumkörper“, also der Körper des/der Konsumenten/-in seien ideologisiert worden. Auf die Frage nach der Beziehung zwischen dem politisch-ideologischen Rahmen und dem konkreten Körper im Film stellte Schwarz vor, wie in Berichten über industrielle Produktion in Betrieben ausgewählte Figuren in ihrer Funktion als „Arbeitskörper“ im Vordergrund standen, während in Berichten über Modenschauen hauptsächlich Frauen mit ihrem Körper für Produkte warben und somit zu „Konsumkörpern“ geworden seien. Die „Konsumkörper“ wurden zum Emblem einer prosperierenden Gesellschaft, der „Arbeitskörper“ hingegen repräsentierte die Idee des neuen Menschen. Die Körpervorstellung in der DDR war von der Auffassung der Industriearbeit als zentralem Ort der gesellschaftlichen Wertschöpfung geprägt, weshalb Körper als Stätte des Kampfes für den Sozialismus politisiert worden seien. Die Bildwürdigkeit eines Menschen oder eines Körpers war gebunden an die besondere Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters. Daneben spielte natürlich auch die Geschlechtervorstellung eine wichtige Rolle bei der Verkörperlichung im Film. Die Studie von Schwarz hat gezeigt, daß der Körper als Medium der Ideologisierung eine wichtige propagandistische Rolle gespielt hat und weitere Studien in diesem Bereich dazu beitragen könnten, den alltäglichen Ritualisierungsprozessen im Film näherzukommen.

Inge Marbolek (Universität Bremen) stellte in ihrem Kommentar die Frage nach der Darstellungsweise der Geschlechterverhältnisse in den Medien im Kalten Krieg ins Zentrum der Diskussion.

Die vierte Sektion richtete ihre Aufmerksamkeit auf „Fernsehen im Systemkonflikt“, wobei hier besonders die ostdeutsche Fernsehpolitik und die den filmischen Realisationen zugrunde liegenden strukturellen Bedingungen der Fernsehpolitik im Vordergrund standen. In ihrem Text über „The Politics of East German Television, 1945–1958“ bot die Historikerin *Heather Gumbert* (University of Texas, Austin) einen chronologischen Überblick über die Fernsehpolitik der DDR, wobei sie besonders die Bedeutung der Systemkonkurrenz für den Etablierungsprozeß des Fernsehens in der DDR ins Auge faßte. Als Zeitpunkt, von dem ab Fernsehen einen integralen Bestandteil der Medienpolitik der SED dargestellt habe, nannte Gumbert die Ereignisse in Ungarn von 1956, die in Westdeutschland große, in der DDR aber nur geringe Erwähnung im Fernsehen gefunden haben, jedoch innerhalb der SED dazu beitrugen, die Defizite der eigenen Medienpolitik und die Möglichkeiten des neuen Mediums „Fernsehen“ für Propagandazwecke im Kalten Krieg zu erkennen. Die westliche Berichterstattung über die Ungarnereignisse habe daher einen entscheidenden Richtungswandel in der Medienpolitik der DDR herbeigeführt. *Jörg Requate* (Universität Bielefeld) äußerte Zweifel an dieser Behauptung, da er die anfangs geringe Bedeutung des Fernsehens für die DDR-Politik eher in den noch begrenzten technischen Möglichkeiten des Fernsehens und nicht im geringen Interesse führender Persönlichkeiten in der Medienpolitik der DDR sah. Einen weiteren Diskussionspunkt stellte Gumberts Versuch dar, den Ausbruch des Kalten Krieges in der Medienpolitik auf das Jahr 1948 zu fixieren. Requate setzte dem entgegen, daß es sich auch in der Medienpolitik eher um einen schleichenden Übergang gehandelt habe.

In seinem Papier stellte *Thomas Heimann* (Universität Leipzig) „Zum Programmaustausch der ostdeutschen Televisionen in Zeiten des Kalten Krieges“ die These auf, daß sich selbst in den Hochzeiten des Kalten Krieges Ost- und Westdeutschland in der Medienpolitik nie vollständig voneinander abgeschottet hätten. Aufgrund des ständigen Bedarfs an filmischem Neumaterial für Informations- und Unterhaltungssendungen habe ein Austausch von Programmelementen sowohl zwischen Ost und West, als auch innerhalb des Ostverbundes immer stattgefunden. Ausgangspunkt seiner Untersuchungen bildeten die Mechanismen und Schwierigkeiten des Programmaustausches zwischen den Blöcken. Dabei lenkte er seinen Blick hauptsächlich auf die beiden maßgeblichen Institutionen, die auf der medialen Ebene die West- bzw. Ostintegration anzeigten: Intevision und Eurovision. Diese beiden politisch motivierten Verbünde, die einen wesentlichen Einfluß auf die Programmgestaltung ausübten, standen bei der Programmauswahl ständig vor der Abwägung zwischen Qualität und Doktrin. Diese Gratwanderung stellt einen interessanten Untersuchungsgegenstand für die vergleichende Mediengeschichte im Rahmen des Ost-West-Konfliktes dar.

Die abschließende, fünfte Sektion versammelte Beiträge zum Thema „Friedenskampf und Dritter Weg: Fiktionen internationaler Beziehungen“. Das Papier zu „Kunst ist Waffe! Internationale Kontroversen zur modernen Kunst im Kalten Krieg“ von *Barton Byg* (University of Massachusetts, Amherst/M.A.) thematisierte die Debatte innerhalb der Filmtheorie über die Beziehung von Film und

Ideologie, wobei es besonders um die Bedeutung des Films als Mediator von Werten, Meinungen und Auffassungen einer Gemeinschaft ging. *Barton Byg* formulierte die These, daß die moderne Kunst, aber auch der Diskurs über diese Kunstrichtung derart ideologisch aufgeladen war, daß man sie als Waffe der „Kultur-Außenpolitik“ der USA im Kalten Krieg und als ein Bollwerk für USA nationales Prestige deuten könne.

Eine ähnliche Funktion kam wohl auch der englischen Science Fiction zu, mit der sich *Patrick Major* (University of Warwick/UK) beschäftigte. In seinem Papier „From Big Brother to the Watchmen: British Science Fiction and the Cold War“ untersuchte er Science Fiction (SF) als einen Mikrokosmos des Kalten Krieges, in dem Themen wie Atomkrieg, Zivilisationskampf und -vernichtung einem breiten Publikum präsentiert worden seien. Unter Zuhilfenahme von Vereinfachungen und Stereotypenverarbeitung sei mit Hilfe der SF eine Massenzuhörerschaft mit den Ideologien und Grundprinzipien des Kalten Krieges indoktriniert worden, gleichzeitig habe britische SF aber auch die Möglichkeit geboten, über die Mechanismen der staatlichen Indoktrinierung aufzuklären und aus den Strategien des Kalten Kriegs auszurechnen. Im letzten Papier dieser Sektion befaßte sich *Lars Karl* (Universität Tübingen) mit dem Thema „Trojanische Kraniche ante portas – der sowjetische Kriegsfilm als Waffe im „Friedenskampf“ (1948–1965)“. Karl plädierte dafür, den sowjetischen Kriegsfilm als Instrument zu sehen, dessen Funktion darin bestanden habe, Vorbehalte in der DDR-Bevölkerung gegen die Sowjetunion abzubauen und die DDR mit den Errungenschaften der sowjetischen Kunst vertraut zu machen. Ausgehend von dieser These, fragte er nach der Rezeption ausgewählter Spielfilmproduktionen aus der Sowjetunion in der DDR, aber auch nach der Instrumentalisierung des russischen Films im Rahmen offizieller Filmagitation und Propaganda.

Die Ergebnisse des Workshops resümierten *Adelheid von Saldern* (Universität Hannover) und *Frank Stern* (Ben-Gurion-Universität, Beer Sheva/Israel). Mit seinem Kurzvortrag „Mein Großvater liebte den Schwarzen Kanal“ und einem Zitat von Eduard von Schnitzler zur letzten Sendung des „Schwarzen Kanals“, gab *Frank Stern* dem Workshop eine persönliche Note. Zudem wurden weiterführende Anregungen formuliert. Es wurde gefordert, sich vermehrt an die Bereiche der Ästhetik der Medien sowie an die Perzeption und Rezeption medialer Inhalte zu wagen. Auch sei eine intensivere Inanspruchnahme von Oral history in die Untersuchungen, besonders in Form repräsentativer Experteninterviews erforderlich. Weiterhin sei es notwendig, die verschiedenen Ebenen der Repräsentationen in den historischen Kontext sowie in das Framing der Sehgewohnheiten und Wahrnehmungsformen einzuordnen.

Abschließend läßt sich sagen, daß der Workshop eine große Pluralität der Themen und Ansätze mit einer Vielfalt von Problemstellungen verband und von allen Beteiligten als großer Erfolg betrachtet wurde. Die Ergebnisse des Workshops werden in einem Projektband veröffentlicht.

**„ZUR AUFARBEITUNG DER AKTEN DER SOWJETISCHEN MILITÄRADMINISTRATION IM RUSSISCHEN STAATSARCHIV. EINE ZWISCHENBILANZ“
Workshop des ZZF in Potsdam, 19. Juni 2003**

Lutz Prieb

Am 19. Juni 2003 fand im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) ein internationaler Workshop mit Gästen aus Rußland, den USA, Österreich und Deutschland über die Aufarbeitung von SMAD-Akten statt. Die Teilnahme von mehr als vierzig Historikern und Archivaren bezeugte das große Interesse an diesem Arbeitstreffen (ebenso die zahlreichen Anfragen von KollegInnen aus dem In- und Ausland, die wegen anderer Termine an diesem Tag verhindert waren). Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Direktor des ZZF, Christoph Kleßmann, hoben der Stellvertretende Leiter des Föderalen Archivdienstes der Russischen Föderation (Rosarchiv), Vladimir P. Tarasov, der Direktor des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF), Sergej V. Mironenko, und der Vertreter des Präsidenten des Bundesarchivs (BArch), Hans-Dieter Kreikamp, in kurzen Grußworten die Dringlichkeit eines gemeinsamen Gedankenaustausches zum Stand der Durchführung des russisch-deutschen Gemeinschaftsprogramms zur Erforschung, Auswertung und Verfilmung der SMAD-Akten hervor.

Konrad H. Jarausch (Direktor des ZZF) informierte darüber, daß das ZZF seit dem Jahr 2001, gefördert durch die Volkswagen Stiftung, mit seinen Projektpartnern GARF und der Universität North Carolina-Chapel Hill (UNC-CH) in einem mehrjährigen Kooperationsvorhaben zur Erschließung der Befehlssammlungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) im GARF an der Realisierung des Programms beteiligt ist. Gegenstand des Projektes ist die Erschließung der Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Verfügungen und Direktiven der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Berlin-Karlshorst, und der regionalen Verwaltungen der Sowjetischen Militäradministration in Brandenburg, Mecklenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt (1945–1949). Diese Arbeit ist Teil des 1995 begonnenen, umfassenden Gemeinschaftsprogramms zum Studium, zur Auswertung und zur Reproduktion der Akten der SMAD aus russischen Archiven. Auf deutscher Seite arbeiten daran von Anfang an das Bundesarchiv Koblenz/Berlin und das Institut für Zeitgeschichte München/Außenstelle Berlin mit.

Vladimir P. Tarasov (Rosarchiv) und Sergej V. Mironenko (GARF) informierten über den Stand der Deklassifizierung der Bestände der SMAD, die in den staatlichen Archiven Rußlands aufbewahrt werden. Die Ergebnisse der Arbeit der zuständigen Kommission der Russischen Staatlichen Archivverwaltung ermöglichten auch den Zugang zur Befehlsüberlieferung der „streng geheimen“, „geheimen“ und sogenannten „offenen“ Befehle der SMAD im GARF. In diesem Archiv sind mehr als neunzig Prozent der SMAD-Dokumente für die For-

schung freigegeben. Die elektronische Erfassung der Befehlsdokumente ist ein Arbeitsschwerpunkt von David Pike (UNC-CH). Er demonstrierte in einer von ihm entwickelten Datenbank die wissenschaftlichen Möglichkeiten der elektronischen Erschließung. In der Datenbank sind die Angaben zu den einzelnen Befehlstiteln mit digitalisierten Abbildungen der entsprechenden Dokumente und mit leistungsfähigen Abfragemöglichkeiten verknüpft. Mitarbeiter des GARF haben bis Ende 2002 ca. 24.000 Befehlstitel in der Datenbank aufgenommen. Wie Pike betonte, handelt es sich gegenwärtig noch um vorläufige Arbeitsergebnisse. Die Digitalisierung der Dokumente, ihre Verknüpfung mit der Datenbank, in der diese Dokumente verzeichnet, indiziert und durch Suchen aufgrund verschiedener Kriterien abrufbar sind, ist noch nicht abgeschlossen und wird fortgesetzt. Vladimir A. Kozlov (Stellv. Direktor GARF) und Marina E. Kozlova, (Mitarbeiterin GARF) erläuterten in ihrem gemeinsamen Beitrag die Arbeiten zur Indizierung bzw. Verschlagwortung der Befehle der SMAD innerhalb der Datenbank. Im Zuge der Indizierung entsteht aus allen zentralen SMAD-Befehlsdokumenten ein spezifisches „Wörterbuch“ mit Schlüsselworten, geographischem Register und Namenregister als Instrument für Abfragen innerhalb der Datenbank.

Neben der Weiterentwicklung der Datenbank verfolgen GARF, UNC-CH und ZZF eigenständige Forschungs- und Editionsprojekte. Sie bereiten eine kollektive Monographie zum Thema „Befehle und Anordnungen der SMAD als historische Quelle“ sowie die Edition von Dokumenten der SMAD zu folgenden Themen vor: „Die Tätigkeit der SMAD zur Demilitarisierung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949“, „Die Tätigkeit der sowjetischen Militärkommandanturen zur Beseitigung der Folgen des Krieges und bei der Organisation des friedlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Band 1“: „Dokumente des zentralen Apparats der SMAD und der SMA der Länder“, „Die SMAD und die Formierung der administrativen Organe in Ostdeutschland 1945–1948“, „Die SMAD und das parteipolitische System in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949“ (alle Bde. in russ. Sprache). Vladimir V. Zacharov (Mitarbeiter GARF) informierte detailliert über die für die Forschung zugänglichen SMAD-Bestände im GARF. Er stellte die Gliederung und den Inhalt des Dokumentenbandes „Demilitarisierung“ vor, der bereits in einem Umfang von ca. eintausend Manuskriptseiten für den Druck vorliegt.

Im Rahmen des Projektes von GARF, UNC-CH und ZZF besteht eine weitere Aufgabe darin, einen Überblick über die Überlieferung der Befehlsdokumente der SMAD und Länder-SMA's auf der deutschen Empfängerseite zu erlangen. Lutz Prieß (ZZF) stellte Zwischenergebnisse über die Recherche zur Überlieferung der Befehlsgebung der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration der Provinz/des Landes Brandenburg 1945–1949 (SMA Brandenburg) vor. Hierbei stehen jene Befehls- und Anordnungsschreiben der Verwaltung der Landes-SMA im Mittelpunkt, die nicht zu den drei bekannten Befehlsreihen der „streng geheimen“, „geheimen“ und sogenannten „offenen“ Befehle gehören und

von denen bis jetzt rund fünftausend Dokumente im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) nachgewiesen werden können.

Der Workshop im ZZF bot auch anderen Institutionen die Möglichkeit, über den Stand eigener Projekte zur Aufarbeitung von SMAD-Akten und anderer Archivbestände in Rußland zu berichten. Kai von Jena (Bundesarchiv Koblenz) bilanzierte die bisherigen Ergebnisse von Bundesarchiv und GARF bei der Verwirklichung des deutsch-russischen Gemeinschaftsprogramms zum Studium, zur Auswertung und zur Reproduktion der Akten der SMAD. Dabei berichtete er auch über die Vor- und Nachteile der Schaffung eines „Elektronischen Archivs“, unterschiedliche Standpunkte von deutschen und russischen Archivaren sowie der Suche nach gemeinsamen Lösungen. Hans-Dieter Kreikamp (Bundesarchiv Koblenz) gab einen Einblick in die technischen bzw. technologischen Probleme und Perspektiven bei der Mikroverfilmung und Digitalisierung der Akten der SMAD. Barbara Stelzl-Marx (Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung (BIK; Graz-Wien-Klagenfurt) informierte über das internationale Forschungsprojekt „Die Rote Armee in Österreich 1945–1955“, Klaus-Dieter Müller und A. Haritonow (beide Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dresden) gaben einen Überblick über das internationale Projekt „Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zur Kriegs- und Nachkriegszeit“, Jochen Laufer (ZZF Potsdam) stellte Erfahrungen und Ergebnisse des Kooperationsprojektes des ZZF und des IDD des MID der Russischen Föderation vor und präsentierte den dritten Band der Dokumentenedition „Die UdSSR und die deutsche Frage, 1941–1949“.

An der Diskussion beteiligten sich u.a. Bernd Bonwetsch, D. Brunner, Peter Jahn, Jochen Laufer, Alexander von Plato, T. Hartisch. Der künftige wissenschaftliche Nutzen des Elektronischen Archivs der SMAD und dessen Nutzbarkeit waren wohl die am meisten interessierenden Fragen der Teilnehmer des Workshops. Jochen Laufer merkte unterschiedliche Erfahrungen in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von gemeinsamen deutsch-russischen Editions- und Forschungsvorhaben an. Er forderte mehr partnerschaftliche Zusammenarbeit. Es gab etliche Fragen zum Forschungsansatz über die Besatzungszeit der sowjetischen Armee in Österreich. Barbara Stelzl-Marx teilte mit, daß für den Herbst 2003 eine Forschungstagung geplant sei, auf der diese und andere Sichtweisen diskutiert werden sollen. Viele Anfragen richteten sich an die Vertreter von Rosarchiv und GARF, insbesondere zum Fortgang der Deklassifizierung von Akten. In ihren Antworten erläuterten die russischen Kollegen die Gesetzeslage (u. a. Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen) und den Arbeitsprozeß der Deklassifizierung.

Das umfangreiche Arbeitsprogramm, das mit seinen Beiträgen in hohem Maß neueste Informationen aus erster Hand bot, ließ zum Bedauern vieler Teilnehmer zu wenig Zeit für weiterreichende Debatten.

In der Abschlusdiskussion unterstrichen David Pike, Konrad H. Jarausch, Vladimir A. Kozlov, Kai von Jena und Klaus-Dieter Kreikamp den Nutzen der neuen Technik (Datenbank und digitale Scans von Dokumenten) für Archivare

und Wissenschaftler, wenn auch mit unterschiedlicher Nuancierung. Aus archivalischer Sicht bleibt die Arbeit am Original ebenso unverzichtbar wie für den quellenkritischen Forscher. Doch die Digitalisierung von Dokumenten und ihre Verknüpfung mit einer Datenbank erlauben dem künftigen Nutzer einen bisher nicht gekannten schnellen Zugang zu einer großen Masse von Archivbeständen und Dokumenten. Das GARF ist auch weiterhin daran interessiert, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen der Partner aus den USA, Deutschland und Rußland die wissenschaftlichen Forschungen, die praktischen Arbeiten zur Mikroverfilmung, zum Scannen, zur Verzeichnung und Indizierung von Dokumenten aus dem Archivbestand des GARF, der Bildung des Elektronischen Archivs der SMAD, der Organisation der Veröffentlichung von Dokumenten und ebenfalls der Überlassung der Ergebnisse der genannten Arbeit an seine Partner für wissenschaftliche Benutzungszwecke zügig realisiert werden.

Das GARF, das Bundesarchiv, das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und die Universität North Carolina müssen nunmehr im Zusammenhang mit der Klärung juristischer Fragen auch die Frage der technischen Möglichkeit eines Zugangs zum Elektronischen Archiv der SMAD auf russischen und deutschen Servern durch künftige Nutzer prüfen. Vladimir P. Tarasov hob hervor, daß die Ergebnisse der gemeinsamen Projekte die Arbeit zur Deklassifizierung von sowjetischen Dokumenten teilweise beschleunigt haben und kontinuierlich fortgesetzt werden. Doch die Überlieferung von SMAD-Materialien im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podolsk bei Moskau und im Zentralarchiv des Föderalen Dienstes für Sicherheit der Russischen Föderation bleiben für die SMAD-Forschung weiterhin unzugänglich.

Der eintägige Workshop im ZZF hat der interessierten wissenschaftlichen Öffentlichkeit erstmals den Stand und die Perspektiven der weiteren Arbeit zur Realisierung des Programms zur Erforschung und Herausgabe der SMAD-Dokumente aufgezeigt. Die Entscheidung der Veranstalter, diesen Workshop öffentlich und nicht wie ursprünglich geplant nur im Kreis der unmittelbar am Projekt beteiligten Partner durchzuführen, wurde von allen Teilnehmern positiv gewürdigt. Auch von den russischen Kollegen wurde der Workshop als ein wertvoller Beitrag zur Erörterung aktueller Fragen der Erforschung der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnet. Die „Zwischenbilanz“ hat die wechselhaften Rahmenbedingungen für gemeinsame wissenschaftliche Forschungs- und Editionsprojekte veranschaulicht, einen umfassenden Einblick in die Werkstatt der beteiligten Archivare und Historiker gegeben und den Umfang der noch zu leistenden Arbeit zur Erschließung und Erforschung der Akten der SMAD verdeutlicht.

**„ARBEITER IM STAATSSOZIALISMUS –
IDEOLOGISCHER ANSPRUCH UND SOZIALE WIRKLICHKEIT.
DIE DDR IM OSTMITTELEUROPÄISCHEN VERGLEICH“
Internationales Kolloquium im ZZF Potsdam, 25. – 27. September 2003**

Pavel Kolář

Die Potsdamer Tagung zur Geschichte der Arbeiter im Staatssozialismus hatte sich mehrere Ziele gesetzt: Zuerst ging es den Veranstaltern um eine tiefere Einbettung der DDR in den Gesamtkontext des Sowjetblocks, wobei der konventionelle Bezugsrahmen des DDR-Vergleichs – die Tschechoslowakei und Polen, eventuell auch Ungarn – diesmal um südosteuropäische Länder erweitert wurde. Gleichzeitig wurde auch eine Erweiterung der Themen, Methoden und Quellen auf diesem Forschungsgebiet der Zeitgeschichte angestrebt, das im Rahmen der DDR-Forschung bisher etwas randständig wirkte. Dies gilt noch mehr für die gegenwärtigen Forschungslandschaften Osteuropas, wo die vor der Wende ideologisch belastete und in den 90er Jahren weitgehend vernachlässigte, im Schatten einer dominanten Herrschaftsgeschichte der politischen Elite stehende Arbeitergeschichte erst ihren Platz sucht.

Eine produktive Erfassung dieses weiten Problemfeldes wurde durch eine zweckmäßige Tagungsorganisation begünstigt, indem die schon im voraus vorliegenden Beiträge jeweils am Sektionsbeginn von Moderatoren zusammengefaßt wurden, so daß genug Zeit für eine vertiefende Diskussion zur Verfügung stand.

In der ersten Sektion „Arbeiterstaat‘ als politische Konstruktion und Inszenierung“ stand das Verhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und den Arbeitern im Mittelpunkt. Der erste Einführungsvortrag von *Dietrich Beyrau* (Tübingen) setzte die Arbeitergeschichte des Ostblocks in den Kontext der sowjetischen Entwicklung und befaßte sich dabei in erster Linie mit dem „sowjetischen Modell“. Dabei unterstrich Beyrau neben dessen allgemeinen Zügen – wie *economy of shortage* und *economy of favours* – die Einzigartigkeit des sowjetischen „Modells“ sowie die Gefahr einer einfacher Übertragung auf andere sozialistische Länder. Als ein Beispiel dazu läßt sich die extensive und extraktive Industrie in der Sowjetunion herausgreifen, d.h. riesige, von bewohnten Gebieten entfernte Industriezonen, die durch hohe Fluktuation, Kriminalität und Alkoholismus der Arbeiter gekennzeichnet waren und die auch eine negative Konnotation des Arbeiterbegriffes in der Sowjetunion heraufbeschworen.

Der zweite Einführungsvortrag (*Christoph Boyer*, Frankfurt a. M./Berlin) wandte sich konzeptuellen Überlegungen über die Geschichte der Arbeiterschaft im Staatssozialismus zu. Boyer plädierte für eine konsequent sozialhistorische Herangehensweise, die die institutionelle Verfaßtheit und den makroökonomischen Kontext der Sozialprozesse nicht aus dem Auge verliert. Einerseits grenzte er sich gegenüber dem totalitarismustheoretischen Ansatz ab, der an unbe-

schränkte Staatsmacht glaubte, und stellte gegen ihn die Defizitkategorien wie „systemische Fehlprogrammierung“ sowie gesellschaftliche „Grenzen der Beherrschbarkeit“. Andererseits lehnte er einen rein kulturalistischen Ansatz ab, der seiner Meinung nach nur „die dunstigen Metaphänomene oder Sekundäreffekte – Diskurse, Erinnerungskulturen“ zur Kenntnis nimmt; man könne bei der Erforschung der Arbeitergeschichte nicht ohne „dreckige, stinkende Realität“ auskommen. Schließlich sprach er sich für die Anwendung des Vergleichs unter einer Perspektive der *longue-durée* aus.

Im anschließenden Diskussionsblock, der durch eine Zusammenfassung der Beiträge von *Jürgen Danyel* eröffnet wurde, ging es vornehmlich um folgende Themenkomplexe:

Zunächst schien der mehrschichtige Begriff Sowjetisierung als ein umfassendes Erklärungsmodell für das Verhältnis zwischen der Staatsmacht und der Arbeiterschaft in den fünfziger Jahren in das Kreuzfeuer der Kritik zu geraten. *Peter Heumos* (München) argumentierte am Beispiel der tschechoslowakischen Arbeiter, daß die sowjetischen Modelle zur Zeit ihrer Übertragung selbst in der Sowjetunion bereits überholt waren (wie die Stachanow-Bewegung oder die Kameradschaftsmodelle) und demnach keine ernsthafte Herausforderung bedeuteten. Es reiche aus, den Begriff lediglich auf Makrobedingungen, Planwirtschaft und Parteiherrschaft zu beschränken, denen konkrete autochthone Bedingungen entgegengestellt werden müssen. Auch für den Bereich der kulturellen Massenarbeit in den Betrieben, so *Annette Schuhmann* (Potsdam), läßt sich eindeutig das Scheitern der Sowjetisierung feststellen: in der DDR fand in den sechziger Jahren eine Abwendung vom sowjetischen hin zum „deutschen“ Modell statt. *Christoph Kleßmann* (Potsdam) und *Klaus Tenfelde* (Bochum) plädierten für die Beibehaltung des Begriffes Sowjetisierung im breiten Sinne, denn er könne auch für die Erklärung des Nicht-Funktionierens und Scheiterns von Nutzen sein.

Als ein zweites Thema trat in der Diskussion das Phänomen des Tradeunionismus hervor. Ausgangspunkt war noch einmal der tschechoslowakische Fall, für den Peter Heumos eine Dauerhaftigkeit der gewerkschaftlichen Tradition aus der Zwischenkriegszeit und eine auf ihr basierende Möglichkeit einer betriebsinternen Öffentlichkeit postulierte. Nicht zu übersehen ist freilich die politische Dimension des Tradeunionismus – so wollten beispielsweise die Arbeiter in der DDR nicht mit der Betriebsleitung, sondern direkt mit der Regierung verhandeln. In der Tschechoslowakei ging die Kluft zwischen den Arbeitern und der eine Reform anstrebenden Parteiintelligenzija in den Sechzigern weit auseinander. Ein ähnlich reformfernes Verhalten der Arbeiter war auch in Rumänien und Bulgarien vorhanden.

Im Anschluß an die Frage der Reformferne der Arbeiter fand in der Diskussion die von *Christoph Kleßmann* eingeführte These über den Konservatismus der Arbeiterschaft Widerhall, die die langfristigen politischen Traditionen bzw. die politische Kultur wieder ins Spiel brachte. Während in Rußland die traditionelle „subalterne Attitüde“ der Arbeiter aus der Zarenzeit mit Konservatismus

verbunden war, könnte man im Fall Bulgariens über den Konservatismus der Arbeiterschaft höchstens dann sprechen, wenn ihre weitgehende Unselbständigkeit und Reformferne gemeint seien. Allerdings mangelte es der Diskussion über den Konservatismus an Begriffsklarheit: Während *Berndt Gehrke* (Potsdam) Konservatismus als Widerstand gegen die Einführung der sozialen Regulationsmechanismen und technokratischen Reformen verstand, wies *Klaus Tenfelde* auf die Notwendigkeit hin, zwischen kulturellem (habituellem, an Karl Mannheims „Traditionalismus“ erinnernd) Konservatismus einerseits und dem explizit politischen Konservatismus andererseits zu unterscheiden.

Mit dem Thema Arbeiterkonservatismus hängen die soziokulturellen Prozesse der Verbürgerlichung bzw. Verbäuerlichung der Arbeiter eng zusammen. Die durch ihren Habitus und Lebensstil von der traditionellen urbanen Arbeiterschaft unterschiedlichen „peasant workers“ waren vor allem für die Formierung der bulgarischen und rumänischen Arbeiterschaft prägend, wie *Ivo Georgjev* (Sofia) und *Dragoș Petrescu* (Bukarest) darlegten. Doch auch in den industrialisierten Gebieten wie Böhmen dürfe man diese Erscheinung nicht übersehen, bemerkte Peter Heumos.

Andererseits gab es auch die Tendenz, den Arbeitern die bürgerliche Hochkultur aufzuoktroieren (etwa in Form aufgezwungener Theaterbesuche) und ihnen die Massenkultur wegzunehmen, Versuche, die vorwiegend auf den Widerstand der Arbeiter stießen. Mit der Verbürgerlichung ging in der Regel auch die Nationalisierung der Arbeiterkultur, vor allem mittels der Einführung eines nationalen Bildungskanons, einher.

Die zweite Sektion, die sich den Arbeiterverhältnissen und Arbeiterexistenzen zuwandte, wurde mit einem Vortrag von *Peter Hübner* (Potsdam) eröffnet, der die Arbeitsbeziehungen und sozialen Sicherungssysteme in der ostmitteleuropäischen Vergleichsperspektive betrachtete und dabei interessante Unterschiede zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern feststellte. Während man in der DDR in vielen Punkten an der Bismarckschen bzw. sozialdemokratischen Tradition festhielt, wurde in den meisten anderen Ostblock-Ländern das kostenlose, staatlich organisierte und finanzierte Sozial- und Gesundheitssystem eingeführt. Auf Dauer setzten sich massive Subventionierung und ein doppeltes Preissystem durch. Dabei sticht der polnische Fall heraus, wo das Sozialsystem infolge eines raschen Anstiegs der Rentnerzahl und hoher Inflation zusammenbrach.

Aus den vorliegenden Sektionsbeiträgen (zusammengefaßt von *Jennifer Schevardo*, Potsdam) kristallisieren sich drei Schlüsselprobleme heraus: Erstens wurde eine innere Differenzierung der Arbeiterschaft festgestellt, die sich in unterschiedlichen kulturellen und sozialen Dispositionen der Arbeiter ausdrückten, die verschiedenen sozialen, ethnischen, konfessionellen, geschlechtsspezifischen und regionalen Milieus entsprangen. Gleichzeitig unterschieden sich die einzelnen Länder in der Transformationsdynamik der Arbeiterschaft: hier bestand eine relative Kontinuität der Arbeiterklasse (DDR, Tschechoslowakei), da unterlag sie umwälzenden Änderungen (Ungarn, Rumänien, Bulgarien).

Zweitens wird bei der Erforschung gesellschaftlicher Systeme und der Herrschaftspraxis zunehmend deutlich, daß die strenge Unterscheidung zwischen „Herrschenden“ und „Beherrschten“ zu abstrakt ist. In den Vordergrund treten die Wechselwirkungen und Durchdringungen zwischen beiden Sphären, wofür die Betriebsleitungen das beste Beispiel sind. Als neue Themen werden der Aufbau informeller Netzwerke und alternativer Machtzentren, diverse Aushandlungsformen oder individuelle Leitungsstile erforscht.

Drittens schließlich rückt der betriebliche Alltag in den Blick der Forscher und öffnet neue Forschungsfelder wie die Prägung des Betriebsalltags durch wirtschaftliche und soziale Mängel, Nivellierung bzw. Differenzierung der Löhne, der traditionelle Egalitarismus der Arbeiter oder die Umwandlung der Betriebskultur insbesondere in den sechziger Jahren.

In der Diskussion über die Rolle der Partei im Betriebsalltag bestand darüber Konsens, daß eine Sonderposition der Partei kaum vorhanden war, da sich die Kompetenzsphären mit denen der Gewerkschaften und des Betriebsmanagements ständig überschneiden. Dementsprechend wurde auch das Bild einer omnipräsenten und omnipotenten Partei in den Betrieben in Frage gestellt: beispielsweise in Polen wurden die Parteifunktionäre eher als Technokraten wahrgenommen, die von den Gewerkschaftsfunktionären nicht scharf zu trennen waren (*Malgorzata Mazurek*, Warschau). Auch in der Tschechoslowakei war die Macht der Partei in den Betrieben auf keinen Fall unbegrenzt und beschränkte sich in der Regel auf die Kontrolle des Betriebsmanagements.

Ebenso sollte man die Machtstellung der Partei im Bereich der Kulturarbeit in den Betrieben nicht überschätzen: in der DDR übte sie eine eher nur kontrollierende als dirigierende Rolle aus und schaltete sich im wesentlichen nur in Krisensituationen ein (*Annette Schuhmann*, Potsdam).

Die letzte Sektion „Arbeiter und politische Konfliktkonstellation“ hatte vor allem die Streikbewegung im Sozialismus und ihre Pazifizierung zum Thema. *Christoph Kleßmann* markierte in seinem Einführungsvortrag mögliche Problemfelder und Forschungsdesiderata für einen DDR-Osteuropa-Vergleich, u.a. die Interaktion zwischen der lokalen Betriebskultur und der Intensität der Streiks, das Echo der Arbeiteraufstände in den Nachbarländern oder das Phänomen des „geheimen Sozialkontraktes“. Als ein gemeinsames Charakteristikum läßt sich ein allmählicher Rückzug harter Konfliktformen zugunsten eines „informal settlement“ feststellen, der jedoch langfristig ruinöse Effekte hatte.

Mary Fulbrook (London) klassifizierte in ihrer Zusammenfassung der Sektionsbeiträge verschiedene Formen des Arbeiterprotestes sowie Strategien der Staatsmacht. Bei den letztgenannten unterschied sie zwischen *hard strategies* (Schwerpunkt Staatssicherheit) und *soft strategies*, mit denen sie u.a. den Begriff „geheimer Sozialkontrakt“ verband. Bei den Strategien und Formen des Arbeiterprotestes erkannte Fulbrook ein breiteres Spektrum von Möglichkeiten: es erstreckte sich von mit der Hoffnung auf Verbesserung gekoppelten *coactive strategies* über *collective* und *individual* hin bis zu den entpolitisierten *apathetic*

strategies. Bemerkenswert ist eine sich fortschreibende Normalisierung des Protests (Eingaben).

In der Diskussion über die Rolle der Repressionsorgane wies *Jens Giesecke* (Berlin) darauf hin, daß für die Honecker-DDR die Rolle der Stasi in den Betrieben oft übertrieben wird. Die Stasi war nicht primär zum Unterdrücken des Arbeiterprotestes oder der Opposition, sondern vor allem zur Verhinderung von Republikflucht bzw. für das Überwachen von bewaffneten Organen, der Nomenklatur sowie von Reisekadern bestimmt. Es lag nicht im Interesse der Macht, Arbeiter zu kriminalisieren. Hingegen argumentierten *Renate Hürtgen* und *Bernd Gehrke* (beide Potsdam), daß nicht nur das reale Überwachen, sondern auch die Vorstellung der Stasi-Präsenz als Normalität berücksichtigt werden muß. Allerdings ließe sich die Herrschaftspraxis in Betrieben nicht auf eine Stasi-Präsenz reduzieren, sondern die Betriebe müßten als kompakte Herrschaftsgebilde betrachtet werden.

Einen zweiten Punkt stellte das Verhältnis zwischen dem sich verändernden Charakter der Arbeiterschaft und den Formen des Protests dar. *Mark Pittaway* (Milton Keynes) hob eine steigende Formalisierung des Arbeiterprotestes in Ungarn in den sechziger Jahren hervor: der (spontane) Streik als Protestform verschwand und wurde durch Verhandlungen ersetzt. Auch in der Tschechoslowakei verlor Streik als Protestform im Laufe der sechziger Jahre an Boden, selbst wenn seine Hauptursache – die steigenden Normen – weiterhin existierte. Deshalb ist zu fragen, inwiefern sich die Arbeiterschaft selbst sozial und kulturell veränderte und wie diese Veränderungen die Formen des Protests prägten. Z. B. berief sich die *Solidarność* im Kontrast zu den früheren polnischen Arbeiterprotestbewegungen nicht mehr auf die linke sozialistische Tradition. Auch die Veränderung der Wirtschaftsstruktur wirkte sich aus: so war für die Entwicklung der Arbeiterschaft in den achtziger Jahren die weltwirtschaftliche Marginalisierung der Großbetriebe grundlegend.

In der Schlußdebatte wurde vor allem auf die nicht genügend behandelten Themen sowie Forschungsdesiderata hingewiesen. *Peter Hübner* unterstrich die Notwendigkeit, die Brigaden genauer zu untersuchen, um der Idealisierungsgefahr zu entgehen. Dies muß durch die Veränderung des Arbeitsbegriffes und Arbeitsverständnisses reflektiert werden. Neben dem Phänomen Arbeit muß man aber auch das Phänomen Nicht-Arbeit im Sozialismus wie Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit oder Exklusion aus dem Arbeitsmarkt stärker als bisher ins Visier nehmen, das noch immer eine erhebliche Forschungslücke darstellt.

Christoph Kleßmann plädierte für die Durchführung diachroner Vergleiche, die beispielsweise die Modernisierungseffekte der Sowjetisierung beleuchten können. In den kommenden Tagungen, die die Veranstalter planen, würden zahlreiche Themen, die während der Tagung nur kurz angesprochen werden konnten, spezielle Aufmerksamkeit erhalten: das gilt nach seiner Meinung insbesondere für die *peasant workers*, die Ausstiegsmöglichkeiten aus der Arbeiterklasse, die Schattenwirtschaft oder das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz.

Abschließend wurden die verschiedenen Konzeptangebote kurz gestreift. Vor allem scheinen – bei aller Dominanz sozial- und wirtschaftshistorischer Fragestellungen – auch die kulturhistorischen Ansätze in den Bereich der Arbeitergeschichte durchzudringen: Begriffe wie Diskurs, Habitus oder politische Kultur bzw. Tradition werden von den Sozialhistorikern zunehmend gebraucht. Letztendlich werden auch ökonomische Faktoren, wie *Klaus Tenfelde* abschließend bemerkte, hauptsächlich politisch bzw. kulturell vermittelt.

Mehrere Beiträge auf dieser Konferenz haben bewiesen, dass ideologisierte Diskurse oder beharrliche Traditionen in der Arbeitergeschichte schließlich genauso „stinken“ können wie die „harte Wirklichkeit“. Gewiß geht es nun nicht darum, um jeden Preis alle „kulturalistischen“ Offerten auf Kosten der älteren Ansätze auszuprobieren. Auf jeden Fall aber präsentierte die Potsdamer Tagung die Arbeitergeschichte im Staatssozialismus als ein Forschungsgebiet der Zeitgeschichte, dem die starren Grenzen der älteren Sozialgeschichte offensichtlich zu eng werden.

**COERCION AND CONSENT:
A COMPARATIVE STUDY ON MASS DICTATORSHIP
Internationale Konferenz in Seoul, 24. – 26. Oktober 2003**

Jie-Hyun Lim/Martin Sabrow

Daß neuzeitliche Diktaturen nicht als bloße Despotien begriffen werden können, sondern in der säkularen Konkurrenz zwischen liberaler und illiberaler Moderne im Gegenteil auch starke plebiszitäre Züge ausbildeten, ist eine Binsenweisheit, die dennoch häufig verkannt wird. Vom Imperativ der Vergangenheitsbewältigung diktierte Geschichtsbilder privilegieren dämonologische Erklärungsmuster, die Stabilität und Wirkungsmacht diktatorischer Herrschaft vorzugsweise „von oben“ herleiten, sei es als charismatische oder totale Herrschaft oder auch als staatliche Doppelstrategie von ‚Gewalt und Verführung‘, wie die Rezeptionskurve der verschiedenen Spielarten der Totalitarismustheorie nach 1945 und nach 1989 zeigt. Erst mit Verzögerung pflegt hingegen der *demos* hinter dem *daimon* hervorzutreten, wenden Fach und Öffentlichkeit sich offener der sozialen Akzeptanz nicht-demokratisch verfaßter Systeme zu und dem zu kumulativer Radikalisierung oder allmählicher Erstarrung diktatorischer Herrschaft führenden Wechselspiel von Staat und Gesellschaft.

Manches spricht dafür, daß sich eine solche Trendwende in der gegenwärtigen Diktaturforschung gerade zu vollziehen begonnen hat. Wie in der bundesdeutschen NS-Forschung seit den siebziger Jahren, so tritt jedenfalls auch in der Stalinismus- und Kommunismusforschung in jüngerer Zeit immer stärker die Frage nach der inneren Bindungskraft staatssozialistischer Systeme in den Vordergrund, und es wurden verschiedene Ansätze entwickelt, um das Zusammenspiel von gesellschaftlicher Loyalität und Distanz in kommunistischen Regimen ebenso zu erfassen wie deren proklamierten, inszenierten und eben in Grenzen auch akzeptierten Anspruch auf Massenpartizipation und ihr bis zum Untergang nicht aufgegebenes Ideal einer Identität zwischen den Volksmassen und der Parteiführung.

Zwei dieser Erklärungsangebote, die sich mit den Begriffen „Fürsorgediktatur“ (Konrad H. Jarausch) und „Konsensdiktatur“ bzw. „Herrschaftsdiskurs“ (Martin Sabrow) verbinden, veranlaßten den Zeithistoriker Jie-Hyun Lim vom *Institute of Humanities* an der Hanyang-Universität Seoul, zusammen mit dem ZZF und weiteren Partnerinstitutionen in Moskau, Glamorgan, Krakau und Tokio ein vergleichendes Projekt über das Verhältnis von Zwang und Konsens in politischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu initiieren, dessen programmatische Grundlage Lim in einer Projektsynopsis folgendermaßen umrissen hat:

„It bases on the assumption that 20th century dictatorship is based on the appropriation of historical modernity, which casts doubts on the Cold War paradigms to see fascism and modernism as intrinsically antithetical. The para-

digm of mass dictatorship regards modernity in a double sense as its necessary condition. If the modernization of the state apparatus is one point, the advent of mass on the historical scene is the other.

In fact modern dictatorship appeared on the historical scene when a classic Buergetum of property and education was replaced by the mass at the turn of the 20th century. With bureaucratization and modernization of the modern state system, universal suffrage, compulsory education, universal conscription and social welfare policies had been introduced in tune with the mass society. The growth of urbanization and the organization of labor movement accelerated the advent of the masses. Once mass appeared on the scene, the voices of the ordinary people can no longer be silenced and disregarded by any regime of either democrats or dictators. Rather social engineering of the modern state system needs the enthusiasm and voluntary will of the masses to recruit and mobilize them to the nation-state project.

As shown by the experience of the total war system during the two World Wars, the voluntary mobilization and participation of the masses in the project of the modern state system became a barometer to gauge the power and efficiency of the nation-state. It is on this point that dictatorship from above transforms itself into dictatorship from below. The term 'mass dictatorship' of this project is deployed in order to capture the mechanism of the masses' voluntary mobilization and participation in the nation-state project initiated by the authority, which differentiates modern dictatorship for its instrumental rationality from pre-modern despotism for its irrational arbitrariness. Without a broad mass support the social engineering of the modern dictatorship would cost too much, and it would result in a system failure or its ineffectiveness at least.

Committed to the history from below, this project will focus on the hegemonic effect of ruling discourse and voluntary mobilization system on which mass dictatorship has stood. The one-sided emphasis of the domination aspect by coercion would lead us to a monotonous image of the modern dictatorship. It is just a simple reductionism that reduces the historical complexity of the mass dictatorship to the one-dimensional coercion and oppression, ignoring ruling hegemony penetrated deeply into the domain of the civil society. It pairs with a moralist dualism of vicious and sinister oppressing authority and innocent and helpless oppressed people. Both totalitarianism paradigm and Marxist paradigm in the Cold War era shared this comforting moralist saga of fascism, Nazism, Stalinism and the likes in common."

Diese Überlegungen standen im Mittelpunkt einer Auftaktkonferenz, die vom 24. bis 26. Oktober 2003 in Seoul stattfand und in drei Sektionen westeuropäische Rechts-Diktaturen (*Michael Wildt*, Hamburg, über die nationalsozialistische Volksgemeinschaft, *Yong-Woo Kim*, Seoul, über Faschismus in Italien; *Young-Jo Hwangbo*, Seoul, über Francoismus in Spanien, *Mizuno Hiroko*, Osaka, über Österreich sowie *Stefan Berger*, Glamorgan, über das Total-War-System in Deutschland im Vergleich zu England) mit osteuropäischen Links-Diktaturen

(*Alexandr Golubew*, Moskau, über Stalinismus; *Volodymyr Kravchenko*, Kharviv, über die Ukraine, *Katarzyna Sobolewska*, Krakau, über Polen, *Shinohara Taku*, Tokio, über die ČSSR sowie *Martin Sabrow*, Potsdam/Berlin, über die DDR) und asiatischen Fallbeispielen (*Nakani Toshio*, Tokio, über das Total War System in Japan sowie *Byung-Ju Hwang*, Seoul, und *Nam-Hee Lee*, Los Angeles, über Südkorea) in Beziehung zu setzen versuchte.

Wie bei einem so weitgestreckten Vergleichsanspruch nicht verwunderlich, mußte sich die Konferenz im wesentlichen mit der Erörterung der einzelnen Fallbeispiele begnügen; komparatistische Linien konnten nur begrenzt gezogen werden. Immerhin zeigte sich aber, daß ein auf Massenmobilisierung und Massenpartizipation gerichteter Interpretationsansatz nur dann erkenntnisaufschließend sein kann, wenn er auf sich auf plebiszitäre Regime im engeren Sinne konzentriert und autoritäre Herrschaftsformen wie die Francos in Spanien zwischen 1938 und 1975 oder die Entwicklungsdiktatur von Park-Chung-Hee in Südkorea zwischen 1961 und 1979 ebenso grundsätzlich ausklammert wie die politisch-kulturellen Verschiebungen in Großbritannien und Japan unter den Bedingungen der sozialen und volkswirtschaftlichen Ressourcenmobilisierung im Krieg.

Aber auch bei einem auf Faschismus und Nationalsozialismus einerseits, auf Stalinismus und Realsozialismus andererseits fokussierten Untersuchungsfeld blieb die heuristische Kraft des im Zentrum der Konferenz stehenden Konsensbegriffs strittig. *Wildt* arbeitete heraus, in welchem Maße Inklusion und Exklusion einander bedingten und die Attraktivität der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie sich gerade aus ihrer Ausgrenzungskraft und damit der Fähigkeit zur Definition von Konsensgrenzen speiste. Stand hier wie auch im italienischen Faschismus zumindest bis in die ersten Kriegsjahre hinein eine – allerdings erheblichen Schwankungen ausgesetzte – außerordentliche gesellschaftliche Zustimmungsbereitschaft im Vordergrund, so dominierte in den stalinistischen Gesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas ein proklamierter Konsenszwang und Homogenisierungsdruck, hinter dem sich eine zeitlich ebenfalls zu differenzierende, aber grundlegend höhere Regimedistanz verbarg. Um die Rahmenfrage nach Charakter und Funktionsweise moderner Massendiktaturen dennoch für beide Regimeformen offenzuhalten, schlug *Sabrow* eine Aufspaltung des Leitbegriffs in „consensus“ und „consent“ vor, um das individuelle, zeitlichen Wandel unterworfenen Einverständnis („consensus“) der Regierten zu unterscheiden von der oktroyierten oder als Normalität erlebten Hegemonie einer verbindlichen Konsensordnung („consent“), deren Geltungsanspruch als Ziel- und Offizialkultur sich von dem tatsächlichen Maß an gesellschaftlichem Konsens mit der herrschenden Staatsführung weitgehend unabhängig machte. Inwieweit eine solche Doppelbestimmung und darüber hinaus die besonders von *Jaraus* angemahnte Verknüpfung von Konsens und Gewalt als wechselseitiges Bedingungsgefüge dazu beitragen könne, den Charakter plebiszitärer Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu erhellen, wurde von den Konferenzteilnehmern allerdings bis zum Ende kontrovers beurteilt, nachdem vor allem *Berger* sich dagegen gewandt hatte, die große Bandbreite an diktatorspezifischer Regimeloyalität

zwischen Konformität und Enthusiasmus zu stark zu verengen. Immerhin stimulierte eben dies dazu, eine geplante Folgetagung im Herbst 2004 abermals in Seoul und wiederum in vergleichender Perspektive unter die Frage nach den Mechanismen von politischer Konsensbildung und gesellschaftlicher Konsensbereitschaft zu stellen.

ANNE APPLEBAUM: DER GULAG.
Aus dem Englischen von Frank Wolf, Siedler: Berlin 2003, 732 S.

Albrecht Wiesener

Die russische Dichterin Anna Achmatowa schrieb einmal, ganz Rußland sei in zwei Hälften geteilt: in jene, die verhaften und in jene, die verhaftet werden. Sicher: Auch Achmatowa wußte um die große Mehrheit derjenigen in ihrem Land, die zu keiner der beiden Gruppen dazugehörte: „Ein Rußland, das sich aufs Überleben konzentrierte, sich keine Gedanken über die Ursache der Ereignisse machte, den Kopf so tief gesenkt hielt, daß es kaum zu sehen war.“¹ Trotzdem wird man ihr zugestehen, mit dieser Beschreibung die grundlegende Frage angesprochen zu haben, die Historiker und Sozialwissenschaftler, Politiker und Zeitzeugen in ihrer Beschäftigung mit der Geschichte der Sowjetunion bis heute umtreibt. Wie konnte eine Gesellschaft über siebzig Jahre funktionieren, die in hohem Maße auf der Angst ihrer Individuen vor Repressalien und physischer Vernichtung beruhte?

Es ist ein Verdienst der neueren und vor allem kulturgeschichtlich vorgetragenen Forschung zur sowjetischen Geschichte, daß wir mittlerweile über grundlegende und auf breitem Quellenmaterial basierende Kenntnisse der sowjetischen Gesellschaft der zwanziger und dreißiger Jahre verfügen. Dieses Wissen erlaubt es, Terror und Massenverhaftungen der späten dreißiger Jahre nicht mehr als Ausnahmereignisse zu beschreiben, sondern vielmehr den Gewaltcharakter des Regimes von Anfang an hervorzuheben. Die sowjetische Gesellschaft dieser Jahrzehnte war hochgradig mobil in sozialer, kultureller und geographischer Hinsicht. Sie war aber auch eine Gesellschaft, in der Gewalt stets präsent war und ein einzelnes Menschenleben nur wenig Bedeutung hatte. Dies zeigte sich nirgendwo deutlicher als in der schrittweisen Etablierung eines ganzen Komplexes von Arbeits- und Straflagern, in denen politische Gegner und Vertreter nationaler Minderheiten, sogenannte „Volksfeinde“ und „gewöhnliche“ Kriminelle über Jahrzehnte hinweg Sklavenarbeit für den Aufbau des Kommunismus ableisteten. Nahezu 30 Millionen Menschen durchliefen dieses weite Netz von Arbeits- und Straflagern, von Verbannungsorten und Speziallaboratorien in den entlegenen Gebieten der Sowjetunion seit Beginn der zwanziger Jahre; mehrere Millionen starben, bis die Lager am Ende der achtziger Jahre unter Gorbatschow endgültig aufgelöst wurden.

Über dieses Lagersystem, das spätestens seit den Veröffentlichungen von Alexander Solschenizyn auch im Westen unter der Bezeichnung Gulag (*Glaw-noje Uprawlenije Lagerei*) bekannt ist, liegt nun die erste umfangreiche Mono-

¹ Zit. nach Irina Scherbakowa: Von Mythen und Tatsachen. Eine neue Generation fragt nach. In: Dies. (Hrsg.): Russlands Gedächtnis. Jugendliche entdecken vergessene Lebensgeschichten. Mit einem Vorwort von Fritz Pleitgen. Hamburg 2003, S. 15–28, hier S. 23.

graphie vor. Anne Applebaum, Kolumnistin der Washington Post, hat mehrere Jahre ihres Lebens darauf verwandt, eine möglichst vollständige Geschichte dieses Lagersystems und seiner Insassen über die mehr als sechzig Jahre seines Bestehens zu schreiben. Herausgekommen ist dabei ein Buch mit mehr als sechshundert Seiten, das beeindruckt. Nicht nur, weil Applebaum auf einer breiten und kritisch diskutierten Quellenbasis unzählige Einzelaspekte des Lagerlebens darstellt, wobei sie verständlicherweise häufig auf Erinnerungsberichte und Memoiren von Überlebenden der Lager zurückgreift. Beeindruckend ist auch und vor allem, daß es ihr gelungen ist, ein Buch über einen derartig schwierigen Gegenstand zu schreiben, das sich gut liest.

Es erweist sich dabei im nachhinein als überaus sinnvoll, daß Applebaum das Buch in drei große Abschnitte unterteilt hat. Zwei längere Kapitel am Anfang und Ende des Buches dienen ihr dazu, die Geschichte des sowjetischen Straflagersystems von seinen Anfängen unter den Bolschewiki bis zu Gorbatschow darzustellen. Den Hauptteil ihres Buches bildet die Darstellung der unterschiedlichen Aspekte des Lebens und der Arbeit im Lager, wobei sie stets versucht ist, die Genese von bestimmten Aspekten des Lagerlebens zurückzuverfolgen. Applebaum stützt sich in ihrer Rekonstruktion dieser Lebenswelt vor allem auf Quellen aus den dreißiger und vierziger Jahren. Neben den erwähnten Memoiren der Überlebenden und Akten aus den lokalen Archiven waren für sie dabei vor allem die geheimen Berichte von Belang, die die Lagerverwaltungen seit Bestehen der Lager an die politische Exekutive nach Moskau sandten und die dort zu Statistiken und Expertisen aggregiert wurden. Mit Bedacht genutzt, so Applebaum in ihrer Einleitung, konnten sie Aufschluß über Seiten des Lagerlebens geben, die durch die Erinnerungsliteratur nicht oder nur unvollständig behandelt wurden: „Vor allem helfen sie zu erklären, warum die Lager überhaupt errichtet wurden, oder zumindest, was sich das stalinistische Regime von ihnen erhoffte.“ (20)

Applebaum will ihr Buch keineswegs als Versuch verstanden wissen, anhand des Lagersystems die „Quintessenz des Sowjetsystems“ zu beschreiben. So überraschend wenig sich häufig der von Entbehrungen und tödlicher Bedrohung geprägte Alltag in den Lagern von der Lebenswirklichkeit „freier Sowjetbürger“ insbesondere während der Kriegszeit unterschied, auch ein gradueller Unterschied bleibt ein Unterschied und verbietet letztlich die Gleichsetzung dieser Lebenswirklichkeiten und Repressionsordnungen ebenso wie einen auf die Nivellierung der Unterschiede ausgelegten Vergleich des sowjetischen Lagersystems mit den Vernichtungsfabriken der Nationalsozialisten, wie Applebaum in der Einleitung klar hervorhebt (38). Viel gewinnbringender erweist sich der Versuch, die Entstehung und Entwicklung des Lagersystems historisch zu verorten. Der Gulag fiel auch in der Sowjetunion nicht vom Himmel, sondern ist in seiner Genese untrennbar mit der russischen und europäischen Geschichte verbunden. Die Verschickung von Gefangenen in ferne Gegenden, wo sie ihre Schuld an der Gesellschaft sühnen, sich nützlich machen können und andere nicht mit ihren Ideen oder Verbrechen anstecken, ist so alt wie die menschliche

Zivilisation, so Applebaum (25). Die zunehmende Ökonomisierung des Strafgefangenen, seine Einbindung in gesellschaftliche Reproduktionsprozesse, ist dagegen ein Phänomen des 19. und 20. Jahrhunderts, und gerade darin scheint ein wesentliches Merkmal für die Geschichte des Gulag verborgen zu liegen. In zunehmendem Maße, so Applebaum, emanzipierte sich die sowjetische Lagerpraxis vom Aspekt der bloßen Internierung politischer Gegner und anderer devianter Individuen und trat das Moment der gesellschaftlich nützlichen Arbeit hinzu. Diese Entwicklung ist eng verbunden mit den ersten Lagern auf den Solowezki-Inseln im Weißen Meer und der Person Naftali Frenkel, einem ehemaligen Häftling, der sich durch seine Skrupellosigkeit und zahlreiche Rationalisierungsvorschläge bis an die Spitze dieses Lagerkomplexes im äußersten Norden der Sowjetunion hochdiente (43–78). Aber erst der auf Stalins Geheiß in einem brachialen Tempo vorangetriebene Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals sollte dieser Veränderung auch ihren sichtbaren Ausdruck verleihen (97–109). Dieser ökonomisch völlig widersinnige Bau reihte sich in die Phase der Großprojekte der Stalinzeit ein, mit der Besonderheit, daß für dieses Projekt Zehntausende von Häftlingen mit bloßen Händen schufteten mußten und viele mit dieser Arbeit in den Tod getrieben wurden. Die schrittweise Erhöhung der Normen und Arbeitszeiten in den Lagern seit Beginn der dreißiger Jahre tat ein übriges dazu, die Ausbeutung der Häftlinge und die Todesraten zu Kriegsbeginn in unvorstellbare Dimensionen zu befördern (220).

Anne Applebaum schildert auch das besondere Kapitel der „Erschließung des Hohen Nordens“ durch Expeditionen, die sich auf die Suche nach Bodenschätzen und Siedlungsgebieten begaben und größtenteils aus Häftlingen bestanden, als einen Prozeß der Umwidmung von Häftlingsarbeit für die wirtschaftlichen Zwecke des Staates. So entstanden nach und nach die bekannten Lagerkomplexe in Workutlag, Retschlag und Dalstroi, die wichtige Bodenschätze förderten und sich in zunehmendem Maße zu eigenen Wirtschaftsunternehmen entwickelten (122). Daß sich bei dieser Erschließung des sibirischen Ostens selbst die Strafgefangenen als Pioniere der Zivilisation in diesem kargen Landstrich fühlen konnten, zeigt das Beispiel der Erinnerungen von Jewgenia Ginsburg. Nach sieben Jahren in abgelegenen Lagern kehrte sie 1947 nach Magadan, dem Zentrum von Dalstroi, zurück und fühlte „einen völlig blödsinnigen Stolz. Wie ist unser Magadan, seit ich es vor sieben Jahren zuletzt sah, doch gewachsen und schöner geworden! Kaum wiederzuerkennen. Ich bewundere jede Laterne, jedes Fleckchen Asphalt.“(127)

Die Geschichte der sowjetischen Arbeits- und Straflager ist untrennbar verbunden mit der Kategorie des Feindes. Der noch von Lenin zu Beginn der zwanziger Jahre betriebenen Kategorisierung der potentiellen Gegner des Sowjetstaates als „Klassenfeinde“ folgte ein Jahrzehnt später der „Volksfeind“. Beides waren in politischer, juristischer und sozialer Hinsicht höchst ungenaue Kategorien. Um so mächtiger, so Applebaum, war daher die Wirkung dieser Feindbilder im Alltag der sowjetischen Gesellschaft dieser Jahre (45). So entscheidend auch die Trennung zwischen politischer und krimineller Straftat für den Häftlingssta-

tus im Lager später sein sollte, bei der Bewertung der Übertretung gesellschaftlicher Regeln verschwammen die Kategorien ständig. So konnte das Stehlen eines Apfels auf dem Markt mit der gleichen Strafe belegt werden wie die schwere Körperverletzung, allerdings mit dem für das Überleben wesentlichen Unterschied, daß letztere Straftat dem Häftling im Lager den Vorteil einbrachte, sich zu den weitaus bessergestellten gewöhnlichen Kriminellen zählen zu dürfen. Diesen Nexus zwischen willkürlicher Internierungspraxis und dem hochgradig durch informelle Arrangements organisierten Alltag im Lager beschreibt Applebaum eindrücklich anhand der Häftlingshierarchien und der damit einhergehenden Versorgungspraxis im Lager (269–82). Die Verhaftungswellen der späten dreißiger Jahre, vor allem aber die Deportationen der unmittelbaren Nachkriegszeit, brachten diese etablierten Hierarchien zum ersten Mal ins Wanken. Hohe Parteifunktionäre, ehemalige NKWD-Offiziere und sogar Lagerchefs fanden sich nun ebenso unter den unterschiedlichen Häftlingsgruppen wie kampferprobte Sowjetsoldaten, Kriegsgefangene und Partisanen. Die symbolische und letztendlich physische Präsenz dieser Häftlingsgruppen vermochte es, den Einfluß der „gewöhnlichen Kriminellen“ entscheidend zurückzudrängen, wie Applebaum an mehreren Stellen der Darstellung verdeutlicht (287, 309–330, 489).

Der Krieg hatte unter den Lagerhäftlingen große Erwartungen auf eine Amnestie geweckt. Sie wurden bitter enttäuscht, denn nur eine Minderheit leistungsfähiger männlicher Häftlinge und Deportierter mit geringen „Vergehen“ trat den direkten Weg an die Front an (471). Für die restlichen Häftlinge, insbesondere die politischen Gefangenen, verschlechterten sich dagegen die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Lagern, was noch Mitte der fünfziger Jahre zu anhaltenden Streiks in einzelnen Lagern führte (437, 511–31). Auch das Kriegsende bedeutete nicht das erhoffte Ende der Lager. Zwar wurden über 700.000 Häftlinge in die Heimat entlassen und verbesserten sich die sozialen Bedingungen in den Lagern, aber zunehmend füllten sich diese erneut: mit Häftlingen, die man zum zweiten Mal verhaftete, aber auch mit Juden, denen Verschwörungen gegen Stalin vorgeworfen wurden (487, 497). Erst der Tod Stalins im März 1953 beendete diese Verhaftungsorgie, die der greise Diktator dem Land auferlegt hatte und in der die Kategorie des Feindes erneut bis zur Unkenntlichkeit verschwamm.

In den letzten Kapiteln des Buches diskutiert Applebaum zwei Aspekte der Geschichte und Bedeutung des sowjetischen Lagersystems noch einmal ausführlich. Zum einen beschreibt sie anhand zahlreicher Beispiele, wie die Lager nach Stalins Tod den neuen Gegebenheiten angepaßt wurden und zum ersten Mal versucht wurde, den wirtschaftlich unrentablen Lagerkomplex in ein gewöhnliches System von Strafanstalten zu überführen (501–508). Monatlang fochten der Innenminister und der KGB-Chef im Jahre 1956 um die richtige Linie, bis die von Chruschtschow initiierten Massenentlassungen das Schicksal des Lagersystems entschieden (537). Allerdings nicht ganz, denn zwei „politische“ Lagerkomplexe blieben bestehen und füllten sich in der Breschnew-Zeit erneut. Diese neue Generation der politischen Gefangenen wird unter der Bezeichnung Dissi-

dentem gefaßt. Sie waren jünger und seit dem Ende des Tauwetters in politische, religiöse oder literarische Gegnerschaft zum Sowjetsystem geraten, unter ihnen bekannte Kinder von „Volksfeinden“ wie Roy Medwedjew und Anton Antonow-Owsejenko. Im Gegensatz zu den politischen Gefangenen der dreißiger Jahre wußte diese neue Generation von Gefangenen, warum sie in Haft saß. Sie machten nur noch ein Prozent der sowjetischen Strafgefangenen aus und vermochten es dennoch dank ausgezeichneter Kontakte, die internationale Öffentlichkeit nachhaltig auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen (564).

Applebaums Verdienst besteht nicht nur darin, die Geschichte des sowjetischen Straflagersystems in all ihren unterschiedlichen und häufig kaum erträglichen Aspekten dargestellt zu haben. Sie fragt am Ende auch nach den Auswirkungen dieser Geschichte von Leid und Unterdrückung auf die mentale Verfassung der sowjetischen und post-sowjetischen Gesellschaft. Schon in ihrer Beschreibung der massenhaften Rückkehr der Häftlinge in den fünfziger Jahren (542–53) wird das Ausmaß an Leid deutlich, daß die Zurückgekehrten zu Hause erwartete. Die andauernden und häufig aussichtslosen Kämpfe um die eigene Rehabilitation waren dabei nur der öffentliche Ausdruck für die verzweifelte Suche nach dem verlorenen Leben in der Normalität. Applebaum versucht aber auch, Gründe dafür aufzuzeigen, warum selbst nach dem Ende der Sowjetunion in den neunziger Jahren nur begrenzte Auseinandersetzungen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit Rußlands wahrzunehmen sind. Resultiert die öffentliche Gleichgültigkeit großer Teile der Bevölkerung gegenüber den Verbrechen der Vergangenheit vor allem aus dem Umstand, daß die schwierige wirtschaftliche und politische Situation im heutigen Rußland eine Auseinandersetzung mit dieser Geschichte kaum zuläßt, so scheint sich die moralische Ökonomie dieser Auseinandersetzung in den Familien nach eigenen Regeln zu gestalten. Die Enkelin einer sowjetischen Zensorin und Geheimdienstmitarbeiterin schildert die Gründe dafür, warum ihre Generation nicht den Stab über die Generation der Großeltern brach: „Wir haben sie nicht entlarvt und nicht gerichtet [...], denn schon mit solchen Fragen riskiert jeder von uns, jemanden zu verraten, den er liebt.“ (602)

AFRIKAWISSENSCHAFTEN IN DER DDR
Helmuth Stoecker: Socialism with Deficits. An Academic Life
in the German Democratic Republic,
Münster/Hamburg/London: LIT-Verlag 2000, 120 S., und:
Ulrich van der Heyden: Die Afrikawissenschaften der DDR.
Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel.
Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung,
Münster/Hamburg/London: LIT-Verlag 2000, 622 S.

Mario Keßler

In der DDR gab es eine recht umfangreiche Forschung über Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur Afrikas, gehörten doch afrikanische Länder zu den ersten außerhalb des Sowjetblocks, die den von der Bundesrepublik betriebenen diplomatischen Boykott des zweiten deutschen Staates durchbrachen. Helmut Stoecker (1920–1994) baute die historische Afrikaforschung in der DDR mit auf, wobei er sich, wie viele seiner Generation, auf „externe“ Faktoren konzentrierte: auf die Kolonialgeschichte, speziell die politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsmechanismen des deutschen Kolonialismus in Kamerun und später auch des Apartheid-Regimes in Südafrika.

Stoecker, dessen kurzgefaßte Autobiographie hier vorliegt, emigrierte als Sohn des im KZ Buchenwald ermordeten KPD-Politikers Walter Stoecker 1939 nach England, dem Geburtsland seines Großvaters, wo er Geschichte studierte, und kehrte 1947 nach Deutschland zurück. Er setzte sein Geschichtsstudium in Leipzig fort, wobei ihn, so Stoecker, besonders Albert Schreiner, Walter Markov, und später in Berlin Alfred Meusel beeinflussten. Nach seinem Studium arbeitete Stoecker eine Zeitlang beim Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) in Berlin und wurde dann Assistent an der Humboldt-Universität. 1956 wurde er mit einer Arbeit über „Deutschland und China im 19. Jahrhundert. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus“ (Buchausgabe 1958) promoviert.

Politisch schloß sich Stoecker sofort nach seiner Rückkehr aus England der SED an. Er schildert die politischen Diskussionen innerhalb der zunächst kleinen SED-Studentengruppen in Leipzig und Berlin, doch auch im Rückblick nimmt er das Ausmaß der Stalinisierung von Partei und Gesellschaft nicht voll wahr: Den 17. Juni 1953 erlebte Stoecker in Berlin ratlos; auch in der Niederschrift des Buches fällt ihm die Charakterisierung der Revolte als Arbeiteraufstand schwer. Er räumt ein, lange geglaubt zu haben, ehemalige Parteigänger der Nazis hätten die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung systematisch geschürt. Er macht in seiner Schilderung nicht deutlich, ob er – und wenn ja: wie lange – den 17. Juni, gleich der offiziellen Lesart, als „faschistischen Putsch“ ansah oder ob er zumindest ansatzweise in der diktatorischen Politik Ulbrichts einen Grund für die Erhebung sah. Er schreibt lediglich, Ulbrichts Politik habe ihm damals Unbehagen bereitet. Den ungarischen Aufstand von 1956 bezeichnet Stoecker als „Konterre-

volution“ (S. 52); der „Prager Frühling“ und sein gewaltsames Ende, die 1968 am Historischen Institut der Humboldt-Universität durchaus kontrovers diskutiert wurden und Stoeckers Kollegen Friedrich Katz zum Verlassen der DDR animierten, verunsicherten Stoecker selbst, doch er äußerte keinen lauten Widerspruch. Als einen Grund für sein Festhalten an der DDR nannte er die Präsenz ehemaliger Nazis auf allen Ebenen der westdeutschen Gesellschaft. Doch findet sich kein Wort darüber, daß auch der Wissenschaftsbetrieb der DDR von ehemaligen Nationalsozialisten mitgeprägt wurde.

Als wichtige Einflüsse auf seine wissenschaftliche Arbeit nennt Stoecker kritische Kommunisten wie Meusel oder den sowjetischen Historiker A. S. Jerussalimski, die ihn bewogen hätten, den gängigen Schlagworten zu Imperialismus und Kolonialpolitik zu mißtrauen und sich statt dessen um quellengestützte Forschungen zur Rolle europäischer Mächte in Afrika zu bemühen. Hierzu zählten die beiden von ihm herausgegebenen Bände „Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft“ (1960 und 1968), der Sammelband „Drang nach Afrika“ (1977) und das vielbenutzte „Handbuch der Verträge 1871–1964“ (1968).

1969 wechselte Stoecker innerhalb der Universität von der Sektion Geschichte in die Sektion Asienwissenschaften, wo der Bereich Afrika angesiedelt war. Dort war er am Aufbau eines interdisziplinären Studienganges beteiligt. Stoecker nutzt seine Memoiren zu einer nachholenden Kritik an der damals rivalisierenden Leipziger Sektion Afrika/Nahostwissenschaften. Kaum einer der Leipziger Professoren wäre in Berlin berufen worden, meint Stoecker.

Eine Analyse der Gründe für den Kollaps des sowjetischen Modells unternimmt Stoecker nur in Ansätzen. „In den siebziger Jahren traten die sozialistischen Wertmaßstäbe, die unser Leben so eindeutig von dem der Menschen im Westen unterschieden hatten, zurück“, schreibt er (S. 114). Warum nach vierzig Jahren vorgeblich „sozialistischer Erziehung“ die DDR-Bürger „ihrem“ Staat den Laufpaß gaben, warum auch ein sozialistisches Geschichtsbewußtsein ebensowenig Wurzeln geschlagen hatte wie ein populäres Interesse an der Kultur und Geschichte Afrikas, darüber erfährt man aus Stoeckers Buch leider nichts.

Diese Fragen stehen im Zentrum der kritischen Bilanz einer weiteren Arbeit zu den Afrikawissenschaften in der DDR, nämlich Ulrich van der Heydens Geschichte dieses Fachbereiches. Der Autor, ein Schüler Helmuth Stoeckers, vermittelt ein umfassendes Bild des Aufbaus, der Struktur und der Publikationsorgane dieser Wissenschaftsdisziplin vom Ende der vierziger bis zum Ende der achtziger Jahre und darüber hinaus. Van der Heyden zeichnet v. a. die Entwicklung der Afrikaforschung an den drei Zentren – der Leipziger und der Berliner Universität sowie der Akademie der Wissenschaften – nach. „Wirkungsfelder und Grenzen der Afrikawissenschaften der DDR“, so eine Kapitelüberschrift, ergaben sich aus dem eng gefaßten Zusammenhang von Politik und Wissenschaft.

Wie andere Forschungsbereiche, stand auch die Afrikanistik zunächst im Spannungsfeld von notwendiger Professionalisierung und parteiamtlich geforderter „Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft“. Der in den

fünfziger Jahren an der Humboldt-Universität lehrende Ernst Dammann steht für diese Problematik. Die DDR umwarb den international ausgewiesenen Spezialisten für Bantusprachen und bot ihm – in Kenntnis seiner „braunen“ Vergangenheit – einen Lehrstuhl, versuchte jedoch, ihn auch einzuengen. Dammann, der in Berlin eine Reihe von Schülern ausgebildet hatte, die die afrikabezogene Sprachwissenschaft in der DDR jahrzehntelang prägen sollten, ging schließlich in den Westen. Doch auch in der Bundesrepublik war er mit dem politischen System unzufrieden: Als Monarchist verwarf er die parlamentarische Demokratie (vgl. S. 223).

Die DDR-Afrikanistik grenzte sich streng von ihrem westdeutschen Komplement ab. Dies war, zumindest nach innen, relativ leicht zu rechtfertigen, solange in der Bundesrepublik ehemalige Nazis wie Warhold Drascher tonangebend blieben. Am Ende der sechziger Jahre gab es jedoch, wie auch in anderen Sozial- und Kulturwissenschaften, im Westen einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel. Nunmehr erschienen hier Arbeiten, die, teilweise an die DDR-Forschung anknüpfend, die imperialistische Kolonialpolitik und neokoloniale Vorstellungen einer scharfen Kritik unterzogen und sich auch marxistischer Argumentation öffneten und die eine differenziertere Auseinandersetzung erforderten.

Wie in anderen Fachdisziplinen in der DDR, reichte auch in der afrikabezogenen Forschung die Spannweite von subtiler, die Qualitäten auch des Kontrahenten ernstnehmender Argumentation bis zur platten Polemik. Wie in der Osteuropaforschung und in der Revolutionsgeschichte, war es auch hier Walter Markov, der in Inhalt und Stil Qualitätsstandards setzte. Der Leipziger Neuzeithistoriker Markov, 1962 Gastprofessor im nigerianischen Nsukka, regte ein großangelegtes Programm zur vergleichenden Kolonialgeschichte an, das in Leipzig eine akademische Heimstatt fand. Zwar waren es vor allem Lateinamerika- und Nahosthistoriker, die Markovs methodische Anregungen in empirische Forschungsleistungen umsetzten, doch erschienen in den fünfziger und sechziger Jahren eine Reihe sozialgeschichtlicher Studien, die anhand der Potsdamer und Merseburger Quellenbestände die deutsche Kolonialpolitik vor 1914 untersuchten. Diese von Markov inspirierten Studien fanden jedoch seit dem Ende der sechziger Jahre keine Fortsetzung.

Warum dies so war, darauf gibt van der Heyden eher eine indirekte Antwort, indem er penibel die Produkte der Afrikahistoriker analysiert, die danach entstanden sind. In diesen wurden in geradezu absurder Häufigkeit die Veröffentlichungen der sogenannten „Forschung zur national-demokratischen Revolution“, die in der Sowjetunion damals im Schwange war, zitiert. Van der Heyden arbeitet die intellektuell dürftigen, oft blamablen Ergebnisse dieser pseudomarxistischen Agitationsliteratur heraus, nach der den afrikanischen Militärregimes eine progressive „historische Mission“ zugewiesen wurde, sofern sie sich an die Sowjetunion anlehnten. Wenn die gleichen Machthaber, etwa Mohammed Siad Barré in Somalia, ins Lager des Westens hinüberschwenkten, wandelten sie sich von „national progressiven Militärs“ zu Schurken. Nicht ohne ironische Untertöne schildert van der Heyden, wie einige Repräsentanten der marxistisch-lenini-

stischen Afrikaforschung der DDR 1989 ihr bisheriges Gerede vergessen machen wollten und Anschluß an konservative Forscher im Westen suchten. (Einer von ihnen wurde zur tragischen Figur, nachdem er seine einst gehegte Legende als Flüchtling vor dem „Adenauer-Regime“ durch eine neue Geschichte ersetzte, nämlich einem Bekenntnis zum heimlich gehegten Widerstand in der DDR).

Van der Heyden beurteilt die Ergebnisse der DDR-Afrikawissenschaft als sehr unterschiedlich. In einigen Bereichen wie der Linguistik und Ethnographie seien wichtige Arbeiten entstanden. Auch Historiker oder Soziologen beiderlei Geschlechts wie Thea Büttner, Gerda Weinberger, Peter Sebald, Jürgen Herzog oder Jürgen Kunze legten gehaltvolle Ergebnisse ihrer Forschung vor, die den internationalen Vergleich nicht zu scheuen bräuchten. Daneben sei eine Agitations- und Propagandaliteratur entstanden, die auch unter ernsthaften Wissenschaftlern in der DDR oder in Afrika kaum Beachtung gefunden habe.

Kritisch resümiert van der Heyden die Abwicklung des Fachbereiches nach 1989, die weit über einen notwendigen Umbau hinausgegangen sei. Er zeigt, wie die Wege zur Promotion oder Habilitation oft auch Forscherinnen und Forschern verbaut wurden, die in der DDR ein kritisches Denken und Schreiben riskiert hatten. Zum Teil mochte, so der Autor, ein westliches „Überlegenheitsgefühl, als Sieger aus dem Kalten Krieg hervorgegangen zu sein, eine gewisse Rolle gespielt haben“, zum Teil seien die Sparmaßnahmen verantwortlich, die den Wissenschaftsbetrieb auch in den alten Bundesländern immer stärker in Mitleidenschaft zögen (S. 450). Für die Afrikawissenschaften in den neuen Bundesländern kommt er zu dem Urteil, daß sie an Multi- und Interdisziplinarität gegenüber der Zeit vor 1989 verloren haben. In der DDR hätten die Studierenden in Leipzig „immerhin wie an keiner anderen deutschen Universität eine regionalwissenschaftliche Komplexausbildung [erhalten], die auch eine eingehende Fremdsprachenausbildung einschloß. Entledigt der früheren ideologischen Indoktrinierung, hätte Leipzig durch das vorhandene Knowhow über eine fachwissenschaftliche Ausbildung in der Afrikanistik verfügt, wie sie an kaum einer anderen Universität der Welt zu finden gewesen wäre“, schreibt van der Heyden. Manche Kollegen aus den alten Bundesländern hätten dies ähnlich gesehen, sich aber mit ihrem Plädoyer für eine weitgehende Integration vor allem jüngerer DDR-Forscher in den neuen Wissenschaftsbetrieb nicht durchsetzen können. (S. 410f.) Der Abbruch vieler Projekte und Ideen habe, hier zitiert der Autor Hans Mommsen, auch im Osten Deutschlands dazu geführt, „daß wir eine rein deutsche Geschichtsschreibung betreiben und über den eigenen Tellerrand nicht hinausschauen“ (S. 450). Gewiß ist dieses Urteil Mommsens eine Übertreibung. Doch macht die Übertreibung auf eine tatsächlich beklemmende Situation aufmerksam.

**DAGMAR SCHITTLY, ZWISCHEN REGIE UND REGIME.
DIE FILMPOLITIK DER SED IM SPIEGEL DER DEFA-PRODUKTIONEN,
Ch. Links Verlag, Berlin 2002, 336 S.**

Thomas Lindenberger

Dagmar Schittlys aus einer politikwissenschaftlichen Promotion hervorgegangener Überblick über die Filmpolitik der SED ist nach folgendem Prinzip aufgebaut: „In der Analyse [der Filme] werden der herrschenden politischen sowie der kulturpolitischen Situation der DDR die jeweils in dieser Phase entstandenen Spielfilmproduktionen der DEFA gegenübergestellt.“ Dementsprechend teilt sich jedes der durch die üblichen Zeitabschnitte der DDR-Geschichte definierten Kapitel in einen Teil zur allgemeinen SED-Politik, einen weiteren zu ihrer Kulturpolitik und schließlich einen zur Filmpolitik anhand ausgewählter Spielfilme. Zwar beansprucht die Autorin, sich dabei von Kracauers „materialer Ästhetik“ leiten zu lassen, doch davon bleibt in der Darstellung außer einem sehr reduzierten Widerspiegelungs-Konzept, für das man Kracauer nicht haftbar machen sollte, wenig übrig. Daß in einer politikwissenschaftlichen Arbeit zentrale Begriffe wie „Propaganda“, „Zensur“, „Rezeption“, ganz zu schweigen von „Kulturpolitik“ ungeklärt bleiben, ist einigermaßen erstaunlich. Die exemplarisch untersuchten Filme entsprechen weitgehend dem mittlerweile konventionellen Kanon „typischer“ DEFA-Filme, und ihre nach dem simplen Strickmuster des Films als Widerspiegelung angelegte Analyse bietet keine neuen Einsichten. Einzig das aus der chronologischen Gliederung herausfallende Kapitel über die Rolle der Staatssicherheit stößt in detaillierte Beschreibungen der SED-Herrschaftstechniken im Kulturbereich vor, wobei allerdings auch hier Lücken in der Einbeziehung des jüngeren Forschungsstandes auffallen.

Nicht zuletzt deshalb eignet sich diese Gesamtdarstellung auch nur sehr bedingt als Arbeitsinstrument zum Nachschlagen und Weiterforschen. Besonders enttäuschend gerade für eine Veröffentlichung aus dem sonst für sein sorgfältiges Lektorat bekannten Ch. Links Verlag ist die Ausstattung: Es fehlt eine Filmographie, für die das Filmregister keinen Ersatz bietet, da auch im Text die üblichen Informationen (Regie, Buch, Hauptdarsteller etc.) meist nur unvollständig oder gar nicht genannt werden. Auch ein Verzeichnis der herangezogenen Archivbestände hätte man erwarten dürfen, zumal in den Fußnoten des öfteren unvollständige und veraltete Signaturen auftauchen. Kurzum: Ein Ärgernis.

**NEW GERMAN CRITIQUE, NR. 82, WINTER 2001, SPECIAL ISSUE ON:
EAST GERMAN FILM, TELOS PRESS, NEW YORK**

Dieses Sonderheft der führenden Germanisten-Zeitschrift in Nordamerika faßt Beiträge eines von der DEFA Film Library an der University of Massachusetts

im Oktober 1997 durchgeführten Seminars zusammen und kann als repräsentativ für den Forschungsstand zur DEFA-Geschichte im angelsächsischen Sprachraum betrachtet werden. Es hat einige Zeit gedauert, bis die amerikanischen *film studies* ihre Fixierung auf das Kino von Weimar und Nazi-Deutschland und vor allem das *New German Cinema* der Bundesrepublik ein Stück weit gelockert haben und nun auch das DEFA-Erbe als filmgeschichtliches Ereignis ernst nehmen. Dies geschieht dann allerdings auf hohem konzeptionellen Niveau, und um so erfreulicher ist es, daß es dabei zur Zusammenarbeit von (ost)deutschen und internationalen Experten kommt. Als Beispiel dafür kann der Beitrag von Thomas Elsaesser und Michael Wedel über das Filmschaffen von Konrad Wolf gelten: Darin unternehmen sie es, anhand einiger seiner wichtigsten Werke (*Lissy*, *Sterne*, *Der geteilte Himmel*, *Ich war neunzehn*, *Solo Sunny*) motivischen und ästhetischen Querverbindungen zwischen Wolf und der Avantgarde des internationalen Filmschaffens nachzugehen.

Von der „trivialen“ Seite der Filmgeschichte her, den Indianerfilmen, entwickelt Gerd Gemünden eine ähnliche Perspektive, indem er diese mit den westdeutschen Winnetou-Verfilmungen vergleicht und ihre Anpassung an die ideologischen Erfordernisse der DDR als Stilisierung einer neuen nationalen Identität (antifaschistisch, kollektivistisch, authentisch) herausarbeitet. Katie Trumpeners Beitrag über „Cinema as Palimpsest in GDR Fiction“ bewegt sich auf dem Grenzgebiet von Film- und Literaturwissenschaft: Anhand von autobiographischen und fiktiven Texten, vor allem der späten DDR-Literatur, geht sie der Frage nach, welche Rolle Erinnerungen an Filme und an das Kino in der literarischen Selbstthematization der DDR spielte und kommt zu dem Ergebnis, daß diese angesichts der in der DDR oktroyierten Widerstände gegen Psychoanalyse- und Moderne-Diskurse eine ähnliche diagnostische und geschichtsbildende Funktion hatten wie Traumanalyse, Bewußtseinsstrom und fragmentierte Erzählung in der westlichen literarischen Avantgarde. Irene Döllings Beitrag über die Konstruktion einer „sozialistischen Persönlichkeit“ unter Verwendung der „Weiblichkeit“ einer Arbeiterfrau in der *Legende von Paul und Paula* zeichnet sich gegenüber den anderen Beiträgen durch eine gründliche sozialhistorische Fundierung aus: Die Figur Paulas stellte demnach eine Wiederbelebung des klassischen, in der Industrialisierung entwickelten und gerade auch in der Arbeiterbewegung selbstverständlichen Stereotyps der ungelerten Fabrikarbeiterin dar, deren Unabhängigkeit und sexuelle Aktivität die Geschlechterordnung in Frage stellt, deren Zählung durch den Mann diesem aber den Weg zur persönlichen Weiterentwicklung weist – auf Kosten der Frau natürlich.

Jaimey Fisher weist anhand früher DEFA-Filme die zentrale Rolle des Generationskonfliktes in den sogenannten „Trümmerfilmen“ nach. Das beliebte Motiv der Wiederaufrichtung des geschlagenen, handlungsunfähigen Mannes bediente sich – wie er anhand von *Irgendwo in Berlin* und *Rotation* im Detail rekonstruiert – des „unpolitischen“ Dramas der Wiederherstellung von Normalität im Verhältnis von Kindern und Erwachsenen. Fishers Beitrag zeigt besonders eindrücklich die Stärken einer psychoanalytisch inspirierten Filmanalyse, allerdings

wäre hier die Rückbindung an den sozialhistorischen Kenntnisstand, wie sie Dölling exemplarisch vorführt, hilfreich gewesen. Barton Byg schließlich vergleicht das Langzeit-Dokumentarfilmprojekt *Die Kinder von Golzow* (seit 1961) mit anderen vergleichbaren internationalen Projekten, insbesondere der britischen Serie der *7-Up*-Filme (seit 1964) und arbeitet die ihnen trotz der unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen gemeinsame innere Spannung als Experimente kritisch-sozialwissenschaftlicher Dokumentation heraus, die unter der Hand statische, auf Kontinuität und Widerspruchsfreiheit angelegte Figuren konstruieren.

Aus der Perspektive einer an Film und Kino interessierten Zeitgeschichte bietet dieses Sonderheft reichhaltige Anregungen. Das betrifft zum einen die in der Analyse der verschiedenen Filme angewandten Lesarten und Interpretationen, zum anderen – und dies scheint mir noch wichtiger zu sein – den Anspruch, die von der DDR hinterlassenen Filme in der Geschichte des internationalen Films zu verorten, ja in sie einzuschreiben und sie damit vom Odium einer lediglich auf Propaganda und Regimetreue verpflichteten Ideologiebebilderung zu befreien.

ZZF-PUBLIKATIONEN

Das ZZF zielte in der zurückliegenden Forschungsphase mit vier Projektbereichen auf die Erforschung von Alltagserfahrung und Herrschaftspraxis in der DDR unter Berücksichtigung des deutschen und europäischen Systemkonflikts. Diese Thematik knüpft bewußt an den Widerspruch zwischen dem zu Recht betonten Diktaturcharakter des SED-Regimes und der in den persönlichen Erinnerungen als relativ „normal“ empfundenen Alltagswirklichkeit an. Den Historikern geht es dabei insbesondere darum, die zahlreichen Brechungen, Wechselwirkungen, Grauzonen und verschiedenen Intensitätsgrade von Herrschaft auszuloten, die das Leben unter der zweiten deutschen Diktatur ausmachten. In der Reihe „Zeithistorische Studien“, die im Böhlau Verlag (Köln-Weimar-Wien) erscheint, werden exemplarische Fallstudien dieser Forschungen präsentiert.

Bd. 16

Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.)
1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa
245 S., 24,50 €

Der Tod Stalins, der Kampf seiner Nachfolger sowie die Aufstände in der Tschechoslowakei und in der DDR markieren die dramatischen Eckpunkte des Krisenjahres 1953. Das Jahr schien aber auch neue Spielräume für die Satellitenstaaten der Sowjetunion zu versprechen und verstärkte dort wie im Westen Erwartungen auf ein Tauwetter im Kalten Krieg oder gar auf einen inneren Zerfall des sowjetischen Imperiums. Inwieweit war Moskau damals zu Zugeständnissen bereit? Hätte man möglicherweise sogar die DDR, das „ungeliebte Kind“ freigegeben? In welcher Weise reagierte der Westen auf die Schwäche des Sowjet-Imperiums? Hat er 1953 eine weitere Chance verpaßt? Antworten auf solche Fragen geben die Autoren dieses Sammelbandes.

Bd. 17

Michael Lemke
Einheit oder Sozialismus?
Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961
546 S., 51 €

Die politikgeschichtlich ausgerichtete Monographie von Michael Lemke untersucht die Deutschlandpolitik der SED im Kontext des Kalten Krieges. Der Autor stellt verschiedene Phasen der SED-Deutschlandpolitik, deren Merkmale und Inhalte sowie nationale Kurz- und Langzeitprogramme heraus. Er geht der Frage nach, warum und wie im Zusammenhang mit sowjetischen, bundesdeutschen und anderen äußeren Einflüssen sowie mit DDR-internen Faktoren sich die deutschlandpolitischen Interessen und Handlungsspielräume der SED wandelten. So wird auch untersucht, ob parteiintern tatsächlich eine gesamtdeutsche Alternative zum Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland wahrgenommen wurde. Die gründliche Auswertung von Akten der Partei und ihres deutschland- und außenpolitischen Apparates erhärtet die These, daß nicht nur verschiedene Interessen der SED von denen Moskaus abwichen und sie frühzeitig versuchte, gesamtdeutsche Experimente der Sowjetunion zu verhindern, sondern auch, daß verschiedene innere Bedingungen von Partei, Staat und Gesellschaft die eigenstaatliche Entwicklung der DDR lange Zeit hemmten. Die materialreiche Analyse bietet auch neue Einsichten über die Funktion und Wir-

kungsweisen der ostdeutschen Einflußnahme auf die Bundesrepublik, über die differenzierte Behandlung von Bündnispartnern der SED und die Effektivität der Westarbeit.

Bd. 18

Mario Keßler

Exilerfahrungen in Wissenschaft und Politik.

Remigrierte Historiker in der frühen DDR

366 S., 38 €

Die Remigranten waren der zentrale Teil in der Gründergeneration der DDR-Historiker. Worin bestanden ihre konkreten Beiträge beim Aufbau und der Etablierung einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft? Wie konnten sie unter den Bedingungen einer Diktatur ihre Erfahrungen des Exils nutzen, wo waren diese Erfahrungen unerwünscht? Wie agierten die Remigranten im Spannungsfeld parteipolitischer Vorgaben und wissenschaftlicher Arbeit? Welche Alternativen zur bis dahin in Deutschland dominierenden Geschichtsdeutung suchten sie zu entwickeln und zu vermitteln? Wie stellten sie sich ihren bundesdeutschen Konkurrenten, wie sich diese zu ihnen? Wieweit deformierte der Mißbrauch der Geschichte als Legitimationswissenschaft ihre Arbeit?

Die Exilerfahrungen werden anhand von biographischen Studien wichtiger Historiker der frühen DDR thematisiert. Behandelt werden Rückkehrer aus England, den USA, der Türkei und der Sowjetunion. Das Buch konzentriert sich auf die Hochphase des Kalten Krieges bis zum Jahre 1961.

Bd. 19

Patrice G. Poutrus

„Die Erfindung des Goldbroilers“. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumentwicklung in der DDR

244 S., 29,90 €

Wortschöpfungen wie *Goldbroiler* werden in der Öffentlichkeit nicht zu Unrecht unmittelbar mit der DDR in Verbindung gebracht. Jenseits aller nostalgischer Betrachtung untersucht der Autor in einer materialreichen mikrohistorischen Studie über das DDR-Produkt *Goldbroiler* einige strukturelle Fragen der SED-Diktatur. Dabei verknüpft er struktur-, wirtschafts- und sozialhistorische Dimensionen.

Im einzelnen werden folgende Fragen aufgeworfen: Inwieweit war die Entscheidung der SED-Führung von 1965 für den Aufbau der Produktionsanlagen und die Eröffnung von Spezialrestaurants für Geflügel mit dem Namen „Zum Goldbroiler“ von ideologischen Vorstellungen über eine „sozialistische Entwicklung“ der DDR-Landwirtschaft oder pragmatischen Erwägungen zur inneren Herrschaftsabsicherung getragen? Wo lagen die Möglichkeiten und die Grenzen der Staatsplanwirtschaft bei der Implementierung des Aufbauprojekts industriemäßige Geflügelproduktion in der DDR-Landwirtschaft? Welche Nachwirkungen hinterließ dieser „Modellfall“ in der DDR-Gesellschaft, insbesondere in der Arbeitswelt der Landwirtschaft? Wieweit trug diese Form von Konsumorientierung zur Loyalitätssicherung in der DDR-Bevölkerung gegenüber der SED-Herrschaft bei?

Bd. 20

Thomas Klein

„Für die Einheit und Reinheit der Partei“

Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht

501 S., 54 €

Das Buch bietet einen historischen Abriss der Entwicklung der innerparteilichen Kontrollorgane der SED bis 1971 und ihrer Vorgeschichte. Die Kontrollorgane spielten im Prozeß der Stalinisierung der SED und ihrer poststalinistischen Transformation und „Modernisierung“ eine besondere Rolle. Sie galten als innerparteiliche „politische Polizei“ bzw. als Wächter über „Einheit und Reinheit“. Die Wirkungsgeschichte dieser Organe – insbesondere ihre Funktion bei den Parteisäuberungen, bei der Verfolgung von oppositionellen und widerständigen Sozialdemokraten und Kommunisten, bei der „Immunsierung“ der SED gegen abweichende politische Konzeptbildungen und bei der Konditionierung ihrer Kader und Mitglieder – wird über den gesamten Untersuchungszeitraum dargestellt und in die allgemeine Partei- und Gesellschaftsgeschichte eingebettet. Besonderer Wert wird auf die Entschlüsselung der „internen Logik“ dieser Organe sowie auf die Entwicklung ihrer Handlungsmaximen gelegt. Aus der Vielzahl von Fallbeispielen und Einzelschicksalen entsteht ein plastisches Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR.

Bd. 21

Arnd Bauerkämper

Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur.

Zwangsmo-*der*nisierung und Tradition in Brandenburg von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren.

641 S., 64 €

Das Buch zeigt, inwiefern es den Machhabern in der SBZ/DDR gelang, auf dem Land eine neue „sozialistische“ Gesellschaft zu errichten. Über die Agrarpolitik des Regimes hinaus behandelt die Studie die Auswirkungen von Bodenreform und Kollektivierung, insbesondere in Brandenburg. Dabei geht es auch um den Umgang gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Dorfbewohner mit den politischen Eingriffen sowie um die Reaktionen der Menschen auf den Wandel ihrer Lebenswelt. Die Durchsetzung der Bodenreform und die schwierige Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften werden ebenso untersucht wie die Not der Neubauern, das Lavieren der Funktionäre auf dem Lande, die Vertreibung der „Großbauern“ und der Wandel innerhalb der Landarbeiterschaft.

Bd. 22

Bernd Stöver

Die Befreiung vom Kommunismus.

Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991

992 S., 49,90 €

Die amerikanische *Liberation Policy*, die ab 1947 maßgeblich von dem späteren US-Außenminister John Foster Dulles entwickelt wurde, forderte öffentlich eine Befreiung der kommunistisch beherrschten Staaten. Mit dem Regierungsantritt Eisenhowers rückte sie in der öffentlichen Wahrnehmung in den Rang einer offiziellen Strategie. Die historische Forschung hat die Befreiungspolitik allerdings lange Zeit als reine Rhetorik betrachtet, die allenfalls eine Funktion in der US-Innenpolitik erfüllen sollte. Anhand der mittlerweile freigegebenen Unterlagen ist diese Sichtweise nicht mehr haltbar. Der vorliegende Band analysiert auf der Basis amerikanischer, west- und ostdeutscher sowie osteuropäischer Quellen die Entstehung, Karriere, Praxis und Wirkung dieses Offensivkonzepts, das in den Jahren unmittelbar vor dem Ende des Kalten Krieges unter Ronald Reagan sogar seine offizielle Renaissance erlebte.

Bd. 23

Thomas Lindenberger

Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat, 1952–1968

503 S., ca. 49,90 €

Wie in jeder modernen Gesellschaft gab es in der DDR eine „öffentliche“, uniformierte Polizei, die im Alltag „Ordnung und Sicherheit“ zu gewährleisten hatte. In den Forschungen zur Geschichte der zweiten deutschen Diktatur stand ihre Bedeutung bislang im Schatten der allgegenwärtigen Geheimpolizei, der Stasi. Die vorliegende Studie füllt diese Lücke und stellt die erste, auf der äußerst umfangreichen archivalischen Überlieferung vor allem des DDR-Innenministeriums beruhende monographische Untersuchung zur Deutschen Volkspolizei in der Phase des „sozialistischen Aufbaus“ dar.

Direkt den Weisungen der SED-Sicherheitsexperten unterstellt, war die Volkspolizei dennoch ein wichtiges Bindeglied zwischen dem SED-Staat und seinen Bürgern. Fast ausschließlich aus Arbeiterkreisen rekrutiert, sollte sie nicht nur politisch zuverlässig, sondern auch eine Polizei „aus dem Volk und für das Volk“ sein. Oberstes Motto ihrer Arbeitsweise war die „enge Verbindung zur Bevölkerung“. Ihre Symbolfigur im DDR-Alltag war bis in die letzten Tage der DDR der bereits 1952 eingeführte „Abschnittsbevollmächtigte der Deutschen Volkspolizei“, kurz „ABV“. Gerade auf dem Land verkörperte er als gutmütig-gestrenger „Dorfscherriff“ die harmoniesüchtige Utopie einer genuin „sozialistischen Polizei“. Deren repressive Seite in Gestalt der permanenten Überwachung und „erzieherischen“ Sanktionierung nonkonformen Verhaltens zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der kriminalpolizeilichen Bekämpfung jugendlicher „Rowdys“ und „Beatfans“.

Bd. 24

Mario Keßler

Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943)

335 S., 39,90 €

In seinem kurzen Leben behauptete sich der Historiker und Politiker Arthur Rosenberg (1889–1943) auf verschiedenen Gebieten. Geboren und aufgewachsen im kaiserlichen Berlin, erwarb er sich früh einen guten Ruf als Althistoriker. Nach dem Bruch mit seinem Herkunftsmilieu, dem assimilierten jüdischen Bürgertum und der deutschnationalen Gelehrtenwelt, wurde er ab 1918 ein führender kommunistischer Politiker, der dem Reichstag und der KPD-Spitze angehörte und dort ultralinke Positionen vertrat. Mitte der zwanziger Jahre gelangte er zu einer realistischeren politischen Haltung und verließ 1927 die KPD. In den folgenden Jahren profilierte er sich als Zeithistoriker und unabhängiger Marxist. Er starb 1943 im New Yorker Exil. Seine Bücher über Aufstieg und Fall der Weimarer Republik, zur Geschichte des Bolschewismus sowie über Demokratie und Sozialismus übten und üben noch immer einen bemerkenswerten Einfluß auf die intellektuellen Debatten zu diesem Thema aus.

Die vorliegende Biographie Arthur Rosenbergs zeichnet auch seine wechselvollen Positionen zum Judentum und zum Zionismus nach.

Bd. 25

Siegfried Lokatis

Der rote Faden.

Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht

391 S., 39,90 €

Warum widmete Walter Ulbricht zehn Jahre lang seine knapp bemessene Freizeit partei-geschichtlichen Fragen? Hatte das Politbüro nichts Besseres zu tun, als über die Redak-tion der Briefe Thälmanns zu beraten? Was stand dahinter, wenn Otto Grotewohls fünf-bändige Geburtstagsausgabe an einer einzigen Fußnote scheiterte, und weshalb schmolz die Pieck-Ausgabe von fünfzehn Bänden auf sechs zusammen? Welche Geheimnisse verbargen sich hinter dem Streit um den richtigen „Charakter der Novemberrevolution“, was durfte man wann über Stalins „Personenkult“ schreiben, und warum lautete die einzig richtige Reihenfolge „Karl und Rosa“?

Im ideologischen Kernbereich der SED konnte jedes falsche Komma ein politischer Fehler sein und ein gestrichener Name einen Kurswechsel andeuten. „Der rote Faden“ führt den Leser in ein untergegangenes Diskurs-Labyrinth, in dem parteigeschichtliche Texte sehr ernst genommen wurden. Im Mittelpunkt steht dabei die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1966, eine mit einzigartigem Aufwand fabrizierte und verbreitete „Heilige Schrift“ der SED.

Bd. 26

Ulrich Pfeil

Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen.

Die DDR und Frankreich 1949–1990

704 S. Preis ca. 59 € [i.E.]

Im Januar 1988 wird der SED-Generalsekretär Erich Honecker in der französischen Hauptstadt Paris mit allen staatlichen Ehren empfangen. Die DDR scheint einen neuen Gipfel internationaler Anerkennung erklommen zu haben. Doch als der französische Staatspräsident François Mitterrand wenige Monate später, am 20. Dezember 1989, zu seinem Gegenbesuch in die DDR kommt, ist Honecker schon nicht mehr an der Macht und der SED-Staat bereits dem Abgrund nahe. Diese Reise gibt bis heute Anlaß zu Spekulationen über Frankreichs Haltung zur deutschen Wiedervereinigung und zum Platz der DDR in der französischen Deutschlandpolitik. Paris hatte „Pankow“ bis 1973 offiziell mit diplomatischer Mißachtung behandelt und seine Beziehungen mit der Bundesrepublik schrittweise ausgebaut, so daß viele ab den 70er Jahren vom „couple franco-allemand“ sprachen. Neue Archivfunde dokumentieren jedoch, daß auch die DDR in Frankreichs Deutschlandpolitik eine zentrale Rolle spielte und die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen nicht erst mit der diplomatischen Anerkennung begannen. Heute zeigt sich, daß man es auf politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene mit einer asymmetrischen und dynamischen Dreiecksgeschichte im Ost-West-Konflikt zu tun hatte.

Bd. 27

Christoph Classen

Faschismus und Antifaschismus.

Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk 1945-1953

[erscheint 2004]

Das antifaschistische Selbstverständnis der DDR gehört seit 1990 zu den umstrittensten Aspekten ihrer Geschichte. Doch im Rahmen der politisch aufgeladenen Debatte, die letztlich um die Frage von Legitimität oder Illegitimität des ostdeutschen Staates geführt wurde, war eine genaue historische Analyse oft nur wenig gefragt.

Die vorliegende Studie untersucht auf der Grundlage des seinerzeit wichtigsten Massenmediums, des Radios, die öffentliche Auseinandersetzungen mit der jüngsten Vergangenheit in der Nachkriegszeit. Wie wurden Krieg, Verfolgung und Widerstand dargestellt, was war jeweils sagbar und was nicht? Welche politischen und kulturellen Faktoren einer-

seits und welche biographischen Erfahrungen andererseits prägten das öffentlich verbreitete Geschichtsbild? Zugleich wird die Unterordnung des ostdeutschen Rundfunks unter den Parteiapparat der SED dargestellt und die Frage nach den gesellschaftlichen Wirkungen des Radios aufgeworfen.

Die Untersuchung zeigt, daß die Durchsetzung eines einheitlichen, kommunistisch dominierten Geschichtsbildes innerhalb der SED und ihres verlängerten Armes, des Rundfunks, zunächst auf große Schwierigkeiten stieß. Zwar gelang es bis Anfang der fünfziger Jahre in bemerkenswertem Maße, den Rundfunk auf die Vorgaben der Partei einzuschwören. Doch die Absicht, die sozialistische Umgestaltung mit Hilfe des Radios zu forcieren, scheiterte gerade deshalb weitgehend: Die Hörer wünschten Unterhaltung, nicht Propaganda im Radio, und auch das verbreitete Geschichtsbild orientierte sich zu stark an politischen Zwängen und zu wenig an den Lebenserfahrungen der meisten Deutschen.

WEITERE BUCHPUBLIKATIONEN der Mitarbeiter/innen des ZZf

2000

Oleg Dehl/Simone Barck/Natalia Mussienko/Ulla Plener (Hg.)

Verratene Ideale

Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren

Trafo Verlag: Berlin 2000, 393 S.

Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.)

Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1955

Metropol Verlag: Berlin 2000, 272 S.

Georgij P. Kynin/Jochen Laufer (Hg.)

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949

Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Federation. II. Teil SSSR i germanskij vopros. 9. Mai 1945–3. Oktober 1946

Mesdunarodnye otnosenija: Moskau 2000, 878 S.

Martin Sabrow (Hg.)

Grenz-Fälle

Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2000, 111 S.

Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hg.)

Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus

Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart 2000, 528 S.

Christian Härtel/Petra Kabus (Hg.)

Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware

Ch. Links Verlag: Berlin 2000, 280 S.

Andreas Malycha

Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946 bis 1953
Schöningh Verlag: Paderborn 2000, 541 S.

2001

Günter Agde

Kämpfer. Biographie eines Films und seiner Macher
Das Neue Berlin: Berlin 2001, 207 S.

Hans Ehlert/Hans-Hermann Hertle (Hg.)

Der Schatten der Mauer – die zementierte Spaltung
Trafo Verlag: Berlin 2001, 80 S.

Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.)

Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker
Metropol Verlag: Berlin 2001, 306 S.

Christoph Kleßmann (Hg.)

The Divided Past. Rewriting Post-War German History
Berg Verlag: Oxford 2001, 200 S.

Mario Keßler/Heinz Deutschland

Hermann Duncker: sozialdemokratischer „Wanderprediger“, Spartakist, Gewerkschafts-
lehrer
VSA-Verlag: Hamburg 2001, 58 S.

Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hg.)

Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Potsdam 2001, 150 S.

Martin Sabrow

Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969
Oldenbourg: München 2001, 488 S.

Martin Sabrow

Herr und Hanswurst. Das tragische Schicksal des Hofgelehrten Jacob Paul von Gundling
Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart/München 2001, 234 S.

Martin Sabrow (Hg.)

Die Grenzen der Entgrenzung : Zehn Jahre Deutsche Einheit
Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2001, 111 S.

Jörg Baberowski/Eckart Conze/Philipp Gassert/Martin Sabrow (Hg.)

Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte
Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart/München 2001, 119 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/DeutschlandRadio (Hg.)

Chronik der Mauer. 15. Juni bis 24. August 1961. Inhalt: ZZf
CD-Rom: Köln 2001

2002

Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.)

Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Wirkung
Ch. Links Verlag: Berlin 2002, 344 S.

Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.)

Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution.
Diskussion – Dokumentation – Analysen.
Heinrich-Böll-Stiftung: Berlin 2002

Simone Barck/Inge Münz-Koenen unter Mitarbeit von Gabriele Gast

Im Dialog mit Werner Mittenzwei: Beiträge und Materialien zu einer Kulturgeschichte
der DDR
Trafo-Verlag: Berlin 2002, 353 S.

Martin Sabrow (Hg.)

Heilung durch Wahrheit? Zum Umgang mit der Last der Vergangenheit
Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2002, 122 S.

Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.)

Verletztes Gedächtnis: Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt
Campus Verlag: Frankfurt a. M. 2002, 275 S.

Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.)

Die historische Meistererzählung
Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945
Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2002, 255 S.

Susanne Schattenberg

Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren
Oldenbourg: München 2002, 457 S.

Mario Keßler

Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert
VSA-Verlag: Hamburg 2002, 204 S.

Bernd Stoeber

Die Bundesrepublik Deutschland
Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 2002, 147 S.

Christopher Görlich

Die 1968er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse
Kai Homilius Verlag: Berlin 2002, 368 S.

Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hg.)

Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949
Hintergründe, Ziele und Wirkungen
Duncker & Humblot: Berlin 2002, 549 S.

Klaus Große Kracht

Zwischen Berlin und Paris: Bernhard Groethuysen (1880-1946)
Eine intellektuelle Biographie
Niemeyer: Tübingen 2002, 336 S.

2003

Konrad H. Jarausch/Michael Geyer

Shattered Past: Reconstructing German Histories
Princeton University Press: Princeton, NJ 2003, 380 S.

Jan Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.)

Fremde und Fremdsein in der DDR
Metropol Verlag: Berlin 2003

Simone Barck/Anneke de Rudder/Beate Schmeichel-Falkenberg (Hg.)

Jahrhundertschicksale: Frauen im sowjetischen Exil
Lukas Verlag: Berlin 2003, 275 S.

Simone Barck

Antifa-Geschichte(n)
Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre
Böhlau-Verlag: Köln/Weimar/Wien 2003, 320 S.

Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis

Fenster zur Welt. Die Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt
Ch. Links Verlag: Berlin 2003, 280 S.

Torsten Diedrich/Hans Hermann Hertle (Hg.)

Alarmstufe „Hornisse“.
Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953
Metropol Verlag: Berlin 2003, 464 S.

Burghard Ciesla (Hg.)

„Freiheit wollen wir!“ Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition
Ch. Links Verlag: Berlin 2003, 255 S.

**Deutschland Radio/Bundeszentrale für politische Bildung/
Zentrum für Zeithistorische Forschung (Hg.)**

17. Juni 1953: Chronik des Volksaufstandes in der DDR.
Bearbeitung: Hans Hermann Hertle und Burghard Ciesla,
CD-Rom, Berlin 2003

Martin Sabrow (Hg.)

Abschied von der Nation? Deutsche Geschichte und europäische Zukunft
Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2003, 84 S.

Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.)

Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945.
Beck Verlag: München 2003, ??? S.

Bernd Stöver

Der Kalte Krieg
Beck Verlag: München 2003, 128 S.

Christian Th. Müller

Tausend Tage bei der „Asche“. Unteroffiziere in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und
Binnenstruktur einer „sozialistischen Armee“
Ch. Links Verlag: Berlin 2003, 428 S.

G. P. Kynin/Jochen Laufer /Hg.)

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außen-
politik der Russischen Föderation
Verlag für Internationale Beziehungen: Moskau 2003, 852 S.

Hans-Hermann Hertle

Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989
Weltbild: Augsburg 2003 (Lizenzausgabe), 338 S.

André Steiner

Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR
Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart 2004 (i.E.), 270 S.

AUTORENVERZEICHNIS

Henrik Bispinck, M.A., Institut für Zeitgeschichte München/Berlin
Maren Brodersen, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Jürgen Danyel, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Carsten Dippel, M.A., Potsdam
Dr. Hans-Hermann Hertle, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Mario Keßler, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Jan-Holger Kirsch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Friederike Kind, M.A., Central European University, Budapest
Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Pavel Kolář, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Prof. Dr. Jie-Hyun Lim, Hanyang-Universität Seoul
Dr. Thomas Lindenberger, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Dr. Lutz Prieß, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Wolfgang Rackebrandt, M.A., Deutsches Kulturforum östliches Europa
Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Mark Stuntz, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Albrecht Wiesener, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam